This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

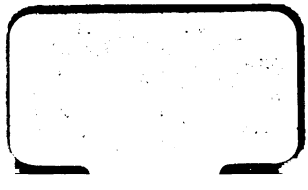
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

3 3433 06935785 7



ECN
Ketteler

Deutschland

nach dem Kriege von 1866.

Von

Wilhelm Emmanuel,

Freiherrn von Ketteler,

Bischof von Mainz.

Die Wahrheit wird euch frei machen.
Joh. VIII, 32.

Mainz,
Verlag von Franz Kirchheim.

1867.

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
125167B
ASTOR LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS
R 1941 L

Das Recht der Ueberſetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.

Mainz,
Druck von Franz Sauſen.

Vorwort.

Vergangenheit und Zukunft fordern uns auf, unſere Anſicht über die Ereigniſſe, die hinter uns liegen, feſtzuſtellen, unſere jetzige Lage, unſere Wünſche, Hoffnungen und Befürchtungen für die Zukunft auszuſprechen.

Das iſt eine Pflicht gegen uns ſelbſt, gegen unſere deutſchen Mitbrüder, die in ihren religiöſen und politiſchen Ueberzeugungen von uns abweichen, gegen unſer gemeinſames Vaterland. Eine Pflicht gegen uns ſelbſt; denn es iſt Pflicht eines Chriſten, über die jüngſten Zeitereigniſſe, welche auch für das ganze chriſtliche Leben eine ſo große Bedeutung haben, ein Urtheil und ſo viel möglich ein richtiges Urtheil zu haben. Eine Pflicht gegen unſere in ihren religiöſen und politiſchen Ueberzeugungen von uns abweichenden deutſchen Mitbrüder, damit ſie nicht falſch, nicht mit Vorurtheilen von uns denken. Eine Pflicht gegen unſer gemein-

sames Vaterland, dessen Wohlfahrt davon abhängt, daß die rechten Wege bei der Neugestaltung so vieler Verhältnisse eingeschlagen werden. Wir sehen einen Weg voll innerer Kämpfe, voll der Schmach und des Verderbens für unser deutsches Vaterland vor uns; wir sehen aber auch noch Wege, die uns retten können. Wir müssen uns darüber klar werden.

Zu dieser Aufklärung und Verständigung und zur Warnung vor den Gefahren soll diese Schrift einen Beitrag liefern. Ich kann bei derselben nur für zwei Dinge einstehen; erstens, daß ich sie ohne jeden Rückhalt und Hintergedanken geschrieben und mich deßhalb mit der möglichsten Freimüthigkeit über Alles äußere, was ich berühre; zweitens, daß ich die feste Ueberzeugung habe, daß nur die Wahrheit, aber diese auch immer frei macht, d. h. uns und unserm Vaterlande allein helfen kann. Die Liebe zur Wahrheit und die Liebe zu Deutschland sind ohne Ausnahme die leitenden Gedanken meiner Schrift.

Ich habe in dieser Schrift die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn kein neuer verderblicher Bruderkrieg über uns kommen soll, was ich unmöglich herbeiwünschen und deßhalb ebenso unmöglich als Mittel zur künftigen Gestaltung Deutschlands berücksichtigen kann, nur ein Anschluß der Südstaaten an den Nordbund unter gewissen Bedingungen fast als die einzig mögliche Lösung erscheint, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, bei der nächsten Kata-

ſtrophe zu Grunde zu gehen oder, was für uns daſſelbe iſt, mit dem linken Rheinufer franzöſiſch zu werden, — ich bitte hierbei nicht zu überſehen, daß die erſte dieſer Bedingungen iſt: Zuſtimmung Oeſterreichs und ein friedlicher, Oeſterreich befriedigender, Bruderbund zwiſchen den beiden dann entſtehenden Theilen Deutſchlands. Zu unſerer überaus peinlichen Situation gehört vor Allem das Schweigen Oeſterreichs über ſeine Auffaſſung, über ſeine Anforderungen bezüglich der allgemeinen deutſchen Fragen. Wir geſtehen Oeſterreich vollkommen, trotz Nikolsburg und Prag, das Recht zu, mitzuſprechen und ſeine Anſprüche über Alles zu erheben, was über die Maingrenze hinaus geſchieht. Wir können aber nicht warten und vielleicht Deutſchland dem Untergange preisgeben, bis Oeſterreich geſprochen hat. Wenn Oeſterreich ſeiner inneren, durch das Zuſammenwirken der geſammten europäiſchen Revolution ſchlau bewirkter Verwickelungen wegen, ſich vielleicht veranlaßt ſieht, noch länger zu ſchweigen, ſo müſſen wir in Gottes Namen, doch immer mit offenen Armen gegen Oeſterreich, uns einrichten, ſo gut es geht. Wenn dann Oeſterreich aus allen dieſen inneren Kämpfen, wie wir zuverſichtlich hoffen, wieder geſtärkt hervorgeht, wenn ein ſtarkes, geſundes Verfaſſungsleben hergeſtellt iſt, ſo wird ſicher der Tag kommen, wo das übrige Deutſchland die Verbindung mit Oeſterreich wieder feſter knüpfen, vielleicht Oeſterreich ſelbſt um Hilfe und Schutz bitten wird. Wir dürfen bei Allem,

was wir erſtreben, nur dieſe friedliche Entwickelungen im Auge haben; wir können nur wünſchen, daß Deutſchland durch Gerechtigkeit und Wahrheit wieder gewinne, was es verloren hat; wir können nur in dieſem friedlichen Geiſte die Zukunft beſprechen; wir können nur mit gleichem Wohlwollen gegen alle deutſchen Volksſtämme zu einem Kampfe gegen die inneren Feinde auffordern, gegen jene Beſtrebungen von oben und unten, die alle Fundamente ſtaatlicher Ordnung erſchüttern. Der Menſch denkt, Gott lenkt — das wiſſen wir dabei wohl.

Ich habe in dieſer Schrift theils politiſche Anſichten, theils Grundſätze des Chriſtenthums, welche die ewigen Grundlagen der Weltordnung ſind, beſprochen. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß ich für erſtere keine höhere Geltung beanſpruche, als die Gründe verdienen, die ich dafür angeführt habe.

Mainz im Januar 1867.

Inhalt.

		Seite
I.	Idee und Form	1
II.	Die Thaten der Menschen und die Vorsehung	8
III.	Die Elbeherzogthümer	13
IV.	Der innere Verfassungsconflict in Preußen	20
V.	Der sogenannte „Beruf Preußens“	29
VI.	Der Zweck heiligt die Mittel	40
VII.	Folgen und Gefahren	50
VIII.	Die Zukunft	66
IX.	Die deutsche Frage	76
X.	Die innere Politik	88
XI.	Kirche, — Schule	113
XII.	Liberalismus, — Encyklika von 8. December 1864	132
XIII.	Die Lage der katholischen Kirche	157
XIV.	Die Monarchie	197
XV.	Christ — Antichrist	206

I.

Idee und Form.

Zu einem richtigen Urtheil über alle Gebiete des menschlichen Wirkens und menschlicher Einrichtungen gehört vor Allem eine klare Einsicht in das Verhältniß zwischen den Ideen und den Formen ihrer Verwirklichung. Nur wo beide und zwar in der rechten Weise verbunden sind, entwickelt sich Alles nach seiner wahren Bestimmung.

Die Ideen sind das Höchste im Menschen. In ihrer Bildung und Erfassung offenbart sich jene höhere Seite der Seele, nach welcher sie Gott zugewendet ist und von ihm, der unerschaffenen Wahrheit, erleuchtet wird. Die Ideen sind die Kraft, die den Menschen emporheben und ihm das Streben nach einem Zustande hoher geistiger Vollkommenheit und Glückseligkeit einflößen. Alles Große und Erhabene geht im Menschen von seinen

Ideen aus. Und mag er auch noch so tief in's Irdische, Materielle versinken, die ideale Kraft seiner Seele läßt ihn nicht ruhen in dieser Erniedrigung; sie erfaßt ihn immer wieder und treibt ihn nach oben. Ausgehend von dem dunkeln und allgemeinen Triebe nach Wahrheit, Tugend, Schönheit, Glückseligkeit, welcher der menschlichen Natur angeboren ist, gelangt der Geist durch richtige Bethätigung seiner Erkenntniß- und Denkkraft zu immer klareren und höheren Ideen. Aber auch in seiner höchsten Entwickelung auf Erden, erlangt er seine volle Befriedigung nicht und strebt nach einer höheren Erkenntniß, einer höheren sittlichen Vollkommenheit, einer höheren Glückseligkeit, als sie ihm hier geboten wird. Und je höhere Weisheit und Tugend in einem Menschen lebt, desto sehnsüchtiger blickt er nach einem anderen Lande, wo die Ideale seiner Seele besser als hier verwirklicht werden. Daher sind auch die Ideen der Wahrheit, Güte, Gerechtigkeit, Schönheit, Seligkeit ein Unterpfand eines anderen ewigen Lebens, eines Lebens, wo die Seele jenes Maß der Wahrheit, Tugend und Glückseligkeit findet, nach dem sie hier sich sehnt. Hier ist es auch, wo unserer Seele die übernatürliche Ordnung, das Christenthum entgegenkömmt, welches in seinen Lehren, Gnaden und Verheißungen die Ideale unseres Geistes über all' sein Ahnen und Begreifen hinaus erfüllt. Das sagt jenes tiefe Wort des heiligen Augustinus, daß unsere Seele keine volle Ruhe findet, bis sie in Gott ruhet. Nur in

dem unerschaffenen Lichte des ewigen Geistes findet das erschaffene Licht unseres Geistes seinen Frieden.

Jedoch auch auf Erden schon sollen wir die hohen und ewigen Ideen unseres Geistes in dem irdischen Stoffe verwirklichen; hiebei sind wir aber gebunden an diesen Stoff und an die Gesetze, welche Gott in ihn gelegt hat. Daher fordert jede Idee eine äußere Form, so zu sagen einen Körper. Ohne diesen Körper, diese Form ist sie gleichsam bestimmungslos, chaotisch und für uns nicht vorhanden. Aber die Formen der Ideen sind nicht etwas willkürliches, sondern sie sind an gottgegebene Gesetze gebunden. Das gilt selbst für unsere Gedanken, welche nur dann wahr sind, wenn sie an die Gesetze der Logik sich binden, wie unser Wort, diese Verkörperung des Gedankens, nur richtig ist, wenn es dem Gesetze der Sprache sich unterwirft. Das gilt aber auch gerade so für alle jene praktischen Ideen, die im politischen und socialen Leben der Völker ihre Verwirklichung finden sollen. Ueberall muß beides vereint sein wie Leib und Seele: wahre Ideen in berechtigten und entsprechenden Formen.

Wo dieses Verhältniß nicht besteht, da ist Verderben. Ideen ohne die rechte Form und ohne sich an die gottgegebenen Gesetze zu binden, verwandeln sich in verderbliche Irrthümer; sie sind wie ein Strom ohne Bette, wie ein Feuer ohne Schranken. Anstatt aufzubauen, zerstören sie. Das

ist die eine Nachtseite der Weltgeschichte, welche sie bis auf die Tage der französischen Revolution, bis auf unsere Tage uns vor Augen stellt.

Nicht minder verderblich, wenn auch zunächst weniger zerstörend, sind die Formen ohne Ideen: bloße Formen, denen die Ideen, durch die sie geschaffen wurden, entwichen sind; der Ausdruck, in welchem der schöpferische Gedanke nicht mehr vorhanden ist; der Körper, nachdem der Geist sich von ihm getrennt hat. Da ist der Tod mit seiner natürlichen Folge, der Verwesung. Diese fortbestehenden Formen ohne Ideen sind zugleich Lüge und Heuchelei. So war es auch immer auf Erden. Es ist das eine andere dunkele Seite der Menschengeschichte.

Alles wahre Gedeihen hängt also davon ab, daß wahre Ideen die Formen erfüllen, in denen das menschliche Leben sich bewegt, und daß diese Formen sich gestalten nach den wahren Gesetzen, die Gott in die Natur der Dinge gelegt hat.

In dieser Betrachtung haben wir nun auch das Gesetz für alle politischen und Rechtsverhältnisse ausgesprochen. Auch da liegt alles wahre Gedeihen in dem rechten Verhältniß zwischen der Idee und der Form ihrer Verwirklichung. Auch allen bürgerlichen und staatlichen Verhältnissen liegen Ideen zu Grunde, die sich in ihnen verwirklichen sollen; Ideen, die von Gott stammen, Ideen, deren Bewußtsein wir in der höchsten Fähigkeit unserer Seele tragen. Wenn aber diese Ideen sich verwirklichen wollen ohne ihre

rechtmäßige Form, ohne Rücksicht auf die Geschichte, auf die Rechtsentwickelung, auf die Leitung und Lenkung der Vorsehung, auf den Willen und das Gebot Gottes, so werden sie zerstörende Ströme. Ebenso unheilvoll ist es aber auch, wenn die Rechtsformen, wenn die bürgerlichen und staatlichen Institutionen ihren wahren idealen Inhalt verloren haben und nun mit dem Anspruche fortbestehen, den sie nur so lange mit vollem Rechte erheben konnten, als sie die Verwirklichung einer von Gott stammenden Idee waren. Dann fängt das ganze Staatswesen an abzusterben, in Verwesung überzugehen; dann wird es falsch, lügenhaft, unwahr. Solche Formen ohne die schöpferischen Ideen, die sie ins Leben gerufen, waren vielfach die Staaten am Ende des vorigen Jahrhunderts geworden. Eine Form ohne Inhalt waren jene Monarchien, die von den erhabenen Ideen des Christenthums auferbaut waren, dann aber den Geist des Christenthums verlassen hatten, und das, was zur Ehre Gottes und zum Heile der Menschen geschaffen war, lediglich ihrem Interesse dienstbar machen wollten. Sie glichen einem großen Gottestempel, wo früher Altäre standen und der Gottesdienst geübt wurde. wo jetzt aber ein Fabrikherr sich niedergelassen hat und für sich und seine Webstühle die Verehrung in Anspruch nimmt, die man früher hier dem lebendigen Gott erwiesen hatte. Eine Form ohne Idee war auch vielfach unser altes heiliges römisches Reich geworden. Die Idee, die es ins Leben gerufen, war noch

da; aber viele Fürsten des Reichs hatten nicht minder als ihre Unterthanen diese Idee lange verloren. Was den höchsten Interessen der Menschheit gedient hatte, sollte vielfach nur dem Privatnutzen dienen. Eine Form ohne berechtigte Idee war mehr und weniger auch die Verfassung Deutschlands, wie man sie im Bundestage dem deutschen Volke gegeben hatte. Männer der bloßen Form sind jene sogenannten Conservativen, die lediglich bei der Form des Gesetzes stehen bleiben, ohne den Geist zu berücksichtigen, der sie ins Leben gerufen hat, und welche deßhalb für diese Rechtsformen selbst dann, wenn der Geist aus ihnen lange entwichen ist, ja wenn sie dem geraden Gegentheile dienen, noch alle jene Ansprüche der Heiligkeit, der göttlichen Sanktion des Rechtes erheben, welche dem wahren Rechte in vollem Maße gebührt. Diese Anschauung führt zu jenem hohlen, lügenhaften Legitimismus, der so unendlich viel Verderben über uns gebracht und der dem wahren Legitimismus und der wahren Achtung vor dem Rechte vielleicht mehr geschadet hat, als selbst der Geist der Revolution.

Es genügt also nicht, weder einseitige erhabene Ideen auszusprechen, noch ebenso einseitig mit irgend einer vorhandenen Rechtsform einen Cultus zu treiben unter dem Scheine, als ob vom Bestande dieser Rechtsform das ganze Heil abhängig wäre; es kömmt vielmehr darauf an, die Ideen mit den Formen in ihrer rechten Verbindung zu erfassen, um so den rechten Standpunkt für die Beurtheilung

auch der bürgerlichen und ſtaatlichen Inſtitutionen zu gewinnen. Es erhellt aber aus dem Geſagten zugleich, wie gefährlich die Lage aller alten Staaten mit langer Geſchichte werden muß, wenn die großen Principien der Gerechtigkeit, welche ihr öffentliches und Privatrecht geſchaffen, ihre Rechtsformen nicht mehr beleben, wenn ihr Recht vielfach ein bloß formelles, ja wenn das formelle Recht ſelbſt ein Deckmantel materieller Ungerechtigkeit geworden iſt. Wie oft iſt dies im Laufe der Weltgeſchichte geſchehen; wie oft ſind die Formen ein Mittel geworden, die Ideen, die ihnen urſprünglich zu Grunde lagen, ſogar zu bekämpfen! Wir wiſſen zwar wohl, daß auch das bloß formelle Recht für den Einzelnen verpflichtend bleibt, wir wiſſen aber nicht minder, daß nichts die Staaten tiefer erſchüttert, als wenn die ewigen Ideen der Gerechtigkeit mit den beſtehenden Formen der Gerechtigkeit in Kampf gerathen.

II.

Die Thaten der Menschen und die Vorsehung.

Bei allen menschlichen Handlungen wirken immer zwei Kräfte bewegend oder hemmend zusammen: der freie Wille des Menschen und die göttliche Vorsehung, welche die menschlichen Handlungen theils anregt und leitet, theils nur zuläßt, theils aufhält und hindert. Die menschlichen Handlungen, die mit dem göttlichen Willen übereinstimmen, regt Gott an und leitet sie; jene aber, die seinem göttlichen Willen widersprechen, läßt er entweder zu oder er verhindert sie. Er läßt sie zu, insoweit es nöthig ist, damit die Freiheit des Menschen eine Wahrheit sei, oder insoweit das Böse zur Vollstreckung seiner Gerichte und zur Förderung seiner Menschen- und Weltleitung dienen kann; er verhindert sie, wenn sie seiner letzten und höchsten Absicht in der göttlichen Weltleitung im Wege stehen würden. So

ſtraft Gott oft das Böſe durch das Böſe, oder er läßt durch daſſelbe Hinderniſſe entfernen, welche ſich dem Guten entgegenſtellen.

Daraus ergeben ſich zwei überaus wichtige Grundſätze, die wir ohne Unterlaß vor Augen haben müſſen, um ſowohl unſer eigenes Leben mit den täglichen Vorkommniſſen deſſelben, als auch die großen Weltereigniſſe richtig zu beurtheilen.

Erſtens: Es gibt auf Erden keine menſchliche That, die abſolut und in jeder Beziehung verderblich wäre; denn mag ſie auch an ſich für den Menſchen, der ſie vollbringt, durchaus böſe ſein, ſowohl ihrem Beweggrunde, als dem Ziele und den Mitteln nach, durch welche ſie vollbracht wird, ſo hat ſie doch ihrer göttlichen Zulaſſung nach und unter der Leitung der Vorſehung irgend etwas Gutes zur Folge. Im Privatleben wird ſo oft der Fehler des Einen für den Andern eine Uebung der höchſten chriſtlichen Tugenden, die in der Prüfung ihre Vollendung finden; im öffentlichen Leben wird ein großes Unglück oft die Quelle der größten Segnungen. Ein Nabuchodonoſor wird in der Hand Gottes ein Werkzeug, um das Volk Iſrael vom Götzendienſte zu befreien; und die wilden Häuptlinge der germaniſchen Völker werden wunderbare Werkzeuge der göttlichen Vorſehung. Auf dem Boden, den ſie zertreten, ſäet Gott den Samen, aus dem die Völker hervorſproſſen, die ſpäter die Träger des Chriſtenthums werden. Hat ja doch Gott

selbst das Verbrechen der Juden am Sohne Gottes der ganzen Welt zur Erlösung werden lassen. Das ist so die Weise der ewigen Liebe, die das, was sie nicht hindern kann, ohne im Menschen sein höchstes Gut, seine Gottebenbildlichkeit, seine Freiheit zu vernichten, zu Werkzeugen ihrer Erbarmung umgestaltet.

Zweitens: So wahr aber dieses ist, so berechtigt uns dennoch diese Wahrheit nicht, das Gute bös, das Böse gut zu nennen; die ungerechten Thaten der Menschen deßhalb für gerecht zu erklären, weil die göttliche Vorsehung sie zum Guten wendet. Das Böse nicht mehr bös nennen, weil es auch gute Folgen hat, ist eine Fälschung der Wahrheit, eine Beeinträchtigung der Sittlichkeit, ein Untergraben wahrer Grundsätze. Wer so urtheilt, verfällt unaufhaltsam dem Nützlichkeitsprincip, jener Maxime der Lüge, die zu den größten Selbsttäuschungen führt, dem Menschen jenes einfache Auge für die Wahrheit raubt und ihn zuletzt dahin bringt, auch das Allerschlechteste noch zu rechtfertigen. Es zerstört die persönliche Verantwortlichkeit, die Ehrlichkeit und Gerechtigkeit; es untergräbt das Gewissen des Menschen und macht ihn endlich vollkommen gewissenlos, da er sich immer mehr daran gewöhnt, Alles nach jenem vermeintlichen Nutzen und nicht nach Wahrheit und Gerechtigkeit zu beurtheilen.

Wir werden in den folgenden Erörterungen vielfach Gelegenheit haben, diese leitenden Grundsätze praktisch an-

zuwenden; sie werden uns vor den beiden Klippen bewahren, daß wir einestheils die ewig wahren Grundsätze nicht dem momentanen Erfolge, nicht dem Glanze vollbrachter Thatsachen, nicht schönen Redensarten opfern, und daß wir anderntheils die Keime des Guten, einer wohlthätigen Gestaltung, den Finger Gottes auch in solchen Ereignissen nicht verkennen, die wir an sich tadeln müssen; daß wir nicht mürrisch, wehklagend und träge den Zeitereignissen gegenüberstehen. Mag eine Zulassung Gottes noch so schmerzlich sein; sie ist in seiner Absicht heilsam und sie wird für uns um so heilsamer werden, je mehr wir die Absicht Gottes in dieser Zulassung erkennen und benützen. Das gilt auch von den letzten Zeitereignissen, das wird gelten von den kommenden; sie werden uns vielleicht noch größere Schmerzen bringen, aber diese Schmerzen sollen zum Heile werden. Mit dieser freudigen Zuversicht sollen wir Christen allen Neugestaltungen in der Welt muthig entgegengehen; dadurch werden wir vor jenem Pessimismus bewahrt, vor jener traurigen und jede gute Thatkraft lähmenden Weltanschauung, die immer glaubt, es sei mit der Welt zu Ende, wenn Gott sie nicht nach unsern kurzsichtigen, menschlichen Ansichten leitet. Die größten Weltereignisse, welche für die Entwicklung des ganzen Menschengeschlechts die segensreichsten Folgen hatten, erschienen oft den Zeitgenossen, selbst den besten unter ihnen, als trostlos und verderbenbringend. Das müssen wir stets vor Augen haben, daß Gottes Vor-

ſehung die Welt leitet, und daß ſeine Gedanken hoch über unſeren Gedanken liegen. Wir wollen daher unſer chriſtliches Urtheil nicht verfälſchen laſſen; wir wollen an jede Handlung, des Fürſten wie des Bettlers, als Maßſtab das Geſetz Gottes anlegen; wir wollen das Böſe bös nennen, wenn es auch die beſten Erfolge hat; wir wollen aber mit grenzenloſer Zuverſicht auf die Vorſehung, auf die unendlich barmherzige Weltleitung Gottes hinblicken und, wenn vieles geſchieht, was wir beklagen müſſen, mit allem Vertrauen denken, daß es Gott zum Beſten und zum Heile der Menſchen geſtalten kann, und daß es unſere Pflicht iſt, dazu mitzuwirken, ſoviel wir vermögen.

Nachdem wir dieſe allgemeinen Grundſätze ausgeſprochen haben, gehen wir nun dazu über, die letzten Ereigniſſe und die Lage zu betrachten, in die wir durch dieſelben verſetzt ſind. Faſſen wir zuerſt den unſeligen Bruderkrieg ſelbſt und ſeine Urſachen ins Auge.

III.

Die Elbeherzogthümer.

Der erste Grund oder richtiger die nächste Veranlassung des jüngsten Krieges war der Streit über die Elbeherzogthümer. Welche tiefere Gründe eigentlich eine Verständigung Oesterreichs und Preußens über diese Frage verhindert haben, ist der Oeffentlichkeit verborgen geblieben; das ist nur Jenen bekannt, die in den geheimen Kampf der Diplomatie eingeweiht sind, wo so viele Gründe maßgebend einwirken, die wir nicht erfahren. Jedenfalls hat Oesterreich nicht im ganzen Verlaufe der Verhandlung die Austragung dieser Angelegenheit vor dem Bunde und die Anerkennung der Rechte des Herzogs von Augustenburg als unerläßliche Bedingung einer Verständigung geltend gemacht. Es scheint vielmehr, daß Oesterreich für die Verstärkung Preußens durch Ueberlassung der Herzogthümer

an dasselbe eine Compensation irgend welcher Art im Auge hatte und daß es erst dann darauf verzichtete, auf diesem Wege diese Streitfrage zu erledigen, als es die Erlangung derselben für unmöglich hielt. In diesem Falle hat Oesterreich nicht eigentlich zur Vertheidigung eines begründeten Rechtsanspruches in der Person des Herzogs von Augustenburg, auch nicht zunächst in Anerkennung des Bundesrechtes, sondern hauptsächlich seiner eigenen Machtstellung wegen den letzten Weg, der zum Bruche führte, eingeschlagen. Wir bemerken dieses nicht als Tadel, sondern um den Sachverhalt richtig hinzustellen; inwieweit hierbei Preußen, das sich selbst im Norden verstärken wollte, billigen Ansprüchen Oesterreichs entgegen war, können wir nicht beurtheilen.

Selbst wenn aber eine solche Unbilligkeit auf Seiten Preußens vorlag, können wir doch auch das Verhalten Oesterreichs in dieser Frage nicht durchaus billigen und müssen es vielmehr beklagen, daß eine solche Sache der ostensible Vorwand eines solchen beklagenswerthen Krieges zwischen Oesterreich und Preußen geworden ist.

Wir verkennen nicht, daß das formelle Recht in der Angelegenheit der Elbeherzogthümer auf Seite Oesterreichs lag. Noch vor zwei Jahren hatte Preußen selbst erklärt, „der Erbprinz von Augustenburg habe in den Augen Deutschlands die besten Erbfolgerechte, seine Anerkennung durch den Bund sei gewiß.“ Kurz vorher hatte der König von Preußen dem

Abgeordnetenhause in feierlicher Weise die Verheißung gegeben, die Succeſſionsfrage werde durch den deutſchen Bund geprüft werden unter ſeiner Mitwirkung. Klarer und deutlicher kann eine Sachlage nicht gedacht werden. Der König ſelbſt verſpricht den Ständen ſeines Landes, daß die Succeſſionsfrage von dem deutſchen Bunde geprüft werden ſolle; er läßt in London durch ſeinen Geſandten erklären, daß der Erbprinz von Auguſtenburg die beſten Erbfolgerechte habe und ſeine Anerkennung durch den Bund gewiß ſei. So klar beide Verheißungen ſind, ebenſo unbeſtreitbar iſt es, daß das Verſprechen, die Angelegenheit durch den deutſchen Bund zur Entſcheidung zu bringen, mit dem Bundesrechte durchaus übereinſtimmte. Und dennoch iſt zwei Jahre ſpäter lediglich und allein die Forderung Oeſterreichs, den einen Theil dieſer Verheißung zu erfüllen, nämlich den ſtreitigen Gegenſtand vor dem Bunde zu verhandeln, für Preußen zu einem casus belli geworden. Was der König von Preußen im Dezember 1863 ſeinen Ständen verheißen hat, das hat Oeſterreich am 1. Juni 1866 gefordert und lediglich die Forderung deſſen, was der König verſprochen hatte, wird jetzt Veranlaſſung eines blutigen Bruderkrieges. Das iſt die überaus merkwürdige Sachlage, wie ſie in dieſer Art gewiß in der Weltgeſchichte ihres Gleichen nicht hat. Das formelle Recht war dabei evident auf Seite Oeſterreichs.

Auf der anderen Seite war dieſer Weg dennoch für Preußen inzwiſchen faſt zur Unmöglichkeit geworden. Nach

der Art, wie es die Elbeherzogthümer-Frage in den zwei letzten Jahren behandelt hatte, konnte Preußen wegen seiner inneren Lage kaum mehr auf diesen Weg eingehen, so sehr es dadurch auch mit seinen eigenen Worten und mit dem Bundesrechte in Widerspruch kam, ohne die Regierung den größten inneren Erschütterungen auszusetzen. Die Entscheidung am Bunde stand fest; sie würde fast einstimmig für den Herzog von Augustenburg ausgefallen sein. Dieselbe Partei, welche in der Majorität der preußischen Kammer mit der Regierung des Königs seit Jahren im erbittertsten Conflicte sich befand, hatte zur selben Zeit als deutsche Fortschrittspartei in ganz Deutschland mit dem Rechte des Herzogs von Augustenburg die colossalste Agitation betrieben. Es lag ihr dabei so wenig am Erbrechte des Herzogs von Augustenburg, wie an der Person desselben, da diese Partei an nichts weniger denkt, als an Anerkennung fürstlicher Erbrechte. Der Herzog von Augustenburg war vielmehr lediglich ein Vorwand. Es war aber dieser Partei allerdings gelungen, in einem großen Theile Deutschlands jene Stimmung eines verfälschten Enthusiasmus hervorzurufen, die selbst ein gutes Volk verblenden und zu blinden Werkzeugen von Parteiführern machen kann. Wer dieses Treiben der Fortschrittspartei mehrere Jahre hindurch erlebt hat und dagegen das Verhalten derselben Partei in diesem Augenblicke betrachtet, wo diese Frage in der gerade entgegengesetzten Richtung gelöst ist,

muß über die Charakterlosigkeit solcher Menschen, die sich zu Volksführern aufwerfen, wahrhaft erstaunen. Jetzt liegt diese Partei vorläufig der siegreichen Macht zu Füßen, worüber wir uns auch nicht im Mindesten wundern. Wenn aber vor Ausbruch des Krieges die Schleswig-Holsteinische Frage an den Bund gebracht worden wäre, wenn dann der Bund sich für das Erbrecht des Augustenburgers ausgesprochen, wenn unter dem Jubel der Fortschrittspartei in ganz Deutschland der Augustenburger die Huldigung des Landes empfangen hätte: dann wäre die ganze Sachlage zermalmend auf das königliche Regiment in Preußen zurückgefallen. Nicht der Herzog von Augustenburg hätte dann gesiegt, sondern die Fortschrittspartei in und außer Preußen hätte mit ihren Plänen, am Schlepptau führend die vielen schwachen Regierungen, die wir in Deutschland haben, einen Triumphzug durch Deutschland gehalten. Es ist kaum zu denken, wie in diesem Falle die preußischen Minister als Diener ihres Königs vor einer solchen Majorität der preußischen Kammer hätten bestehen können. Ueber den inneren Conflict in Preußen selbst sprechen wir uns hier noch nicht aus; wir constatiren nur die Thatsache, daß, wie die Sachen sich gestaltet hatten, die Regierung sich einem Bundesurtheil nicht mehr unterwerfen konnte, dessen Resultat sie vorhersah, ohne sich selbst aufzugeben, obgleich sie dadurch mit ihren eigenen Worten in den unerhörtesten Conflict kam.

Dieſe Lage Preußens konnte Oeſterreich aber berückſichtigen, da es nicht durch offenbare Rechte Anderer gebunden war. Wenn der Herzog von Auguſtenburg ein unbeſtreitbares Erbrecht gehabt hätte, ſo wäre es um ſo mehr Pflicht Oeſterreichs geweſen, ohne Rückſicht auf die inneren Verhältniſſe Preußens für daſſelbe einzutreten und es nicht einer Nützlichkeitsdiplomatie unterzuordnen, als Oeſterreich die beſondere Aufgabe und das Beſtreben hat, überall das Recht zu vertreten. Es hätte dann nur dadurch gefehlt, den Antrag an den Bund nicht früher geſtellt zu haben. Ein ſolches offenbares Recht des Herzogs von Auguſtenburg lag aber nicht vor, und durch den Verkauf der Erbrechte ſeines Hauſes, dem er wenigſtens ſtillſchweigend zugeſtimmt hatte, war er ſelbſt, wenn auch ein Schein eines formellen Rechtes übrig blieb, deſſelben unwürdig geworden. Oeſterreich konnte deßhalb ohne Rechtsverletzung Preußen eine Conceſſion machen, wodurch die nächſte Urſache dieſes unſeligen Bruderkrieges abgewendet und zugleich die Elbeherzogthümerfrage in einer dem allgemeinen deutſchen Intereſſe entſprechenden Weiſe geregelt wurde.

Wir bedauern, daß dies nicht geſchehen iſt und daß dadurch Oeſterreich einigermaßen Mitſchuld am Ausbruch des Krieges trägt. Oeſterreich war ohne Zweifel nicht nur berechtigt, ſondern ſich ſelbſt und ganz Deutſchland verpflichtet, dem Streben Preußens, es aus Deutſchland zu verdrängen, mit Waffengewalt, ja mit ſeiner ganzen Macht

entgegen zu treten. Wenn aber dies der eigentliche Grund des Krieges für Oesterreich gewesen ist, so hatte es um so viel mehr Ursache, den Schein zu vermeiden, daß die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit die Veranlassung desselben sei, und lag es um so vielmehr in seinem Interesse, die eigentliche wahre Ursache des fürchterlichen Bruderkrieges offen und klar der Welt und namentlich Deutschland gegenüber zu verkünden und dadurch jede Schuld an diesem Blutvergießen von sich abzuwenden. Dadurch, daß dies nicht geschehen, bleibt wenigstens ein Schein einer Mitschuld auch auf Seite Oesterreichs [1]).

1) Durch die inzwischen erfolgte Veröffentlichung des italienischen Grünbuches ist der entscheidende Grund des Krieges für Oesterreich nicht mehr zweifelhaft. In dem Schreiben des Generals La Marmora an den Gesandten in Berlin vom 3. April sind mit Bezug auf die Sendung des Generals Govone die Grundzüge des Bündnisses zwischen Italien und Preußen: für Preußen Durchführung der deutschen Bundesverfassung nach dessen Vorschlägen, also mit Ausschluß Oesterreichs, für Italien Eroberung aller österreichisch-italienischen Gebiete. Beides soll durch Waffengewalt erzwungen werden. Wir sehen jetzt, welchen Werth alle diese Klagen in jenen Monaten über die Rüstungen Oesterreichs hatten; wir sehen, was es bedeutete, wenn man zur selben Zeit Oesterreich zumuthete zu entwaffnen, wo man dieses Bündniß gegen Oesterreich schloß. Unter diesen Verhältnissen war Oesterreich zum Kriege gezwungen; um so mehr bedauern wir aber, daß Oesterreich nicht den wahren Grund des Krieges offen ausgesprochen hat.

IV.

Der innere Verfassungsconflict in Preußen.

Der zweite Grund des Krieges, wohl der Hauptgrund desselben, war der innere Verfassungsconflict. Der Besitz der Herzogthümer und der Sieg bei Königgrätz waren vielleicht die einzigen Mittel, um den Indemnitätsbeschluß der letzten Tage zu erwirken. Der innere Conflict allein erklärt uns die sonst ganz unbegreifliche Thatsache, daß wir einen König, der seiner ganzen Lebensrichtung nach sich im tiefsten innern Gegensatz zur Revolution befindet, der in seiner Jugend ein inniger Freund des Kaisers Nicolaus gewesen ist, daß wir eine große, intelligente und wahrlich nicht gesinnungslose conservative Partei in Preußen in diesen Tagen in Alliance mit der Revolution auf den Schlachtfeldern und getragen von den Principien der Revolution in den diplomatischen Verhandlungen gesehen haben.

Vor einigen Wochen berichteten uns die öffentlichen Blätter ein merkwürdiges Gespräch zwischen dem Grafen Bismarck und einem früheren hannöverschen Minister. Als dieser dem Grafen Bismark jene Alliance vorwarf und ihn zugleich daran erinnerte, daß Preußen durch dieselbe alle rechtmäßigen Gewalten untergraben habe, suchte Letzterer die preußische Regierung dadurch zu rechtfertigen, daß sie sich ihren Gegnern gegenüber in einer Nothwehr befunden habe und daß deßhalb Preußen in der Lage gewesen wäre, im Kampfe um seine Existenz überall dort Hilfe zu nehmen, wo sie gefunden werden konnte. In der nächsten Beziehung sind diese Worte unrichtig. Kein deutscher oder außerdeutscher Staat, am wenigsten alle jene Staaten, die von den Kriegsereignissen betroffen wurden, dachten daran, Preußen in der Stellung zu beeinträchtigen, die es sowohl im deutschen Bunde, als auch nach Außen hin als selbstständige Macht eingenommen hatte. Keine Thatsache ist evidenter als diese. Preußens Machtstellung in Deutschland und nach Außen hatte sich vielmehr in den letzten dreißig Jahren wesentlich vergrößert. Wohl konnten die andern Staaten an eine Bedrohung ihrer Existenz durch Preußen denken, aber umgekehrt von einer Bedrohung Preußens zu reden, war in dieser Hinsicht ein offenbarer Widerspruch gegen alle vorliegenden Thatsachen. Nur in einem, aber freilich sehr unberechtigten Sinne hat man diese Behauptung öfter geltend gemacht, indem man nämlich bei

derſelben nicht an die wirkliche Machtſtellung Preußens dachte, ſondern an irgend eine erträumte Weltſtellung Preußens für die Zukunft und Alles, was ſich dieſer Zukunftsſtellung Preußens nicht fügen wollte, dann eine Bedrohung der Exiſtenz Preußens nannte. Abgeſehen aber von dieſer Illuſion hatte Preußen in Deutſchland, vielleicht in der ganzen Welt keinen Gegner, der ſeine wirkliche Machtſtellung bedrohte. Dagegen haben die Worte Bismarck's einen vollkommen wahren Sinn in Bezug auf die inneren Conflicte Preußens. Preußen befand ſich vor dem Kriege in einer innern Lage, die auf die Dauer gar nicht fortbeſtehen konnte, und bei welcher das preußiſche Königthum in Gefahr war. Hätte der Verfaſſungsſtreit lediglich durch eine innere Entwickelung ausgetragen werden ſollen, ſo mußte entweder der König zu der gefährlichen Operation übergehen, die Verfaſſung aufzuheben und auf ein rein monarchiſches Regiment zurückzugreifen, oder er mußte ſich der Kammermajorität unterwerfen, was einem Terrorismus der Kammermajorität und einem Untergang des monarchiſchen Principes gleich geachtet wurde. In dieſer Hinſicht konnte alſo Bismarck allerdings an einen Kampf um die Exiſtenz denken, und vielleicht lag ſeiner Aeußerung gegen den hannöverſchen Miniſter auch dieſer Sinn tief in ſeinem Herzen verborgen zu Grunde. Nur eine glänzende äußere Politik konnte Preußen über ſeine innern Schwierigkeiten hinweghelfen und der Verſuch zu

dieſer glänzenden äußern Politik mußte alſo gewagt werden. Nicht Oeſterreich, das ſchon an ſich, ſeiner Natur nach weit von aller Aggreſſiv-Politik entfernt iſt und überdies ſeiner ganzen inneren und äußeren Lage wegen über Alles nach Frieden ſich ſehnte; nicht die ſchwachen Kleinſtaaten Deutſchlands bedrohten die Exiſtenz Preußens, ſondern der innere Kampf der Parteien bedrohte die preußiſche Monarchie und deßhalb griff man zur äußern Politik und zu allen Bundesgenoſſen, die in derſelben Hilfe bringen konnten.

Hier müſſen wir aber auf eine bedenkliche Erſcheinung aufmerkſam machen, die nicht nur in Preußen, ſondern in allen Staaten mit ähnlichen Verfaſſungsverhältniſſen in der Gegenwart auftritt und uns deßhalb auch auf einen gemeinſchaftlichen innern Grund in dieſen Verfaſſungszuſtänden hinführt: daß nämlich die Regierungen nur durch eine glänzende äußere Politik, nur durch Siege und Ruhm die innern Schäden, an denen ſie leiden, die Krankheiten ihrer innern Zuſtände zudecken können. Etwas ganz Aehnliches iſt in Frankreich der Fall. Die Orleans wollten Frankreich beruhigen durch eine innere Politik, durch eine innere Entwickelung der Principien, die in dem Mechanismus des Conſtitutionalismus liegen. Statt Ruhe war aber der äußerſte Gegenſatz innerer Kämpfe daraus entſtanden, der endlich wieder, wie ſchon ſo oft, zur Revolution führte. Napoleon hat dieſen innern Kampf nicht innerlich geheilt. Es liegen zu demſelben noch

alle Elemente vor und er kann unter veränderten Verhältniſſen in jedem Augenblicke wieder ausbrechen. Er hat es nur verſtanden, den innern Kampf mit ſtarker Hand niederzuhalten und ein Mittel dazu war ihm vor Allem die äußere Politik, ein Ablenken der Augen Frankreichs von Innen nach Außen, ein Blenden dieſer franzöſiſchen Augen durch jenes Licht, das ſie ſtets blendet, durch Frankreichs Ruhm. Deßhalb kann aber auch Napoleon jeden Augenblick in die Lage kommen, zu handeln, wie Bismarck dem hannöverſchen Miniſter geſagt hat, und wenn ſeine innere Exiſtenz es erfordert, ſo werden auch ihm alle Alliirten in der Welt genehm ſein, um durch äußere Erfolge den innern Brand zu löſchen.

Wir dürfen daher bei Beurtheilung des innern Verfaſſungsconflictes in Preußen nicht bei der nächſten Veranlaſſung in der neuen Heeresorganiſation ſtehen bleiben. Sie liegt viel tiefer. Wenn wir die Anſtrengungen beider Parteien ſahen, ihr Verfahren durch die Verfaſſungsbeſtimmungen zu rechtfertigen, ſo erweckte das in uns immer das Gefühl eines vergeblichen und unmöglichen Bemühens. Nicht dadurch iſt dieſer Conflict entſtanden, daß eine der beiden Parteien einen Paragraphen der Verfaſſung unrichtig deutete, ſondern dadurch, daß im Weſen des modernen Conſtitutionalismus [1]) Wider-

1) Man hat ſich in der neueren Zeit gewöhnt, den Begriff einer „freien volksthümlichen Verfaſſung“ mit dem modernen Conſtitu-

ſprüche liegen, die mit derſelben Nothwendigkeit immer wieder auf einander platzen müſſen wie zwei Dampfmaſchinen, die auf demſelben Geleiſe gegeneinander getrieben werden. In England zeigen ſich dieſe Folgen des Conſtitutionalismus noch nicht in dem Umfange, weil hier die große politiſche Irrlehre von der Allgewalt des Staates noch nicht ſo um ſich gegriffen hat, weil man dort die Freiheit noch vor Allem unter dem Geſichtspunkt der perſönlichen Freiheit auffaßt. In den übrigen europäiſchen Staaten dagegen müſſen dieſe inneren Conflicte um ſo mehr permanent werden, je reiner ſich der Conſtitutionalismus nach ſeinen Principien entwickelt und je allgemeiner die Richtung wird, den Staat zu einer Experimentiranſtalt für neue Syſteme zu machen. Nach der Fiction des Conſtitutionalismus ruht dieſe abſolute Staatsgewalt in der Hand von drei Factoren, die ſich coordinirt ſind. Schon dieſe Vorſtellung iſt lauter Maſchine und lauter Mechanik, die der Wirklichkeit nicht entſpricht. Es iſt zwiſchen dem wirklichen, lebendigen und dem fictiven gemachten Staate des modernen Doctrinarismus kein geringerer Unterſchied, als zwiſchen einem lebendigen Menſchen und einem Automaten, und zu wähnen, man könne den wirklichen Staat durch die künſtlichen Mittel und Geſetze des modernen Conſtitutionalismus

---

tionalismus zu identificiren. Nichts kann unrichtiger ſein. Wenn wir gegen dieſen Conſtitutionalismus uns ausſprechen, ſo geſchieht es faſt noch mehr im Intereſſe der Freiheit, als in dem der Autorität.

gründen und erhalten, ist keine mindere Täuschung, als wenn man den lebendigen Organismus des Menschen nach den Gesetzen und durch die Mittel der Mechanik behandeln wollte. Die Maschinerie des Constitutionalismus bewegt sich so lange ohne Störung, bis eine Meinungsverschiedenheit zwischen diesem Triumvirat ausbricht. In einem solchen Falle tritt die Bedeutung des einen Factors mehr zurück, während die beiden Andern, von denen der Eine das monarchische Princip vertritt, der Andere, freilich auch durch große Illusionen, das Volk vertreten soll, sich dann ohne Vermittelung gegenüber stehen. Dieser Kampf zwischen der Autorität der Regierung und zwischen der Majorität einer Kammer liegt im Wesen des doctrinären Constitutionalismus. Daher auch überall absolut dieselben Erscheinungen, ein immer wiederkehrender Kreislauf, und zwar nicht in langen Perioden, sondern in ganz wenig Jahren, wo immer dieser Constitutionalismus sich in seinem eigenen Wesen zeigen kann. Zuerst eine kurze Zeit des Friedens, dann ein Kampf zwischen Regierung und Majorität, die nicht das Volk, sondern nur eine Partei, oft nur eine kleine Partei ist; dann die Periode einer „neuen Aera", d. h. jener Moment, wo die Regierung der Majorität weicht und mit namenloser Kurzsichtigkeit meint, die Huldigungen, die sie empfängt, wären Zeichen ihrer Stärke; dann nach ganz kurzer Zeit der Moment, wo die Regierung einsieht, daß sie das Regiment der Majorität abtreten muß, wenn sie

noch fortexiſtiren will, und eine Kriſis, für die es im innern Verfaſſungsleben, in den innern Principien des Conſtitutionalismus keine Löſung gibt, und wo entweder ein Napoleon kömmt, um die innere Revolution niederzuhalten, oder ein Bismarck, um durch Schleswig-Holſtein und Königgrätz auf kurze Zeit allen Widerſpruch zu unterdrücken. Der moderne Conſtitutionalismus iſt, ſo wie er nach den Doctrinen des ſog. modernen Staates aufgefaßt wird, ein Syſtem voll innerer Widerſprüche und es iſt eine unſelige Illuſion zu glauben, dieſe Widerſprüche ließen ſich heben durch Interpretation des Buchſtabens der Verfaſſung. Es trifft daher auch keinen einzelnen Menſchen die ganze Verantwortung für dieſe Conflicte. In einem Sinne hatte die Kammermajorität Recht. Sie ſtand am Meiſten auf dem Boden des modernen Staates, obwohl die Conſequenz deſſelben in der Herrſchaft der Parteimajorität für Preußen ein unermeßliches Unglück geweſen wäre. Auf der andern Seite lag die Berechtigung Bismarck's darin, daß er die Autorität und das monarchiſche Princip vertrat, und er hat dies mit beiſpielloſem Muthe und Geſchicke gethan und dadurch, wenigſtens vor der Hand, von Preußen das Unheil dieſer Majoritätswirthſchaft der Kammer abgewendet, wenn auch die erſte Veranlaſſung dieſes Streites unberechtigt war, denn nur vom Standpunkte des abſoluten ſchrankenloſen monarchiſchen Principes kann man dem Monarchen das Recht zuſprechen, ſolche Anforderungen an ſein

Volk zu ſtellen, wie ſie in Folge der neuen preußiſchen Militär-Organiſation an Menſchen und Geld geſtellt wurden. Wir beklagen es daher, daß ein an ſich vielfach berechtigter Kampf des monarchiſchen Principes gegen die Parteiherrſchaft nicht auch eine durchaus berechtigte Veranlaſſung gehabt hat. Dieſer innere Conflict ſcheint uns alſo die wahre Urſache des Krieges geweſen zu ſein, während er ſelbſt ein Symptom jener Krankheit war, an welcher das ganze europäiſche moderne Staatsweſen durch ſeine falſchen Staatsdoctrinen darnieder liegt.

V.

Der ſogenannte „Beruf Preußens.“

Wenn aber auch die innere Lage Preußens wohl die Haupturſache des Krieges war, welche namentlich auf die maßgebenden Kreiſe beſtimmend einwirkte, ſo wirkte doch noch ein drittes Element mächtig mit, nämlich alle jene Richtungen in und außer Preußen, die wir der Kürze wegen Boruſſianismus nennen wollen. Es hat den Krieg mit Oeſterreich von lange her vorbereitet, und hat ihn allein möglich gemacht. Die inneren Zerwürfniſſe lähmten die Macht Preußens, der Geiſt des Boruſſianismus, der ſich des Krieges bemächtigte, hob dieſe innere Schwäche auf und gab zum Kriege die nöthige Actionskraft.

Wir müſſen zunächſt den Begriff deſſen, was wir Boruſſianismus nennen, näher ins Auge faſſen. Es wäre weit gefehlt, ihn für identiſch zu nehmen mit dem Geiſt

der preußiſchen Könige oder mit der Geſinnung aller jener Männer, die auf die Geſchicke Preußens einen maßgebenden Einfluß geübt haben. Der Vater des jetzigen Königs, der auf dem Todesbette ſeinen Kindern vor Allem eine innige Verbindung mit Oeſterreich anempfohlen hat, nachdem er in den furchtbarſten Weltereigniſſen die Wichtigkeit dieſes Bündniſſes für Deutſchland und Preußen kennen gelernt hatte; der Bruder und Vorgänger deſſelben, der die deutſche Kaiſerkrone ablehnte, weil er ſie nicht von der Hand des Unrechtes annehmen, weil er ſich nicht auf Koſten Oeſterreichs erheben wollte, waren gewiß weit von jenem Geiſte entfernt. Wir glauben, daß ſelbſt der jetzige König, wenn auch von ihm beeinflußt, doch in ſeiner tieferen Geſinnung ihm ferne ſteht. Vielen der beſten und edelſten preußiſchen Staatsmänner, der treueſten Diener ihrer Könige, war dieſe Denkweiſe gänzlich fremd. Selbſt Friedrich der Große, obwohl ſeine Tendenz mit dem Bornſſianismus in urſachlicher Verbindung ſteht, war doch nicht im vollen Sinne das, was wir mit dem Namen Boruſſianismus bezeichnen. Dieſer iſt vielmehr ein Syſtem, das ſich erſt nach und nach ausgebildet und allmälig zu ſeiner vollen Klarheit entwickelt hat. Er iſt mehr aus der Schule, als aus dem practiſchen Leben hervorgegangen und hat eigentlich den Höhepunkt ſeiner Entwickelung erſt in unſeren Tagen gefunden.

Unter Boruſſianismus verſtehen wir nämlich eine fixe Idee über den Beruf Preußens, eine unklare Vorſtellung

einer Preußen geſtellten Weltaufgabe, verbunden mit der Ueberzeugung, daß dieſer Beruf und dieſe Aufgabe eine abſolut nothwendige ſei, die ſich mit derſelben Nothwendigkeit erfüllen müſſe, wie der losgelöſte Fels herabrollt, und daß es daher unſtatthaft ſei, dieſem Weltberufe ſich im Namen des Rechtes oder der Geſchichte entgegenzuſtellen. Bei den Anhängern des Boruſſianismus ſteht dieſer Beruf Preußens obenan, höher als alle Rechte, und Alles, was ſich ihm entgegenſtellt, iſt deshalb Unrecht. Er vollzieht ſich mit abſoluter innerer Nothwendigkeit. Der Inhalt dieſes Berufes Preußens iſt nach der Stellung der Anhänger dieſer Richtung ſehr verſchieden. Iſt der Mann dieſer Richtung ein begeiſterter Diener ſeines Königs, ſo denkt er dabei an die Oberherrſchaft eines abſoluten preußiſchen Königthums; iſt er Soldat, an einen preußiſchen Militärſtaat mit ſeinem Kriegsherrn; iſt er Büreaukrat, an eine Glorificirung des preußiſchen Büreaukratismus; iſt er Prediger, an die Verbreitung des Proteſtantismus unter Führung des preußiſchen Königthums; iſt er endlich ein Fortſchrittsmann, an den Sieg ſeiner Partei unter der preußiſchen Spitze, wo dann die königliche Spitze natürlich nur ſo lange benutzt werden ſoll, als ſie ein Mittel für die Parteizwecke iſt; ſie alle aber, ſo verſchieden im übrigen ihre Anſichten ſind, machen daraus eine fixe Idee, einen Beruf Preußens, der ſich erfüllen müſſe, und mehr als alles andere berechtigt ſei, ſich zu erfüllen. Der Boruſſianismus iſt daher Doctrinarismus

im höchſten Grade; er iſt ein abſtractes Syſtem; er iſt deßhalb auch im eigentlichſten Sinne ein willkürliches Phantaſiegebilde. Seinen dankbarſten Boden hat er dieſer ſeiner Natur nach auch bei den Profeſſoren und in den Logen.

Um aber dem Verdachte zu entgehen, als ob ich bei Schilderung dieſes Boruſſianismus ſelbſt einer fixen Idee und einem trügeriſchen Phantaſiebilde verfallen wäre, will ich über deſſen Weſen einige Anhänger deſſelben ſelbſt reden laſſen. Der bekannte J. G. Droyſen ſagt über die Aufgabe Preußens: „Die vierhundertjährige Geſchichte dieſes Staates zeigt eine Stätigkeit des Wachſens, eine Beſtimmtheit der Richtungen, einen geſchichtlichen Charakter, wie immer nur die lebensvollſten ſtaatlichen Bildungen haben; Vorzüge, die in dem Glück und Geſchick ausgezeichneter Regenten mehr ihren Ausdruck als ihre Erklärung finden. Was dieſen Staat gegründet hat, was ihn trägt und leitet, iſt, wenn ich ſo ſagen darf, eine geſchichtliche Nothwendigkeit.“ Dieſes letzte Wort, das Herr Droyſen ausſpricht, obwohl er ſelbſt zweifelt, ob er ſo ſagen darf, iſt der eigentliche Kern ſeines Gedankens. Welcher doctrinäre Schwindel liegt doch in einer ſolchen Auffaſſung, wenn man beliebige Thatſachen in der Geſchichte, die dem ſubjectiven Syſteme zuſagen, „geſchichtliche Nothwendigkeiten“ nennt. Da hört natürlich jeder rechtliche und jeder ſittliche Maßſtab bei Beurtheilung der Thatſachen

gänzlich auf; alles wird geſchichtlich nothwendig und deßwegen auch rechtlich und ſittlich. Die Folgen dieſer Anſchauungen zeigen ſich gleich weiter in den nächſten Sätzen. Herr Droyſen fährt nämlich fort: „Preußen umfaßt nur Bruchtheile deutſchen Landes und Volkes. Aber zum Weſen und Beſtand dieſes Staates gehört jener Beruf für das Ganze, deſſen er fort und fort weitere Theile ſich angegliedert hat. In dieſem Berufe hat er ſeine Rechtfertigung und ſeine Stärke. Er würde aufhören nothwendig zu ſein, wenn er ihn vergeſſen könnte [1])." Da haben wir den beſten Commentar zu den Ereigniſſen der letzten Tage, die man ganz und gar nach dieſem Droyſen'ſchen Principe öffentlich zu rechtfertigen ſucht. Ganz ähnlich ſpricht ein anderer ebenſo unverdächtiger und competenter Zeuge den Gedanken des Boruſſianismus aus. Der bekannte Profeſſor Häuſſer in Heidelberg ſagt: „Aus der Lage der Dinge entſprang nicht nur die Berechtigung, ſondern die Nothwendigkeit eines Staates wie Preußen. Das Bedürfniß, das in dem Leben der Nation unbefriedigt war, mußte ausgefüllt werden. In der kraftloſen Anarchie des Reiches mußten, wenn die Nation nicht zu Grunde gehen ſollte, feſtere Staatsbildungen entſtehen, getragen vom Landesfürſtenthum und dem Proteſtantismus [2])." Wir wollen hier dieſen offenbaren ſophiſtiſchen Trugſchluß des

1) Geſchichte der preußiſchen Politik von J. G. Droyſen. Berlin 1855. Erſter Theil. S. 4.

2) Preußiſche Jahrbücher, Aprilheft 1862.

Herrn Häuffer nicht weiter verfolgen, der ganz überſieht, daß eben dieſe „feſteren Staatsbildungen," die ſich nicht mehr als feſte Glieder des Organismus des deutſchen Reiches erkennen wollten, ſondern nach ſouveräner Selbſtſtändigkeit ſtrebten, der Grund „der kraftloſen Anarchie des Reiches" waren, und daß es deßhalb eine große Unwahrheit iſt, dafür das Reichsregiment verantwortlich zu machen, ſtatt der Reichsfürſten ſelbſt, die das Reich ruinirten; wir wollen uns vielmehr darauf beſchränken, hervorzuheben, wie Herr Droyſen und Herr Häuſſer alles Das vollkommen beſtätigten, was wir vom Boruſſianismus geſagt haben. Dieſe Herren bilden ſich beliebig einen Gedanken, eine Phantaſie, machen ihn zu einem abſoluten Gedanken, zu einem Götzen, den ſie anbeten, oder richtiger, in dem ſie ſich ſelbſt anbeten, und dieſe doctrinäre Phantaſie iſt dann das Alleinberechtigte, das abſolut Berechtigte, das an ſich Nothwendige, vor dem ſich Alles, Recht, Sittlichkeit und Geſchichte beugen muß. Deutſchland iſt das wahre Heimathsland dieſer gefährlichen Phantaſten. Es erhellt daraus aber auch, daß dieſe Geiſtesrichtung nicht lokal iſt; es können auch in anderen Ländern ähnliche Syſteme aufgeſtellt werden, die dort eine andere Bezeichnung haben werden, aber alle darin zuſammentreffen, daß ſie ohne Rückſicht auf Gott, ohne Rückſicht auf Recht und Geſchichte, ihre Intereſſen für die allein berechtigten halten und ſie mit allen Mitteln durchführen wollen.

Dieſes verderbliche Syſtem, wie es ſich in Deutſchland in Bezug auf den Beruf Preußens ausgebildet hat, hat nun ſchon lange auf ein Zerwürfniß mit Oeſterreich hingearbeitet. Nach demſelben hat Oeſterreich begreiflich keinen Platz mehr in Deutſchland; es ſteht dem Berufe Preußens, der ſich mit Naturnothwendigkeit vollzieht, hindernd entgegen; und ebenſo iſt, um mit Herrn Droyſen zu ſprechen, das „Angliedern weiterer Theile" für Preußen auf Koſten der übrigen deutſchen Staaten lediglich wieder eine Naturnothwendigkeit, ſowie es für die Geſtirne Naturnothwendigkeit iſt, ſich in ihren eigenen Bahnen zu bewegen. Zum erſten Male begegnete mir im Leben dieſer Boruſſianismus in ſeiner naturnothwendigen Angliederungsrichtung im Jahre 1848. Das war überhaupt ein Angliederungsjahr; freilich nicht für das preußiſche Königthum, ſondern für die Revolution, die damals das Angliedern und die Naturnothwendigkeit anders deutete, aber gewiß mit demſelben Rechte, wie Herr Profeſſor Droyſen für ſeine Anſicht. Man geſtatte mir, dieſes perſönliche Erlebniß meiner erſten Begegnung mit dieſer Angliederungstheorie hier kurz zu erwähnen; es iſt nicht ohne allgemeines Intereſſe. Ich war damals Pfarrer in Hopſten, in meiner Heimath Weſtphalen. Das Vertrauen der Bewohner der dortigen Gegend nöthigte mich im vollen Gegenſatze zu allen meinen Wünſchen, eine Wahl für das deutſche Parlament in Frankfurt anzunehmen. Zum dortigen Wahl-

bezirke gehörte auch die Grafschaft Tecklenburg, ein altpreußisches Land und protestantisch. Bei einer Versammlung aller Wahlmänner, die damals in Tecklenburg gehalten wurde, wurde insbesondere die Aufgabe des Deputirten in Frankfurt bezüglich der deutschen Verfassungsfrage besprochen, und bei dieser Gelegenheit trat ein im übrigen höchst achtungswerther Mann mit der Ansicht auf, es sei vor Allem Beruf des Parlamentes, die Grenzen Preußens bis an den Main zu erweitern und so ein norddeutsches Königthum unter Preußens Krone zu constituiren, und es sei meine Pflicht als Deputirter, in dieser Richtung zu wirken. Damals hörte ich zum ersten Male die Idee aussprechen, die sich jetzt, zwanzig Jahre später, verwirklicht hat. Ich war ganz erstaunt, in einer Zeit, wo ohnehin alles Recht erschüttert war, aus einem solchen Munde eine neue colossale Rechtsverletzung als Heilmittel anpreisen zu hören und lehnte natürlich mit aller Entschiedenheit die Zumuthung ab, an einem solchen Plane der Zerreißung Deutschlands mitzuarbeiten. Wie hätte ich damals daran denken können, daß ich später als Bischof von Mainz Augenzeuge der Verwirklichung dieses Planes und der Ausdehnung der preußischen Grenzen bis an den Main sein würde? Wie oft habe ich seitdem an diesen Herrn in Tecklenburg zurückgedacht, dessen Aeußerung mir ein Beweis geworden ist, wie allgemein und von wie lange her das vorbereitet war, was jetzt geschehen. Ich zweifle jetzt nicht mehr, daß

dieſer Herr nicht eigentlich ſeinen Privatgedanken ausgeſprochen, ſondern ihn in jener geheimen Geſellſchaft ſich angeeignet hat, in der namentlich das, was wir Boruſſianismus nennen, ſeinen Sitz hat. Dieſe Anſicht von einem ungemeſſenen Berufe Preußens hat den Krieg vorbereitet; ſie iſt im Verlaufe des Krieges eine ſtarke Macht geworden, um denſelben zu führen; ſie hat nach den großen Siegen Alles in Preußen mit ſich fortgeriſſen, ſelbſt jene Kreiſe, die ihr ganzes Leben der Vertheidigung des Rechtes gewidmet haben; ſie hat endlich die Bedingungen des Friedens dictirt und herrſcht augenblicklich faſt ohne Widerſpruch in Preußen.

Welche Gefahren liegen aber in einer ſolchen Anſchauung für den Frieden Europa's überhaupt und auch für Preußen insbeſondere. Sie iſt ihrer ganzen Natur nach aggreſſiv gegen Alles, eine Art Kriegserklärung an Alles, was ſich dieſem naturnothwendigen Berufe entgegenſtellt. Dieſe Kriegserklärung iſt aber um ſo gefährlicher, weil der Inhalt dieſes Berufes ein ganz willkürlicher iſt. Das Recht, welches Herr Droyſen und Herr Häuſſer hat, ſich einen beliebigen doctrinären Gedanken von dem Berufe Preußens auszubilden, hat auch jeder Andere; und das Recht, welches dieſe Herren haben, ihren angeblich naturnothwendigen Gedanken durch naturnothwendige Anglieder-ungen zu verwirklichen, hat auch jeder Andere für ſeine Doctrinen. Wo iſt bei ſolcher Willkür noch eine Grenze?

Solchen Theorien gegenüber ist kein Recht und kein Staat mehr gesichert. Warum soll dieser naturnothwendige Gedanke am Main stehen bleiben, warum an der Donau u. s. f.?

Diese Anschauungen sind aber auch überaus gefährlich für Preußen. Wenn gleich das Bemühen, einen beliebigen doctrinären Parteigedanken als die geschichtliche Nothwendigkeit eines Landes mit dem absoluten Rechte der Angliederung hinzustellen und dadurch jede Rechtsverletzung zu sanktioniren, in dieser Art noch nicht dagewesen ist, so finden sich doch Anklänge dazu in anderen Ländern reichlich vor. Nicht Preußen allein mit seiner Geschichte ist in der Welt; es gibt auch noch andere Völker mit Selbstbewußtsein und älterer Geschichte. Wer will es ihnen wehren, daß auch sie unter einem anderen Namen eine gleiche Theorie ausbilden? Wenn es einmal darauf ankömmt, ohne Rücksicht auf Recht und Geschichte einem Volke einen naturnothwendigen Weltberuf mit absolutem Angliederungsrechte zu stellen, so wird ohne Zweifel Frankreich auch bald seine Droysen und Häusser finden, die in der französischen Eitelkeit nicht weniger Anhaltspunkte finden werden. Wer weiß, welchen Weltberuf sich Rußland, welchen die nordamerikanischen Staaten sich einmal beilegen werden? Jeder falsche Grundsatz, den man zu seinem Vortheil ausbeutet, wird unfehlbar sich später gegen den wenden, der ihm huldiget. Nur die äußerste Verblendung kann es verkennen, wie gefährlich solche Theorien für Preußen selbst bei veränderten

Verhältniſſen werden können. Es iſt eine wahre Thorheit, zu glauben, daß vor einem ſolchen doctrinären Hirngeſpinnſt von Weltberuf die ganze Welt ſtehen bleiben und ſich willenlos angliedern laſſen werde. Je aufrichtiger wir das Beſte Preußens wollen, deſto mehr können wir in ſolchen Richtungen nur die Wege zum Verderben erkennen.

VI.

Den Zweck heiligt die Mittel.

Wir haben die Gründe des Krieges betrachtet; wir müssen jetzt die Mittel, ihn zu führen, ins Auge fassen. Wir verkennen dabei nicht, in welchem Maße zu dem Erfolge die Tapferkeit des preußischen Heeres, die Tüchtigkeit seiner Führung und Ausrüstung, und, worauf wir besonders Gewicht legen, das starke Pflichtgefühl, das den größten Theil der preußischen Soldaten erfüllte, mitgewirkt haben. Je mehr wir aber gern und freudig bereit sind, das Tüchtige im preußischen Staatswesen und in seiner Militärverfassung überall vollkommen anzuerkennen, desto mehr schmerzt es uns, wenn wir demselben Elemente ganz anderer Art beigemischt sehen. So ist es auch hier gewesen. Die Tapferkeit des Heeres allein erklärt nicht den

ſo überaus überraſchenden Erfolg dieſes Krieges und der Glanz der preußiſchen Armee iſt ohne ihre Schuld getrübt durch andere Mittel, die angewendet wurden, um dieſen Sieg zu erringen; insbeſondere durch die Bundesgenoſſen, denen man ſich anzuſchließen nicht geſcheut hat.

Was naturnothwendig iſt, iſt nicht nur an ſich berechtigt, ſondern es ſind auch alle Bedingungen und Vorausſetzungen ſeiner Verwirklichung, alle nothwendigen Mittel dazu berechtigt. Eine Theorie, eine Doctrin, die ihre beliebigen Hirngeſpinnſte für naturnothwendig hält, muß daher auch alle Mittel für erlaubt halten, die zu ihrem naturnothwendigen Ziele führen. Wenn Preußens Beruf naturnothwendig Angliederung iſt, ſo iſt auch kein Mittel mehr ſchlecht, das ihm dient, dieſe Angliederung zu vollziehen. So grundverkehrt nun eine ſolche Anſchauung auch ſein mag, ſo iſt ſie doch vorhanden, und wenn auch nicht überall mit voller innerer Erkenntniß, dennoch weit verbreitet. Sie allein erklärt das, was vor unſeren Augen geſchehen iſt; ſie allein erklärt, wie es möglich war, daß Preußen die äußerſte Verlegenheit, in die Oeſterreich durch die ſchlaue Politik Napoleons in Italien gerathen war, dazu benutzte, um dieſen ſeinen alten deutſchen Bundesgenoſſen in der Verbindung mit der Revolution in Italien und Ungarn niederzuwerfen. Das aber iſt geſchehen.

Wie ganz anders war die Lage vor kaum fünfzig Jahren; und wenn die Geiſter der drei Fürſten, die damals

verbunden waren, auf uns herabblicken, wie mögen sie dann diese neuen Bündnisse Preußens beurtheilen. Damals war der König von Preußen ein hervorragendes Mitglied der heiligen Alliance; gewiß das absolute Gegentheil der Alliance, in der jetzt die braven preußischen Heere gekämpft haben. Unter den Augen jener drei Fürsten wurde die Völkerschlacht bei Leipzig geschlagen, wo wahrhaft die Völker Europas gegen Napoleon kämpften, und die Ströme Blutes, die da flossen, um die Herrschaft Napoleons zu brechen, waren der Kitt, mit dem jener Bund geschlossen wurde. Napoleon vertrat auch einen Beruf; er wollte auch der Vollstrecker höherer Rathschlüsse der Vorsehung sein; sein angeblicher Beruf knüpfte sich aber an seinen Namen und an Frankreich; auch er vertrat ein Princip, eine Theorie ohne Recht, ohne Geschichte, ohne Gottes Gebot. Wenn es darauf ankam, den Erfolg, glänzende Siege als ein Gottesurtheil, als einen Beweis des göttlichen Segens geltend zu machen, so konnte Napoleon sich nicht auf einen, sondern auf zahllose Siege berufen. Mit diesem seinen angeblichen Berufe hatte er alle Völker- und alle Fürstenrechte zertreten. Gegen diese willkürlichen gottlosen Theorien kämpften die Fürsten und ihre Völker bei Leipzig, und zogen dann vereint den weiten Siegeslauf bis Paris. Welche Veränderungen seitdem! Der Neffe dieses Napoleon hat den niedergestürzten Thron seines Oheims wieder aufgerichtet, er vertritt dieselben Principien und ist nicht minder erfüllt von

dem Gedanken, daß er an der Spitze Frankreichs einen Beruf habe. Alle seine Kundgebungen zeigen, daß er von der Naturnothwendigkeit dieses Berufes überzeugt ist. Er hat es oft und wiederholt ausgesprochen, daß ein Mittel zu seinem Berufe auch eine Zerstörung dessen ist, was die Sieger über seinen Oheim aufgebaut haben. Er war aber klug genug, um die Lehre, daß es leicht ist, einen Bund von Stäben zu zerbrechen, wenn man jeden einzelnen für sich knickt, auch auf die höhere Diplomatie anzuwenden. In den letzten zehn Jahren war Oesterreich an der Reihe, dieses eine Glied jenes Bundes, den das Blut bei Leipzig geschaffen hat. In dieser langen Zeit hat er Oesterreich mit allen Mitteln einer gewandten Diplomatie beschädigt. Die Hindernisse, die es Oesterreich fast unmöglich machen, zu einem innern Ausgleich zu kommen, wegen der Stellung Ungarns, ebenso wie der ganze Kampf Italiens gegen Oesterreich sind theils ganz sein Werk oder, wo das nicht, doch nur durch ihn ermöglicht; und nachdem Oesterreich so von der ganzen Revolution gehetzt, tief geschwächt und gelähmt war, da hat Preußen keinen Anstand genommen, diese höchste Verlegenheit des alten Kaiserhauses zu benützen, um, geschützt von dem Neffen des alten Oheims, der bei Leipzig von dem König von Preußen im Bunde mit Oesterreich geschlagen worden war, in Alliance mit der italienischen Revolution, ja in Verbindung sogar mit der Revolution in Ungarn, Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen, Deutschland selbst zu zer-

reißen, um den angeblichen Beruf Preußens zu verwirklichen. Von der einen Seite von der italieniſchen Revolution angegriffen, von der andren von den preußiſchen Heeren, von der dritten durch eine von Preußen geförderte Revolution in Ungarn bedroht, im Hintergrund hoch oben Napoleon, der dieſes eine Glied des Bundes von Leipzig knicken wollte, da mußte freilich das ſo tief im Innern ſelbſt geſchwächte Oeſterreich zuſammenbrechen.

Hier liegt der Grund unſers Schmerzes; da möchten wir das Angeſicht verhüllen und über unſer deutſches Vaterland weinen. Nicht weil wir Preußen haſſen, ſondern weil wir es aufrichtig lieben, wird uns nie der Schmerz darüber verlaſſen, daß Preußen die äußerſte Verlegenheit Oeſterreichs, in die es durch die Revolution gekommen war, benützt hat, um in Verbindung mit der Revolution ſich auf Koſten Oeſterreichs zu bereichern. Wir ſchreiben dieſen Gedanken mit Schmerz nieder, wir glauben aber, daß er die volle Wahrheit enthält, und wir müſſen ihn deßhalb niederſchreiben, weil wir die Wahrheit ſagen wollen, da nur die Wahrheit frei macht. Wir Deutſche haben viele traurige Ereigniſſe in der deutſchen Geſchichte zu beweinen; wir wiſſen nicht, ob eines dieſem gleich kömmt; ein Volk, wie das preußiſche, ein Heer, wie das preußiſche, ein Königthum, wie das preußiſche, in Alliance mit Viktor Emmanuel, Garibaldi, Klapka, unter Oberleitung eines Napoleon im Kampfe gegen Oeſterreich!

Wir haben hier eine unſelige Wirkung jener verderblichen Richtung vor uns, welche die höhere Politik von ihrer wahren Grundlage trennt. Wenn man für den Verkehr der Völker und Staaten einen exemptionellen Maßſtab anlegt, als ob hiefür andere Geſetze beſtünden, als die der gewöhnlichen Sittlichkeit und des gewöhnlichen Rechtes; wenn man ſich der Täuſchung hingibt, daß im Privatleben ſchlecht, unrecht und verwerflich ſein könne, was in der höheren Politik recht, gut, ja nothwendig ſei; wenn man mit einem Worte von den Geboten Gottes abſieht und für ſo hohe Dinge andere Gebote, die gewiſſermaßen höher liegen ſollen, aufſtellt, ſo müſſen ſolche Folgen nothwendig eintreten. Dadurch verfällt die hohe Politik ſofort lediglich der Menſchenklugheit, der Menſchenwillkür, ſie wird eine niedere Nützlichkeitspolitik, eine Politik der Intrigue, kurz eine Politik, bei welcher der Egoismus das einzige und maßgebende Geſetz iſt. Sie wählt ſich dann beliebige Ziele, die von der göttlichen Ordnung abweichen, und ſie verfolgt dieſe Ziele mit allen Mitteln nach dem Grundſatze: Der Zweck heiligt die Mittel. Es iſt eine große Selbſttäuſchung, wenn die Welt den Jeſuiten dieſen Grundſatz vorwirft, gleichſam als ob ſie durch dieſe ungerechte Anklage den Beweis führe, daß ſie ſelbſt dieſem Grundſatze nie und nimmer huldige. Allein dieſer Grundſatz gehört nicht einem Stande oder einer Klaſſe von Menſchen an, ſondern er iſt ein Grundſatz der verdorbenen Menſchennatur, wel-

cher überall und in jedem Menſchen auftritt, der ſich nicht dem Sittengeſetze unbedingt unterwirft. Er herrſcht namentlich unbeſchränkt in jenem von der Religion abgetrennten Völkerrechte. Die Beziehungen der Völker ruhen weſentlich auf denſelben Grundlagen, wie die Beziehungen der einzelnen Menſchen unter einander, auf der Verwirklichung und gegenſeitigen Anerkennung der von Gott in uns gelegten Geſetze der Sittlichkeit, des gegenſeitigen Wohlwollens, des Gebotes: Was du nicht willſt, daß dir geſchehe, das thue auch einem anderen nicht. Alle dieſe Geſetze, die Gott für den Verkehr der Menſchen und der Völker in unſer Gewiſſen gelegt hat, finden ihre höchſte und erhabenſte Erklärung in dem Chriſtenthum. Das idealſte Völkerrecht wäre eine Verwirklichung der Geſetze des Chriſtenthums in den Beziehungen der Völker unter einander; die idealſte Diplomatie und Politik wäre die Diplomatie und Politik nach den Grundſätzen des Chriſtenthums. Eine höhere Klugheit gibt es für den Völkerverkehr nicht, als jene, die das ſchlichteſte Chriſtenkind in ſeinem einfachen Privatleben befolgt. Man glaubte, die hohe Politik zu erheben, als man ſie lostrennte von dieſer wahren Grundlage des Sittengeſetzes, und man hat ſie dadurch unausſprechlich erniedrigt. Die hohe Politik iſt nach ihren Geſichtspunkten und Motiven wahrlich nicht mehr hoch, ſondern ſehr niedrig. Nachdem man die ewigen Grundſätze der Sittlichkeit und der Gebote Gottes verlaſſen hat, hat man

an deren Stelle seit den letzten Jahrhunderten jene todte Form gesetzt, die von der Wage, auf der die Waaren gewogen werden, hergenommen ist, das sogenannte Gleichgewichtssystem. An Stelle der ewigen Gesetze der Sittlichkeit und der Religion sollte der Kaufmannsladen den Maßstab für den Völkerverkehr abgeben, und damit glaubte man für diese hohen Regionen einen höheren Maßstab gefunden zu haben. Hinter dieser leeren Form der Gleichgewichtstheorie verbarg sich aber der rohe Egoismus der Völker, und die Diplomatie ist seitdem die Wissenschaft geworden, die Eifersucht und den Neid der Nationen, den Völker-Egoismus hinter glatten äußeren Formen zu verstecken und alle Fäden zu spinnen, um diesen Egoismus geltend zu machen. In dieser Lostrennung des Völkerrechtes von dem Gesetze Gottes, in dieser Fiction, als ob die hohe Politik in ihren Zielen und Mitteln auf einem höheren Standpunkt stünde, als dem der gewöhnlichen Sittlichkeit und Gerechtigkeit liegt eine unermeßliche Gefahr für den Frieden der Welt. Wer die Revolution in der niederen Politik nicht will, darf sie auch in der höheren nicht wollen. Ein Völkerrecht ohne Gottes-Recht ist ein permanenter Kriegszustand oder nur eine Waffenruhe, die dem Kriege Aller gegen Alle vorausgeht. Dem Princip nach ist es Krieg, weil es kein Moment in sich trägt, das in seiner Ausgestaltung Frieden unter den Völkern gründen könnte.

Dieſe Anſchauung führt denn auch nothwendig zu jener unbedingten Huldigung dem Erfolge gegenüber, die wir in ſo großer Ausdehnung vor uns ſehen. Unrecht im Großen iſt ganz gewiß nicht weniger ungerecht, als Unrecht im Kleinen und die Größe des Erfolges hebt die Größe des Unrechtes nicht auf. Gerade umgekehrt: der Arme, der ein Stück Brod ſtiehlt, iſt weit minder ſtrafbar, als der Reiche, der durch Unredlichkeit ein immenſes Vermögen ſich erworben hat. Aber ſo ſehr iſt unſer ſittliches Gefühl beſchädigt, daß in der hohen Politik nur mehr der Erfolg entſcheidet, mag auch das Ziel an ſich unberechtigt und mögen die Mittel dazu verwerflich geweſen ſein. Welche Verwirrung der Geiſter und der Gewiſſen! Im einzelnen Menſchen beſteht das wurzelhaft Böſe darin, daß er Ziel und Mittel ohne Rückſicht auf Gott und Gottes Gebot, ohne Rückſicht auf Sitte und Sittengeſetz beſtimmt; ganz ſo und aus denſelben Gründen iſt es wurzelhaft bös im Völkerleben, wenn die Völker ihre Ziele und die Mittel zu deren Erreichung ohne Gott und Gottes Geſetz, ohne Sitte und Sittengeſetz wählen und verfolgen. Das iſt die Revolution in der höheren Politik, das iſt die „Politik der Intereſſen“ ſtatt der der Wahrheit und Gerechtigkeit.

Wir können es daher auch nur tief beklagen, wenn die Religion für ſolche von Gott und Gottes Gebot losgetrennte hohe Politik und ihre Zwecke in Mitleidenſchaft und Mitverantwortung gezogen wird. Das ſtärkt nicht die Re-

ligion, das ſchwächt ſie. Das iſt auch eine beklagenswerthe Richtung der letzten drei Jahrhunderte, der Religion und den Dienern der Religion zuzumuthen, allen Gewaltthaten der Politik gewiſſermaßen eine religiöſe Weihe zu geben. Für wie viele Siege ſind ſchon Dankgottesdienſte gefeiert worden von den ungerechten Kriegen Ludwigs XIV. bis zu denen Napoleons, die nicht zum Lobe Gottes waren, die vielmehr Gott im Himmel verabſcheut hat. Wie muß Gott in ſeiner ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit den Verſuch verabſcheuen, ihn gewiſſermaßen zum Mitſchuldigen ſolcher Menſchenthaten zu machen, die mit ſeinem ewigen Geſetze, mit ſeinem heiligen Gebote, mit ſeinem göttlichen Willen im Widerſpruch ſtehen! Je erhabener die Religion daſteht, deſto mehr kann ſie der Welt, deſto mehr auch den Staaten nutzen. Selbſt in eigenem Intereſſe ſollte der Staat der Religion nicht dieſe Stellung zumuthen. Dieſe öffentlichen Gebete, dieſe kirchlichen Dank- und Freudenfeſte, dieſe ewigen neuen Eide ſind nicht vom Guten.

VII.

Folgen und Gefahren.

Nachdem wir die Urſachen des Krieges betrachtet haben, wollen wir die Folgen deſſelben, die Lage, in die wir durch ihn gerathen ſind, die Gefahren, die uns deßhalb bedrohen, ins Auge faſſen. Wir haben ſie ſchon theilweiſe berührt; wir müſſen ſie aber in einem Bilde zuſammenfaſſen, um das, was für die Zukunft noththut, richtig beurtheilen zu können.

Die erſte Folge des Krieges iſt die Zerreißung des Bundes, welchen die Völkerſchlacht bei Leipzig und die Befreiungskriege gegen Napoleon und die napoleoniſchen Ideen geſchaffen hatten. Die heilige Alliance iſt mit vollem Recht

verrufen wegen deſſen, was ſie ſpäter geſchaffen hat, aber in ihrem Urſprung war ſie ein erhabener Bund, hervorgegangen aus dem Geiſte der Befreiungskriege. Die Befreiungskriege waren ein Kampf des deutſchen und des chriſtlichen Volksgeiſtes gegen die Tyrannei eines gottloſen Franzoſenthums; es waren Freiheitskriege in der höchſten und erhabenſten Bedeutung des Wortes. Dieſer Geiſt, der auf den Schlachtfeldern gekämpft hatte, erfüllte urſprünglich die heilige Alliance; dieſer Geiſt fand ſeinen erhabenen Ausdruck in jener berühmten Urkunde, die ihr zu Grunde lag. Dieſe Urkunde bleibt denkwürdig ſowohl ihres erhabenen Inhaltes, als ihrer völligen und totalen Wirkungsloſigkeit wegen. Sie war dictirt von demſelben Geiſte, der die Völker durchdrang, die für ihre höchſten Güter auf den Schlachtfeldern ihr Blut vergoſſen. Die Fürſten ſelbſt waren von dieſen Gedanken ſo mächtig ergriffen und getragen, daß ſie ihnen in dieſer Urkunde Ausdruck gaben; aber dieſe Gedanken waren größer als die Fürſten, die ſie in dieſer Urkunde ausſprachen, und noch viel größer als die Diener dieſer Fürſten, die die Werkzeuge ihrer Regierungshandlungen wurden. Was wäre aus Deutſchland geworden, wenn die Gedanken der heiligen Alliance, in welcher die Fürſten vor der Welt verſprachen, das Chriſtenthum zum Ausgang aller ihrer Regierungshandlungen zu machen, ſo zu regieren, daß ihr Volk „eigentlich keinen anderen Herrn habe, als den, welchem allein alle Macht gebührt, nämlich

Gott, unſern Erlöſer Jeſus Chriſtus, das Wort des Allerhöchſten, das Wort des Lebens", und in dieſem chriſtlichen Sinne ihren Völkern Freiheit zu gewähren — in Erfüllung gegangen und die Grundſätze der Regierungen von da an geworden wären? Das abſolute Gegentheil iſt eingetreten und von dieſem Verſprechen wurde wahrhaft nichts gehalten. Wie das ancien régime, d. h. die Monarchie in Europa vor der Revolution, nichts war, als eine Herrſchaft der Principien der Revolution in der Monarchie, ſo war dieſes régime moderne nichts anderes, als ein etwas abgeſchwächter Abklatſch des ancien régime. Wenn in der heiligen Alliance die Fürſten ihren Völkern verſprochen hätten, ſtatt nach den Grundſätzen des Chriſtenthums, nach den modificirten Grundſätzen der franzöſiſchen Encyclopädie zu regieren, dann hätten ſie ihr Verſprechen gehalten. Daſſelbe galt noch mehr von den übrigen Regierungen in Deutſchland. Principien der Encyclopädie in monarchiſchem Kleide, umgeben von einem Regierungs-Apparate mit allen kleinlichen Mitteln des Polizeiſtaates, dazu ein Geſichtspunkt, der ſich kaum über das perſönliche Familienintereſſe erheben konnte — das war ſo ziemlich der Kreis, in dem ſich die damaligen Regierungen bewegten. Trotzdem aber hatte die heilige Alliance als Völkerbund gegen den Napoleonismus eine erhabene Bedeutung, und dieſes Band iſt jetzt zerriſſen. Das iſt eine Folge des Krieges und eine Gefahr für die Zukunft.

Eine zweite Folge des Krieges iſt, daß die höchſt ſegensreiche Ueberzeugung, daß ein innerer Krieg in Deutſchland unmöglich ſei, zerſtört worden iſt. Dieſe Ueberzeugung war gleichfalls eine Wirkung der Befreiungskriege. Sie nahm von Jahr zu Jahr zu. Sie hatte ſich in den Herzen des deutſchen Volkes und in allen Ständen bereits ſo feſt geſetzt, daß faſt allgemein ein Krieg in Deuſchland, ein Krieg unter den deutſchen Völkern für unmöglich angeſehen wurde. Selbſt dann noch, als der Krieg unmittelbar bevorſtand, hielt man ihn für unmöglich; von einem Ende Deutſchlands bis zum andern hieß es damals: der Krieg iſt nach der Lage der Dinge unvermeidlich, und dennoch wird er nicht eintreten, er iſt unmöglich. Selbſt viele ausrückende Offiziere glaubten, es könne nicht geſchehen, daß ſie gegen Deutſche kämpfen würden, und irgend ein unerwartetes Ereigniß werde das abwenden.

Dieſe Ueberzeugung war aber eines der höchſten nationalen Güter, die wir beſaßen. Die Bruderkriege, die einſt auf deutſcher Erde gefochten wurden, ſind doch weitaus das Entſetzlichſte, was wir in der deutſchen Geſchichte zu beklagen haben. So lange ſie möglich ſind, kann in jedem Augenblicke wieder unermeßliches Verderben ſich über Deutſchland ergießen. Dieſe Ueberzeugung ſchien ein für allemal alle Gefahren, welche ſeit drei Jahrhunderten über uns hereingebrochen, von Deutſchland abgewendet zu haben.

Sie iſt jetzt gründlich beſeitigt, ſie iſt mit den Wurzeln

aus dem mit dem gemeinſchaftlichen Blute gedüngten Boden bei Leipzig herausgeriſſen. Wir haben wieder geſehen, daß deutſche Heere gegen einander kämpfen können und daß dieſe Kämpfe furchtbarer ſind, als alle anderen Kämpfe, weil das deutſche Volk das tapferſte Volk iſt. Die blutigſten, die erbittertſten Schlachten der Neuzeit ſind wieder von Deutſchen gegeneinander auf deutſchem Boden geſchlagen worden und dieſer Krieg hat ſo furchtbar gewirkt und die Geiſter für neue Bruderkämpfe ſo vorbereitet, daß man kaum noch den Ausdruck des Schmerzes und der Empörung über dieſen Bruderkrieg vernimmt. Das iſt eine Folge dieſes entſetzlichen Bruderkrieges, das iſt eine weitere Gefahr für die Zukunft, eine wahre Drachenſaat, die in Deutſchland ausgeſäet worden iſt.

Die dritte Folge des Krieges iſt, daß ſich jetzt ſechs Theile Deutſchlands als Ausland gegenüber ſtehen, ohne anderes Band, als das völkerrechtliche. Die Geſandten Rußlands, Frankreichs, Englands u. ſ. w. haben jetzt an den Höfen in Karlsruhe, Darmſtadt, Stuttgart, München, Berlin, Wien dieſelbe Stellung, wie die Geſandten der deutſchen Höfe. Das iſt ein Gedanke, der das berechtigte deutſche Nationalgefühl ſo tief verletzt, daß er kaum zu ertragen iſt. Die heilige Alliance wollte, wie ſie ausdrücklich ſagte, aus mehreren Völkern eine Familie machen; das war eine phantaſtiſche Illuſion; in Deutſchland iſt jetzt das Gegentheil eingetreten und die Glieder einer und der-

ſelben Familie ſind als fremde Völker auseinander geriſſen. Das alte heilige Band, das die deutſchen Völker vereinigt hat, beſteht nicht mehr. In den zwölfhundert Jahren unſerer deutſchen Geſchichte hat es nur Eine Periode gegeben, wo gleichfalls dieſes Band zerriſſen war, wo auch Glieder des deutſchen Volkes einander als Ausland gegenüber ſtanden; das war die Zeit des Rheinbundes unter Protection von Napoleon I. Die Befreiungskriege haben dieſe Trennung aufgehoben; der letzte Krieg hat auch dieſes Werk des erſten Napoleon unter Protection des Neffen wieder hergeſtellt.

Die Gefahren, die dieſer Zuſtand in ſich birgt, ſind offenbar. Die Rheinbundszeit war die Zeit der tiefſten Schmach und der tiefſten Erniedrigung Deutſchlands. Die Einmiſchung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten des deutſchen Volkes, die ſchon ſeit Jahrhunderten ſo viel Verderben über uns gebracht hat, hatte in jener Zeit ihren höchſten Punkt erreicht. Das große deutſche Volk hatte jedes Selbſtbeſtimmungsrecht verloren und wurde nach dem Willen Napoleons und anderer fremder Mächte geleitet. Die deutſchen Fürſten waren Bediente geworden und große Theile des deutſchen Volkes waren ſo innerlich abgeſtumpft, daß ſie dieſe Schmach kaum noch empfanden. Wir ſagen nicht, daß ähnliche Zuſtände eintreten werden; wir ſagen nur, daß unſer deutſches Vaterland durch dieſe Folge des letzten Krieges unermeßlichen Gefahren ausgeſetzt iſt. Wie

viel Verderben hat die Einmiſchung fremder Höfe in deutſche Angelegenheiten uns ſchon gebracht und wie ſehr ſteht zu befürchten, daß jetzt wieder deutſche Höfe der Tummelplatz aller denkbaren Intriguen zum Verderben Deutſchlands ſein werden. Das Vertrauen unter den deutſchen Fürſten muß ja durch die Ereigniſſe des letzten Krieges gänzlich vernichtet ſein. Wie nahe muß ihnen der Gedanke liegen, daß bei der erſten günſtigen Gelegenheit auch ſie ein Loos erwartet, wie das anderer Fürſten! Welcher Boden für alle fremden Mächte, wieder dieſelbe Potitik zu verfolgen, die in den letzten Jahrhunderten uns tief innerlich vergiftet hat!

Wenn wir auch kein völkerrechtliches Band mehr haben, ſo haben wir in dem Bewußtſein der deutſchen Völker, daß ſie Glieder eines großen Volkes ſind, freilich noch ein ſtarkes Band, das dieſe Gefahr vermindert. Aber auch dieſes Band kann leider, wie wir es ſo oft erlebt haben, durch Ereigniſſe geſchwächt, ja ganz zerriſſen werden. Zur Zeit der Franzoſenherrſchaft war die Geſinnung eines großen Theils der deutſchen Völker auf dem linken Rheinufer dem deutſchen Vaterland tief entfremdet. In dieſem Augenblicke iſt es freilich anders; man kann ſich aber nicht der größten Beſorgniſſe entſchlagen, was in dieſer Hinſicht wieder eintreten könnte, wenn unglückliche Ereigniſſe, wenn eine Periode innerer Zerwürfniſſe, vielleicht neuer innerer Kriege vor uns läge. So furchtbar und faſt unerträglich uns der Gedanke iſt, ſo können wir die Beſorgniß doch nicht unter-

drücken, daß unter ſolchen Umſtänden dieſe zerriſſenen Theile des einen Volkes wieder dahin kommen könnten, ſich innerlich mit derſelben Wuth zu zerreißen und zu zerfleiſchen, wie es nur in den trübſten Zeiten der deutſchen Geſchichte geſchehen iſt. Gott bewahre davor unſer armes deutſches Vaterland; aber dieſe Grenzen, die jetzt mitten durch Deutſchland gezogen ſind, deuten wie ein drohender Finger auf ſolche trüben Zuſtände hin.

Die vierte Folge des Krieges iſt die Beſchädigung der wahren Grundſätze, auf denen das Wohl der Staaten ruht, eine wahre Auflöſung und Zerſetzung derſelben. Wir haben auf dieſe Wirkung des Krieges bereits in den vorigen Abſchnitten weitläufig hingewieſen und wollen das Geſagte nicht wiederholen. Bleibende Zuſtände laſſen ſich nur auf wahren Grundſätzen aufbauen. Die Gerechtigkeit, ſo ſagten unſere Vorfahren, iſt das Fundament der Staaten und der Völker. Die Theorie der Nützlichkeit mit Verletzung der Gerechtigkeit, die Theorie des Erfolges als Maßſtab der Berechtigung iſt Flugſand, welcher von dem erſten Sturme, der durch die Welt geht, weggeblaſen wird. Der letzte Krieg war in Europa ein Sieg dieſer ſchlechten Theorien über die wahren Grundſätze der Gerechtigkeit. Darin liegt eine große Gefahr für die Zukunft. Je weiter dieſe falſchen Principien fortſchreiten, deſto ungewiſſer, deſto ſchwankender wird die Exiſtenz aller Staaten werden.

In Verbindung hiermit ſteht die Erſchütterung des

hiſtoriſchen Rechtes. Der letzte Krieg hat wieder einen guten Theil deutſcher Geſchichte, alter deutſcher Traditionen, alter deutſcher Rechtsverhältniſſe hinweggeſchwemmt. Wir werden immer moderner, immer mehr eine tabula rasa, immer mehr ein weites, geglättetes, nivellirtes Terrain, um alle denkbaren neuen Experimente mit uns vorzunehmen. Wir ſind bald ſo weit mit unſerer alten ehrwürdigen Geſchichte, wie andere Völker, die gar keine Geſchichte haben. Seit hundert Jahren geht ein Strom durch Europa, der alle geſchichtlichen Erinnerungen und Rechtsverhältniſſe mit dem Fundament wegſchwemmen will; mit der franzöſiſchen Revolution hat dieſer Strom ſeinen zerſtörenden Lauf begonnen; der letzte Krieg gehört ganz dieſer Strömung an. Bald wird Deutſchland wie Frankreich geeignet ſein, lediglich nach geraden Linien, die man im Quadrat über die Karte von Deutſchland zieht, in Departemente eingetheilt und ſtatt nach den alten deutſchen Stammesnamen nach fortlaufenden Nummern bezeichnet zu werden. Das Flußbett kann hie und da den Strom hindern, die Ebene zu bewäſſern und fruchtbar zu machen; es hindert ihn aber auch, ſeine Fluthen entfeſſelt über die Fluren zu ergießen und ſie zu verwüſten. Aehnlich iſt es für ein Volk: ſeine Geſchichte, ſeine geſchichtlichen Rechte und Einrichtungen können hemmen, ſie können, wenn ſie entartet ſind, manches Gute aufhalten; ſie leiten aber auch und berichtigen die geiſtigen Strömungen, die durch das Leben eines Volkes gehen, ſie

führen das Volk an der Hand der Vorsehung. Ein Volk, das seiner Geschichte den Rücken gedreht hat und seine geschichtlichen Rechtsverhältnisse zertritt, geht großen Stürmen entgegen.

Daran schließt sich weiter als Folge des Krieges eine tiefe Erschütterung des monarchischen Princips. Es ist uns immer als eine beispiellose Verirrung erschienen, daß die Fürsten und deren Rathgeber im Anfange dieses Jahrhunderts geglaubt haben, man könne ganz beliebig nach den nächstliegenden Zweckmäßigkeitsgründen das historische Band, das ein Fürstengeschlecht an sein Land knüpft, auflösen, und dann ebenso beliebig und ganz mit derselben Kraft auf Commando mit einem andern Fürsten wieder anknüpfen. Das war das Uebermaß des Unverstandes, ein ganz entarteter Begriff von Monarchie und Fürstengewalt, wie er sich unter dem Einfluß des Absolutismus an den Höfen ausgebildet hatte. Diesem Irrwahne huldigten selbst die persönlich tüchtigsten Fürsten. Ein merkwürdiges Beispiel wurde uns früher von einem Augenzeugen erzählt. Als die alten kaiserlichen Länder in Vorderösterreich abgetreten waren, machten einige Bauern den weiten Weg bis Wien, um dagegen zu protestiren, daß man willkürlich das uralte Band zerreiße, das sie mit Oesterreich verbinde. Sie wurden mit jener Leutseligkeit vom Kaiser Franz empfangen, die ihm eigen war, erhielten aber keinen anderen Trost, als den Rath, sie möchten nun

dieſelben Gefühle der Liebe und des Gehorſams, die ſie bisher gegen das alte Kaiſerhaus gehegt, auf den neuen Landesherrn übertragen. Der alte Kaiſer vergaß nur, den guten Schwarzwälder Bauern das Mittel anzugeben, wie man Gefühle, die ſich in einer vielhundertjährigen Geſchichte gebildet hatten, dahin übertragen könne, wo dieſe ganze Geſchichte fehlt. Das war ſo dieſer Souveränitätsſchwindel des monarchiſchen Abſolutismus, dieſe verfälſchte Legitimität, wie ſie ſich an allen europäiſchen Höfen ausgebildet hatte, wo das ganze Verhältniß zwiſchen einem alten Fürſtengeſchlechte und ſeinem Lande nur aufgefaßt wurde unter dem Geſichtspunct eines abſoluten Rechtes des Fürſten über ſeine Unterthanen und der Pflicht des abſoluten Gehorſams der letzteren. Wie man daher ein Stück Land verhandeln, eine Summe Geldes übertragen kann, ſo kann man nach dieſer Auffaſſung auch das Verhältniß zwiſchen Fürſten und Volk beliebig wechſeln und übertragen. Dieſer Grundirrthum beherrſchte die Anſchauung der Höfe überall ſeit der Säculariſation; man ſah nicht die unermeßliche Verſchiedenheit in dem Verhältniß jener Volksſtämme, die mit ihren neuen Fürſten keinen geſchichtlichen Zuſammenhang haben, und jener, die in ihnen ein altes Fürſtengeſchlecht anerkennen, mit dem ſie ſeit Jahrhunderten alle Schickſale theilten. In dieſer hiſtoriſchen Zuſammengehörigkeit eines Fürſtengeſchlechtes und eines Volkes liegt eine Grundſäule des monarchiſchen Principes. Der letzte Krieg hat wieder

viele dieſer Säulen niedergeworfen. Die Pietät zwiſchen Fürſt und Volk, die ſo recht aus dem hiſtoriſchen Verhältniß entſpringt, wird dadurch immer mehr beſeitigt; die Monarchie, von ihrer unmittelbaren lebendigen Beziehung zu dem Volke abgelöſt, erhält nun ſtatt dieſer lebendigen Wurzel im Herzen des Volkes nur die äußerlichen, die nur durch die monarchiſchen Verfaſſungsbeſtimmungen getragen ſind. Dieſes Zerreißen der alten Verbindung der älteſten deutſchen Fürſtengeſchlechter mit ihren Völkern iſt daher eine große Gefahr für die Zukunft des monarchiſchen Princips. Das Band, das die abgeſetzten deutſchen Fürſten an ihre betreffenden Länder knüpfte, iſt vielfach weit älter, als jenes, das die preußiſchen Könige mit ihrem Lande verbindet. Wenn jenes Band beliebig zerriſſen werden durfte im Intereſſe eines angeblichen Berufes, einer Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitstheorie, wie ſehr iſt dann zu befürchten, daß eine Zeit kommen wird, wo man ganz auf demſelben Boden behauptet, daß auch das Band, das die preußiſche Monarchie mit ihrem Volke verbindet, einer anderen Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitstheorie weichen müſſe. Jedenfalls wird man die Logik dieſer Anſchauung aus den Thatſachen, die wir im Kriege erlebt haben, nicht beſtreiten können.

Eine weitere Folge iſt die Trübung und Verwirrung der Gewiſſen und die Schwächung der Kraft des Eides. Das Gewiſſen des chriſtlichen Volkes in Deutſchland iſt noch

eine unermeßliche Macht für die Autorität, die viel zu wenig gewürdigt wird. Deutſchland, obwohl in ſeinen ſogenannten gebildeten Ständen alle, auch die extremſten Zeitrichtungen in weitem Umfange vertreten ſind, iſt doch vielleicht jenes Land, das von den Conſequenzen dieſer Zeitrichtungen noch am wenigſten zu fürchten hat, und zwar lediglich und allein weil das deutſche Volk noch im großen Umfange ein gewiſſenhaftes Volk iſt. Es iſt eine große Täuſchung, wenn man glaubt, daß in Deutſchland die eigentliche Macht, welche die Revolution aufhält, in der Militärverfaſſung liege; ſie liegt in der Gewiſſenhaftigkeit, in der Geſinnung, in der Religioſität des Volkes. Namentlich würde die preußiſche Militärverfaſſung mit ihrer dreijährigen Dienſtzeit der Revolution gegenüber gänzlich ohnmächtig ſein, wenn ſie ihre Soldaten aus einem gewiſſenloſen, jeder revolutionären Verführung zugänglichen Volke entnehmen müßte. Eine dreijährige Dreſſur vermag nicht einen Menſchen, der die Grundſätze des Radicalismus in ſich aufgenommen hat, zu einem treuen Unterthanen ſeines Königs zu machen. Leider iſt dieſe Anſicht in manchen Kreiſen weit verbreitet. Die eherne Mauer, an der der Geiſt der Revolution in Deutſchland ſcheitert, iſt die Geſinnung des chriſtlichen Volkes, die Gewiſſenhaftigkeit deſſelben. Die Treue, die Stärke des preußiſchen Heeres liegt nicht hauptſächlich in der Dreſſur der Soldaten, nicht in dem, was ſie bekommen nach ihrem Eintritte, ſondern in dem, was ſie mitbringen

aus dem Elternhause; es sind treue gewissenhafte, tüchtige junge Leute, die nicht durch die Schule der schlechten Zeitrichtungen, sondern durch die Schule des Christenthums gebildet sind; die ihre Treue gegen ihren Fürsten als eine Pflicht gegen Gott erkennen. Diese gewissenhafte Gesinnung des christlichen Volkes ist in allen betreffenden Ländern durch die letzten Ereignisse tief beschädigt und getrübt. Welche Folgen werden sie in den Herzen und in den Gesinnungen aller dieser jungen Leute haben, die da, wie man den Handschuh auszieht oder den Rock, jetzt ihre innerste Gesinnung verändern, alle ihre Gefühle, alle ihre Ansichten plötzlich wechseln sollen? Und diese Verwirrung der Gewissen muß um so größer werden durch die Art, wie in unseren modernen Staaten der Eid behandelt wird, wo jede Gewalt glaubt, durch Schwörenlassen könne sie sich beliebig befestigen. Was ist der Eid ohne Gewissen? was der Eid ohne Gott und ohne göttliche Ordnung? Sein ganzes Wesen besteht in der Anrufung des Zeugnisses Gottes; er hat nur Kraft und Bedeutung, wenn das beschworen wird, was Gott will und was Gott bestätigt. Je weiter sich die Gestaltungen der Dinge von dem Gesetze Gottes entfernen, desto mehr wird auch der Eid seiner inneren Weihe, seiner inneren Kraft entkleidet und eine leere, aber verderbliche Form. Man darf Niemand zu einem Eide, d. h. zu einem Versprechen vor Gott und im Namen Gottes zwingen, der zweifelhaft ist, ob das, was er verspricht, auch mit der

göttlichen Ordnung übereinſtimmt. Ein ſolcher Zwangseid untergräbt die Gewiſſen und iſt eine Art Nöthigung zu einem falſchen Eid.

Als letzte unſelige Folge des Krieges will ich die ſittliche Niederlage nicht unerwähnt laſſen, die dadurch die conſervative Partei in Preußen erlitten hat. Das Wort „conſervativ" iſt vieldeutig; es bedeutet Gutes und Böſes, und ſo ſchließt auch die conſervative Partei in Preußen mancherlei Verkehrtes ein. Es beſteht aber dort eine wahrhaft chriſtliche conſervative Partei mit hoher Intelligenz und hoher Tüchtigkeit, vor der wir jederzeit große Achtung gehabt haben. Dieſe Partei hat leider bei Königgrätz eine nicht minder große Niederlage erlitten wie Oeſterreich; ſie hat dem Erfolge gehuldigt, vor den vollendeten Thatſachen und der Macht ihr Knie gebeugt und faſt ausnahmlos jene Grundſätze verleugnet, die ſie ſeit ſo vielen Jahren vertreten hat. Ganz und gar daſſelbe, was ſie in dieſem langjährigen Kampfe allen ihren Gegnern vorgeworfen, hat ſie jetzt ſelbſt gethan. Das iſt eine ſchwere ſittliche Niederlage; denn eine Partei, die chriſtlich ſein will, muß vor Allem der Macht gegenüber den Muth der Wahrheit haben. Huldigung, lediglich der Macht erwieſen, Feigheit der Macht gegenüber hat mit Chriſtenthum nichts zu ſchaffen. Die conſervative Partei in Preußen hat dieſe Probe nicht beſtanden. Ob ſie ſich von dieſem Schlage erheben wird, können wir nicht überſehen; wir hoffen es. Wir

wünſchen ihr aber, daß nie eine Zeit kommen möge, wo die Revolution in der Lage ſein wird, ihr dieſen Abfall öffentlich mit jenem Hohne und jener ſchneidenden Logik nachzuweiſen, wozu ſie die Energie und den Geiſt in ſich trägt. Die conſervative Partei hat der Revolution durch dieſen Abfall von ihren Grundſätzen, durch dieſe Huldigung für die Thatſachen eine mörderiſche Waffe in die Hand gegeben, von der ſie unter veränderten Verhältniſſen Gebrauch zu machen wiſſen wird.

VIII.

Die Zukunft.

Werden aber diese Folgen eintreten, diese Gefahren sich verwirklichen? Wir wissen es nicht. Möglich ist es, daß nach den Worten: Wer Wind säet, wird Sturm ernten, uns große Stürme in Deutschland und Europa bevorstehen; möglich ist es, daß wir welterschütternden Ereignissen entgegengehen. Wir können sie aber vielleicht auch noch abwenden und es ist Pflicht eines Jeden, dazu nach Kräften mitzuwirken. Wir haben ein unbegrenztes Vertrauen auf die Liebe, mit der die göttliche Vorsehung die Geschicke der Völker leitet, in welchen sich keineswegs nur die Strafgerechtigkeit, sondern ebenso sehr und noch mehr die Erbarmung Gottes offenbart; wir haben ein unbegrenztes Vertrauen auf die göttliche Macht des Christen-

thums, welches die sittlichen Grundlagen, auf denen die Staaten ruhen, immer wieder auferbaut, wenn die Menschen sie beschädigt und zerrüttet haben; wir haben auch ein großes Vertrauen auf den Beruf, welchen Gott dem deutschen Volke gegeben hat. Wir vertrauen auf die Tüchtigkeit der Stämme selbst, welche den preußischen Staat bilden. In dieser letzteren Beziehung erinnern wir uns der Ansicht jenes seltenen Mannes, der durch den Einfluß seiner Schriften der Lehrer Vieler geworden und uns noch nicht ersetzt ist, des sel. Jarke. Er knüpfte seine Hoffnungen und Befürchtungen bezüglich Preußens im vertraulichen Gespräche gerne an die beiden Farben Preußens. Er dachte sich unter der schwarzen Farbe alle Richtungen in Preußen, die ihm verderblich schienen, unter der weißen alle guten, lebenskräftigen Bestrebungen in Preußen, und er konnte dann mit Wärme die Ueberzeugung aussprechen, daß in dem heißen Kampfe dieser entgegengesetzten Principien die weiße Farbe siegen, die schwarze unterliegen werde. Wir schließen uns gerne dieser Hoffnung an und huldigen nicht jener finsteren Weltanschauung, die bei jedem ungerechten Ereignisse sofort nur an die strafende Gerechtigkeit Gottes denkt. Wenn Gott Fürsten und Völker nur nach seiner Gerechtigkeit behandelte, dann könnte kein Fürst und kein Volk vor ihm bestehen. Wenn wir daher den letzten Krieg für verwerflich halten und in den Folgen desselben große Gefahren für die Zukunft unseres Vaterlandes erkennen, so finden

wir darin nur um so mehr eine Aufforderung an jeden Deutschen, der sein Vaterland liebt, mit Aufbietung aller Kräfte die Wege zu suchen, die uns vor diesem drohenden Verderben bewahren können. Das ist von nun an unsere Aufgabe.

Den Standpunkt, von welchem wir hierbei ausgehen werden, haben wir in dem zweiten einleitenden Paragraphen unserer Schrift näher entwickelt. Dort setzten wir den Gedanken auseinander, daß es auf Erden keine menschliche That gebe, die absolut und in jeder Beziehung verderblich sei; denn wenn sie auch an sich für den Menschen, der sie vollbringe, böse sei, so könne sie doch ihrer göttlichen Zulassung nach und unter der Leitung der Vorsehung Gutes zur Folge haben, indem Gott oft Böses durch Böses strafe, und aus Unglück und Zerstörung neues Leben hervorgehen lasse. Unter Leitung dieses Grundsatzes wollen wir Wege suchen, um die drohenden Gefahren von unserem Vaterlande abzuwenden Wir können dabei selbstverständlich nicht ungewisse zukünftige Ereignisse, am allerwenigsten die schreckliche Möglichkeit eines neuen Bruderkrieges in Betracht ziehen. Gewiß können neue Kriege oder Revolutionen Alles, was das verflossene Jahr geschaffen, wieder vollständig umstürzen und völlig neue Verhältnisse hervorbringen. Solche Ereignisse liegen aber ebenso außerhalb unserer Wünsche, wie unserer Berechnung. Wir sind vielmehr darauf hingewiesen, von den gegebenen Verhältnissen, die wir nicht geschaffen haben, die wir aber auch

nicht ändern können, auszugehen, und mit warmer Liebe zu unserem deutschen Vaterlande alle Keime einer guten und gedeihlichen Entwickelung in ihnen aufzusuchen und zu benützen.

So gefahrdrohend nämlich jetzt unsere Lage auch sein mag, so dürfen wir doch die großen Uebelstände nicht übersehen, die in den deutschen Zuständen vor dem Kriege vorhanden waren, und ebenso wenig, daß in den inzwischen eingetretenen Verhältnissen auch Manches sich findet, was zum Heile Deutschlands gereichen kann. Wir glauben beides sowohl in Bezug auf Oesterreich, als auf das übrige Deutschland behaupten zu können.

Der größte Verlust hat offenbar Oesterreich getroffen; es hat gleichzeitig seine Stellung in Italien und in Deutschland, dieses doppelte Erbe des alten deutschen Kaiserthums eingebüßt; und doch kann dieser so immense Verlust zum Ausgangspunkte einer inneren Stärkung Oesterreichs werden.

Gerade deßhalb, weil das österreichische Kaiserhaus einer gewaltthätigen Politik ferne steht, hatten sich im Inneren und im Aeußeren Schwierigkeiten angehäuft, die auch der wohlwollendste Fürst kaum mehr zu bewältigen im Stande war. Diese Schwierigkeiten gereichen dem Kaiserhause nicht zum Vorwurf, sondern vielmehr zur Ehre. Hätte Ungarn statt eines österreichischen Kaisers einen Ludwig XIV., einen Friedrich den Großen oder einen Napoleon zum Könige gehabt, so wäre von dieser ganzen alten ungarischen Ver-

faſſung, die jetzt dem Kaiſerhauſe ſo große Verlegenheiten bereitet und für die Revolution in Ungarn eine Waffe gegen dasſelbe iſt, längſt kein Stumpf und Stiel mehr übrig. Die Möglichkeit aller dieſer Verfaſſungskämpfe liegt lediglich darin, daß die öſterreichiſchen Kaiſer die Freiheit Ungarns geachtet und die Verfaſſung dieſes Landes reſpektirt haben. Unter jenen franzöſiſchen Fürſten wären alle Gebiete des öſterreichiſchen Reiches längſt in gleichgeſtaltete Verwaltungsbezirke eingetheilt und von Präfekten adminiſtrirt. Für einen Fürſten, der Recht und Geſchichte achtet, iſt es überaus ſchwer, wenn die geſchichtlichen Rechte zu den wirklichen Verhältniſſen vielfach nicht mehr paſſen oder gar zum Deckmantel feindlicher Beſtrebungen geworden ſind, den rechten Weg zu finden, um ohne Gewaltthätigkeit die Gegenwart mit der Vergangenheit in Einklang zu bringen. Die Revolution oder abſolutiſtiſche Fürſten werden mit ſolchen Zuſtänden leicht fertig; ſie fegen bis zum Boden Alles weg. Sie zu bewältigen, iſt aber höchſt ſchwierig für ein Fürſtenhaus, das mit großer Gewiſſenhaftigkeit die Rechte Anderer achtet. Dieſe hohe Gewiſſenhaftigkeit, dieſer ſtrenge Rechtsſinn, dieſe Achtung der Rechte und Freiheiten ſeines Volkes iſt ohne Zweifel der eine Grund, warum es dem öſterreichiſchen Kaiſer ſo ſchwer fällt, die inneren Staatsverhältniſſe zu regeln. Noch ſchwieriger waren für Oeſterreich die Beziehungen zum deutſchen Bunde. Der deutſche Bund war nicht einmal in ſeinem Urſprunge von einer hohen Idee ausgegangen. Er

entſprach hauptſächlich den Intereſſen der Politik auswärtiger Höfe und den dynaſtiſchen Intereſſen deutſcher Fürſten. Von einer wahren Befriedigung nationaler Ideen war dabei kaum die Rede. Man ſagt, die Bundesverfaſſung ſei unter den damaligen Verhältniſſen allein möglich geweſen; wir glauben es nur inſofern, als man das wahrhaft Berechtigte nicht wollte. Hätte man nach den Befreiungskriegen Deutſchland eine Reichsverfaſſung gegeben, die den nationalen Bedürfniſſen wahrhaft entſprochen hätte, ſo würde der Geiſt, der die Befreiungskriege hervorgerufen hat, jeden Widerſpruch auswärtiger Mächte dagegen unmöglich gemacht haben. Das wollte man aber nicht aus Intereſſen, die mit den nationalen Intereſſen nichts gemein hatten, und ſo entſtand dann die Bundesverfaſſung, die jetzt ſo jammervoll zerſchlagen iſt. Auch ihr gegenüber war das Kaiſerhaus gelähmt durch ſeine gewiſſenhafte Achtung des einmal beſtehenden Rechtes. Nachdem der Verſuch des jetzigen Kaiſers, die Bundesverfaſſung den nationalen Bedürfniſſen mehr entſprechend umzugeſtalten, an dem Widerſtande Preußens geſcheitert war, war Oeſterreich mit ſeiner deutſchen Politik faſt lediglich darauf angewieſen, den Bundestag zu erhalten, und gerieth ſo in einen gewiſſen Gegenſatz zu den nationalen Bedürfniſſen des deutſchen Volkes, welche ein für allemal in dieſer Bundesverfaſſung keine hinreichende Befriedigung fanden. Jetzt hat Oeſterreich wenigſtens in dieſer doppelten Beziehung freie Hand; es iſt, wenn auch unter den ſchwer-

sten Opfern, frei von äußeren Fragen, die es erdrückten und lähmten; es kann sich ungehemmt der Ordnung der inneren Zustände zuwenden. Wenn das aber gelingt, wie wir zuversichtlich erwarten, so wird Oesterreich bald wieder bei den großen Hilfsmitteln, über die es noch verfügt, mächtig erstarken und dadurch auch zu Deutschland die Stellung wiedergewinnen, die ihm gebührt. Je mächtiger Oesterreich im Innern ist, je gesunder und kräftiger die inneren Verhältnisse Oesterreichs sich neugestalten werden, desto mehr wird sich im übrigen Deutschland das Verlangen unwiderstehlich regen, mit Oesterreich in der innigsten Verbindung zu stehen. Wir können nicht wünschen, daß Oesterreich sein Verhältniß zu Deutschland durch Kriege wiederherstelle; wir glauben aber, daß ein sicherer Weg, die rechte Stellung wiederzugewinnen, die innere Regeneration Oesterreichs ist.

Aber auch für das übrige Deutschland kann aus den gegebenen Verhältnissen sich Manches entwickeln, was frühere Uebelstände beseitigt und die berechtigten nationalen Gefühle des deutschen Volkes wenigstens einigermaßen ausgleicht. Wir sind nämlich immer von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die völkerrechtliche Souveränität deutscher Fürsten, welche der Rheinbund geschaffen und die Bundesverfassung befestigt hat, ebenso unberechtigt war, als auf der andern Seite das Zerreißen des historischen Verhältnisses der deutschen Fürsten mit ihren Stammländern. Auch hier ist unsere Richtschnur die Idee, in der sich die Verfassung Deutschlands in der

Geſchichte entwickelt hat, nicht aber die letzte Form, in der ſie ſich ausgeſtaltet, die wir deßhalb mehr als eine Mißform anſehen. Der deutſche Fürſt, der nach einer Macht ſtrebte, die der Einheit des deutſchen Volkes entgegenſteht, ſcheint uns nicht minder ein Revolutionär geweſen zu ſein, wie es jene ſind, welcher die wohlerworbenen Herrſcherrechte der deutſchen Fürſten beeinträchtigen. Die Kleinſtaaterei, wie ſie ſich in Deutſchland entwickelte, halten wir deßhalb für ein Unrecht an der Stellung, die dem deutſchen Volke unter den Nationen gebührt. Wir glauben aber überdies, daß ſie auch das deutſche Volk ſelbſt vielfach beſchädigt hat. Ein Hauptübel der inneren Zuſtände vieler deutſchen Kleinſtaaten iſt das Ueberhandnehmen des Parteiweſens und die zunehmende Ohnmacht der Staatsgewalt gegen dasſelbe. Dieſes unſelige Parteiweſen, das nicht mehr die Intereſſen des Volkes, ſondern die Intereſſen und die Tendenzen einer Partei im Auge hat, iſt zwar ein inneres Uebel, das ſich in allen modernen Staaten mehr und weniger vorfindet; es ſcheint uns aber, daß es ſich doch in einigen Kleinſtaaten in der allerverderblichſten Weiſe entwickelt hat, und daß dort gegen dieſes Uebel weniger Kräfte zum Widerſtand im Volke und in der Regierung vorhanden ſind, als in den größeren Staaten. Das Parteiweſen hat in einigen Kleinſtaaten Alles beherrſcht und über Regierung und Volk einen wahrhaft allgewaltigen Terrorismus geübt. Dieſer Einfluß wird aber um ſo verderblicher, je niedriger der Stand-

punkt ist, welchen diese Parteiführer selbst einnehmen. Welche kleine Persönlichkeiten wurden dort schon zu Volksmännern hinaufgeschwindelt und haben dann als solche einen Theil des Volkes beherrscht! Solche Volksmänner, wie in einigen Kleinstaaten, hat es, glauben wir, außer diesen Ländern noch kaum je gegeben. Bei ihnen ist von edler Volksbegeisterung keine Rede, sondern nur von Parteibegeisterung, die eigentlich aus der Interessenbegeisterung entspringt. Wir dürfen bei ihnen nicht entfernt an jene Männer der französischen Revolution denken, die in ihrer Jugend noch an den Ideen des Christenthums ihr Herz erweitert hatten und nun im späteren Alter dieselben auf anderem Wege, als auf dem des Christenthums, verwirklichen wollten. In ihnen war noch Begeisterung für Ideale. Davon sind jene Parteiführer weit entfernt. Sie haben oft nicht einmal in ihrer Jugend einen hohen Gedanken gehabt, viel weniger in ihrem Alter. Der gemeinste Materialismus ist der Instinkt, der sie getrieben hat ihr Leben lang. Sie können daher auch das Christenthum gar nicht begreifen, der tiefste Haß ihres Herzens richtet sich gegen Alles, was da wagt, über den Morast auch nur einen Zoll breit sich zu erheben, in dem sie selbst stecken. So wird dann der ganze Kampf solcher Parteien, auf welche diese Männer Einfluß üben, bald ein antireligiöser, ein antichristlicher, ein antisittlicher sowohl dem Ziele als den Mitteln nach. Die Menschen unchristlich und unsittlich machen, ist dann Fortschritt und Aufklärung.

Das war die Lage mancher deutſchen Kleinſtaaten; ſie ſeufzten unter dem Terrorismus einer Partei, unter der Führung einiger Männer, die einer ſolchen Stellung nicht würdig waren; und dadurch wurden die Zuſtände dieſer Länder innerlich tief beſchädigt. Wenn daher die eingetretenen Verhältniſſe uns die Mittel bieten, ohne Beeinträchtigung der in der Idee der deutſchen Rechtsverfaſſung den einzelnen Fürſten gebührenden Rechte, Deutſchland ein feſteres nationales Band zu geben, ſo glauben wir, daß dadurch berechtigte nationale Anſprüche zufrieden geſtellt und vielleicht manche innere Schäden geheilt werden können.

Das iſt alſo der Standpunkt, von dem wir die Zukunft unſeres deutſchen Vaterlandes ins Auge faſſen und einzelne in Betracht kommende Verhältniſſe beurtheilen wollen. Wir ſehen Wege vor uns, die zum Verderben unſeres deutſchen Vaterlandes führen müſſen; wir ſuchen daher in der innigſten Liebe zu unſerem Vaterlande andere Wege, die uns retten können.

IX.

Die deutsche Frage.

Die erste Bedingung, um unser deutsches Vaterland vor dem unmittelbar drohenden Verderben zu bewahren, ist eine Erledigung der deutschen Frage, wodurch auf der einen Seite Oesterreich befriedigt, eine innige Verbindung mit Oesterreich bewirkt, und auf der andern Seite dem berechtigten Nationalgefühl der deutschen Völker genügt wird. Nur aus einem Zustande, der diesen beiden Beziehungen entspricht, kann wahrer Friede hervorgehen.

Habsburg hat Jahrhunderte lang die deutsche Kaiserkrone getragen. Durch das Verhalten Preußens vor dem Jahre 1806 unterlag der Kaiser im Kampfe gegen Napoleon. Als dann am 12. Juli 1806 der Reichserzkanzler Dalberg, die Könige von Bayern und Württemberg, die

Großherzoge von Baden und Berg, der Landgraf von Heſſen-Darmſtadt, der Herzog von Naſſau, die Fürſten von Hohenzollern, Salm, Iſenburg, Aremberg, Lichtenſtein und von der Leyen erklärten, ſie erkännten das deutſche Reich nicht mehr an, und ſich als Rheinbund unter das Protektorat Napoleons ſtellten; als hierauf der hohe Protektor dieſer deutſchen Fürſten gleichfalls erklärte, er genehmige dieſe Entſchließung der deutſchen Fürſten und erkenne auch ſeinerſeits das deutſche Reich nicht mehr an, da blieb dem letzten deutſchen Kaiſer nur übrig, am 6. Auguſt deſſelben Jahres ſich dieſer unabänderlichen Nothwendigkeit zu fügen und die deutſche Kaiſerkrone niederzulegen. Damit hatte das tauſendjährige römiſche Reich deutſcher Nation ein Ende. Dieſer 6. Auguſt, dieſer Todestag des deutſchen Reiches müßte in jedem Jahre ein nationaler Trauertag des ganzen deutſchen Volkes ſein. Was aber damals begonnen hat, iſt ſechzig Jahre ſpäter vollendet worden. Auch jetzt iſt wieder Oeſterreich beſiegt durch die Politik eines Napoleon, und diesmal hat Preußen nicht nur dazu beigetragen durch müßiges Zuſchauen, ſondern durch einen blutigen von ihm geführten Krieg. Wie damals das alte Kaiſerhaus gezwungen wurde, ſeine deutſche Kaiſerkrone niederzulegen, ſo iſt es jetzt gezwungen worden, dem Vorſitz am deutſchen Bundestage zu entſagen, ja ſogar aus Deutſchland auszutreten. Wer aber glaubt, daß Oeſterreich mit ſeinen deutſchen Erinnerungen, mit ſeinen deutſchen Völkern, mit ſeinem Kaiſer-

hause, das durch und durch deutsch ist und in den besten deutschen Stämmen die Wurzeln seines Geschlechtes hat, auf Grund papierner Verträge von nun an den deutschen Verhältnissen als Fremdling gegenüber stehen könnte, der würde sich sehr irren. Es ist nur ein doppeltes möglich: entweder eine Gestaltung Deutschlands im Frieden mit Oesterreich, oder eine Gestaltung, auf die Oesterreich als ein fortwährendes schreiendes Unrecht hinblickt, die es zu stürzen bereit ist, sobald es vermag. Nur eine Gestaltung in innigster Vereinigung mit Oesterreich kann uns daher zum Heile gereichen. Ebenso bedürfen wir aber einer staatlichen Reorganisation, welche auch die berechtigten nationalen Gefühle der deutschen Völker befriediget. So wenig wie das deutsche Kaiserhaus und die deutschen Völker Oesterreichs ihre Geschichte vergessen können, so wenig können wir Deutsche überhaupt vergessen, daß Deutschland einst die erste Nation Europas war, und daß es jene Kaiserkrone bewahrte, welche die erste irdische Gewalt auf Erden darstellte. Wenn wir auch auf diese erste Stelle verzichten müssen, so gebührt uns doch unter den Völkern eine Stellung, welche der Kraft des gesammten deutschen Volkes in Wirklichkeit entspricht. Jede Verfassung, die dieses nicht bietet, wird eine tiefe Unzufriedenheit zurücklassen, eine Quelle ununterbrochener innerer Kämpfe werden.

Fassen wir nun aber näher ins Auge, welche Lösungen der deutschen Frage möglich sind, um unter ihnen das

zu wählen, was unter den gegebenen Verhältniſſen möglich iſt und wenigſtens einiger Maßen jenen Anforderungen entſpricht, ſo bieten ſich uns folgende Wege dar.

Der erſte Weg wäre ein einiges Deutſchland geweſen, mit einer Reichsgewalt, alle deutſchen Völker mit allen Ländern, die durch ihre Geſchichte zu Deutſchland gehören, umſchließend und ihnen unter ihren angeſtammten Fürſtengeſchlechtern freie Selbſtregierung unbeſchadet einer ſtarken Centralgewalt gewährend Zu dieſem großen einigen Deutſchland hätte Oeſterreich und Preußen mit allen ihren Ländern gehört, und ſie hätten in demſelben jene hervorragende Stellung einnehmen müſſen, die ihnen ihren Machtverhältniſſen nach gebührt. Kein Intereſſe irgend eines deutſchen Volksſtammes ſtand der Verwirklichung dieſes Planes entgegen; ſie alle hätten vielmehr in demſelben ihre höchſte Befriedigung erreicht. Nur Sonderintereſſen und Familienintereſſen waren durch ihn gefährdet. Wenn Preußen und Oeſterreich ſich vereinigten, war auch deſſen Ausführung nicht nur möglich, ſondern leicht; denn er würde eine ſo allgemeine nationale Begeiſterung hervorgerufen haben, daß kein Volk der Erde gewagt hätte, Widerſpruch dagegen zu erheben. Die Erfüllung dieſes Gedankens war unſere Hoffnung bis vor dem Kriege. Jetzt iſt er, wie es ſcheint, nicht mehr möglich ohne einen neuen blutigen Bruderkrieg mit allen ſeinen Greueln und Wechſelfällen, der dann ebenſo gut zum Untergange Deutſchlands, als zu ſeiner Wiederherſtellung führen

könnte. Wir glauben daher, daß wir, wenn auch mit dem größte Schmerze, aus Liebe zu unserm Vaterlande darauf verzichten müssen.

Ein zweiter Weg wäre eine Zweitheilung Deutschlands mit der Maingrenze gewesen; ein norddeutscher Bund unter Preußen und ein süddeutscher unter Oesterreich; beide mit ähnlicher Verfassung, mit ähnlicher Selbstständigkeit der Einzelstaate und ähnlicher Macht der einheitlichen Reichsgewalt; und beide deutschen Bünde innig miteinander verbunden. Eine solche Gestaltung hat allerdings ihre große innere Gefahr, sie ist in der That eine Zweitheilung Deutschlands; allein wenn den beiden Bundeshäuptern je ein Fürsten- und ein Ständehaus zur Seite stünde und dadurch das einheitliche Bewußtsein der deutschen Nation Conflikte zwischen beiden Theilen unmöglich machte, so wäre diese Gestaltung, nachdem die volle Einheit des Reiches unmöglich geworden, die gerechteste und jene, welche den thatsächlichsten Verhältnissen am meisten entspräche. Auch die deutschen Fürsten hätten in solcher Unterordnung unter ein Bundeshaupt keine Rechtskränkung und keine Einbuße, vielmehr die theilweise Herstellung alter deutscher Rechtsordnung, eine Sicherung ihres Fürstenthums und der berechtigten Selbstständigkeit ihres Landes erblicken müssen.

Es lag in der Hand des Königs von Preußen, als er als Sieger die Bedingungen des Friedens feststellte, den einen oder anderen Weg einzuschlagen, dadurch einen hohen

Akt der Gerechtigkeit zu üben und die Intereſſen Preußens mit den Intereſſen Oeſterreichs und denen des deutſchen Volkes in Einklang zu bringen. Es iſt leider nicht geſchehen, und wir fürchten, nicht zum Heile Deutſchlands. Wir hätten in dieſer Verfaſſung, die zugleich die hiſtoriſchen Verhältniſſe möglichſt geſchont hätte, einigermaßen eine Garantie für die Zukunft gefunden. Jetzt ſcheint auch dieſe Geſtaltung unmöglich geworden, nachdem Oeſterreich aus Deutſchland ausgetreten iſt und wir nicht einmal wiſſen, ob es nicht ſeiner inneren Zuſtände wegen auf jede deutſche Politik vorläufig zu verzichten beſchloſſen hat.

Ein dritter Weg für die Verfaſſung Deutſchlands liegt vor uns in einer Dreitheilung: ein Nordbund, Oeſterreich mit ſeinen deutſchen Ländern, ein Südbund. Allein wir halten die Befürchtung derjenigen deutſchen Patrioten und Staatsmänner für nur zu begründet, welche in dieſem ſüddeutſchen Staatenbund ohne Oeſterreich ein Analogon des alten Rheinbundes, die höchſte Gefährdung der Integrität Deutſchlands, einen Tummelplatz auswärtiger Politik und einheimiſcher kleinlicher Intriguen, engherziger, dynaſtiſcher und Sonderintereſſen und ſchließlich einen Heerd aller pſeudoliberalen und radikalen Elemente und in allem dieſem ein Verderben für Deutſchland nach Innen und Außen erblicken. Aber auch abgeſehen von alle dem, ſcheint uns die Lage dieſer Mittelſtaaten, wenn ſie auf ſich ſelbſt angewieſen ſind, unhaltbar. Wenn nicht einen Bund unter Oeſterreich bil-

bend, werden sie unfehlbar entweder von dem preußisch-deutschen Einheitsstaat verschlungen werden, zugleich mit den noch bestehenden Kleinstaaten des Nordbundes — oder sie müssen sich mit den Nordstaaten unter Preußens Führung zu einem über ganz Deutschland mit Ausnahme Oesterreichs sich erstreckenden Bundesreiche vereinigen.

Wohl wissen wir, daß ein tiefberechtigtes Gefühl der Empörung gegen die Ungerechtigkeit und Gewaltthat, gegen die dem Erfolge dargebrachte Huldigung, viele achtbare Männer der verschiedensten Richtung, Demokraten und Katholiken, in Süddeutschland bestimmt, sich einem solchen Anschluß an Preußen entgegenzusetzen und auf jede Gefahr hin die Gründung eines süddeutschen Bundes ohne Oesterreich und ohne Preußen vorzuziehen — allein es scheint uns diese Politik mehr das Produkt eines achtungswerthen Gefühles zu sein, als irgend eine Hoffnung auf reellen Erfolg zu besitzen und wir stehen daher vor der Frage, ob der von Heinrich v. Gagern zur Zeit des Frankfurter Parlamentes ausgesprochene Gedanke eines deutschen Bundesstaates unter Führung des Königs von Preußen mit Wahrung der rechtmäßigen Selbstständigkeit der deutschen Fürsten und Länder und in engem und unauflöslichem Bündnisse mit Oesterreich nicht allein jene Gestaltung Deutschlands sei, in welcher bei den bestehenden Thatsachen das, was von den Hoffnungen aufrichtiger Vaterlandsfreunde noch übrig geblieben, gerettet und das größte unter allen Uebeln, nämlich der völlige Ruin

Deutſchlands und deſſen ſchmachvolle Abhängigkeit vom Auslande abgewendet werden kann.

Wir müſſen daher dieſen Gedanken um ſo mehr ins Auge faſſen, da offenbar, wenn nicht neue gewaltige Kataſtrophen dazwiſchen treten, die Macht der Verhältniſſe und gewichtige Gründe zu demſelben hindrängen und auch Solche, die nur mit dem größten Schmerze auf die Vereinigung des ganzen deutſchen Vaterlandes verzichten und nur mit tiefſter Wehmuth das alte Kaiſerhaus von uns getrennt ſehen, ihn als den faſt allein möglichen betrachten müſſen. Was zu dieſem Anſchluß der ſüddeutſchen Lande an den Nordbund hindrängt, iſt vor Allem die bedenkliche Weltlage. Denn dieſe iſt der Art, daß ſie eine raſche Löſung der deutſchen Frage fordert. Findet uns die nächſte große Kataſtrophe in Europa, die täglich eintreten kann, in dem jetzigen ſchwachen und zerriſſenen Zuſtande, was wird dann aus Deutſchland werden? Ohne Verblendung kann man nicht verkennen, daß wir dann Gefahr laufen in die tiefſte Erniedrigung der franzöſiſchen Zeit zurückzuſinken, ohne die Gewißheit zu haben, daß ein zweiter Befreiungskrieg uns wieder aus derſelben retten werde. Wir bedürfen einer ſchnellen Löſung der deutſchen Frage, und dieſe ſcheint im Augenblick nur noch der Anſchluß an den Nordbund und ein inniges Bündniß mit Oeſterreich zu bieten. Alle anderen Pläne ſcheinen unter den obwaltenden Verhältniſſen unausführbar und von tauſend Zufälligkeiten abhängig. — Dazu kommt zweitens, daß eine

ganz Deutſchland, wenn auch mit Ausnahme Oeſterreichs umfaſſende Vereinigung jedenfalls dem nationalen Bewußtſein eine größere Befriedigung bietet, als die troſtloſe dermalen beſtehende drei- oder vielmehr ſechsfache Getheiltheit. Ja ſie würde ſelbſt die Macht und das Anſehen Deutſchlands nach Außen größer machen, als ſie zur Zeit des Bundes war, vorausgeſetzt, daß das unter Preußens Führung geeinigte Deutſchland das innige und unauflösliche Bündniß mit Oeſterreich als ſeine erſte und wichtigſte Aufgabe betrachtete. Denn nie dürfte vergeſſen werden, daß dieſer neue Bund nur einen, wenn auch den größeren Theil Deutſchlands bildete und daß ein anderer großer Theil zu Oeſterreich gehört, daß daher dieſe beiden Theile Einer Nation ſich nicht als fremd betrachten oder als fremde Völker nur internationale Beziehungen unterhalten dürfen, ſondern vielmehr ein ſolches unauflösliches Bündniß gründen müſſen, wie es zwei Theilen derſelben Nation rechtmäßig und naturnothwendig zukömmt. Und wohl hätte Preußen, deſſen Ehrgeiz dann wahrlich ſein höchſtes Ziel gefunden, bei den großen moraliſchen Schulden, die es Oeſterreich gegenüber hat, allen Grund und das größte Intereſſe, dieſes Bündniß ſo feſt als möglich zu knüpfen und für Oeſterreich ſo vortheilhaft als möglich zu machen. Nur ſo könnte Preußen auch in Deutſchland alle Diejenigen mit ſich verſöhnen, die durch die letzten Alliancen Preußens mit der Revolution und durch den Kampf gegen Oeſterreich mit

Hilfe ſolcher Bundesgenoſſen in ihrem Rechtsgefühle und allen ihren heiligſten Ueberzeugungen tief gekränkt ſind.

Endlich wird für dieſen Anſchluß der Umſtand in die Wagſchale fallen, daß er die Heilung der inneren Uebelſtände der jetzt eines jeden Haltes beraubten Mittelſtaaten erleichtert. Die politiſchen Verhältniſſe in den Nord- und Süddeutſchen Staaten ſind unter einander homogener, als im Verhältniß zu dem öſterreichiſchen Kaiſerſtaate. Es iſt daher leichter, eine gewiſſe Uebereinſtimmung der Inſtitutionen herzuſtellen. Mit Oeſterreich ſcheint das nur nach Austrag ſeiner eigenen inneren Verfaſſungskämpfe möglich. Jeder Aufſchub aber einer Regelung und Befeſtigung der inneren Verhältniſſe der deutſchen Länder erſcheint faſt nicht minder Gefahr bringend, als unſere völlige Zerriſſenheit dem Auslande gegenüber.

Wenn aber die Vereinigung des deutſchen Südens mit dem deutſchen Norden unter Preußens Führung und in unauflöslichem Bunde mit Oeſterreich eine Hoffnung auf Gedeihen haben und das deutſche Rechtsbewußtſein zufrieden ſtellen ſoll, ſo muß die berechtigte Selbſtſtändigkeit der deutſchen Länder darin ihre ſichere Gewährung finden und muß Preußen auf den ſchließlich nur zur Revolution führenden abſoluten Einheitsſtaat verzichten und nicht die Mehrung ſeiner Hausmacht, ſondern die Größe und Freiheit Deutſchlands und in ihm aller deutſchen Stämme, Länder und Fürſten als ſeine Aufgabe betrachten. In dieſer Be-

ziehung müſſen wir es nicht nur als ein Unrecht an der deutſchen Geſchichte, ſondern auch als einen großen Fehler der inneren und der äußeren Politik betrachten, daß Preußen, anſtatt ſich mit dem Primate im Nordbunde zu begnügen, einen Theil der Länder annectirt hat. Jeder Schritt auf dem Wege nivellirender Centraliſation iſt nur ein Schritt näher zum Umſturz. Preußen hätte ſich ſelbſt innerlich weit mehr befeſtigt, wenn es ſich mit einer kräftigen Centralgewalt begnügt, dagegen die alten Fundamente deutſchen Rechtes und deutſcher Geſchichte ſtehen gelaſſen hätte. Sie wären für es ſelbſt eine Stütze geworden. Die Verfaſſung des Nordbundes wird uns in den nächſten Tagen zeigen, was wir in dieſer Hinſicht zu erwarten haben. Es wird viel davon abhängen, daß da das rechte Verhältniß zwiſchen der Centralgewalt und der Selbſtregierung der Einzelländer gefunden wird.

Damit wenden wir uns nun den inneren Fragen zu. In Preußen ſelbſt iſt ein tiefer Gegenſatz der Parteien, ein innerlicher Kampf, der ſchon oft den preußiſchen Staat nahe an den Abgrund des Verderbens gebracht hat. Die Parteien ruhen jetzt alle, überraſcht und in ihren bisherigen Plänen und Beſtrebungen zugleich geſtört durch die überwältigenden Erfolge der letzten Tage. Es iſt wahrhaft ein Strich durch all' ihre Rechnungen gemacht worden. Sie werden aber bald wieder unter veränderten Verhältniſſen in neuer Form ihren alten Kampf aufnehmen. Durch die neuen Länder, welche Preußen erworben hat, wird dieſer

Kampf der politiſchen Parteien weſentlich vermehrt werden, und wenn die Grenzen des Nordbundes auch über die ſüddeutſchen Mittelſtaaten ſich ausdehnen ſollten, ſo würde er einen mächtigen neuen Zuwachs erhalten. Preußen geht deßhalb großen inneren Kämpfen um ſo ſicherer entgegen, je länger der äußere Frieden dauern wird. Dabei wird es von nun an für Alles ſelbſt verantwortlich gemacht werden, und nicht mehr die Schuld weder auf den Bund noch auf Oeſterreich als bequeme Sündenböcke ablagern können. Die Situation verändert ſich dadurch vollſtändig für Preußen. Alle Elemente der Revolution in Deutſchland haben bisher Preußen geſchont und es gegen Oeſterreich unterſtützt. Sie werden jetzt nach und nach anfangen, für dieſen Dienſt ihre Rechnung zu ſtellen. Der Ruf „durch Einheit zur Freiheit" — Freiheit natürlich nur im Sinne unbeſchränkter Herrſchaft der Partei verſtanden — wird das Feldgeſchrei der Parteien werden. Bei Beſprechung der großen inneren Fragen werden wir zunächſt Preußen ins Auge faſſen, deſſen innere Verhältniſſe für ganz Deutſchland gegenwärtig von doppelt entſcheidendem Einfluſſe ſind. Die allgemeinen Wahrheiten, die wir ausſprechen werden, haben übrigens auch für alle deutſchen Staaten Geltung.

X.

Die innere Politik.

Die zweite Bedingung einer glücklichen Zukunft für unſer deutſches Vaterland iſt die Befolgung einer richtigen inneren Politik.

Es wird oft überſehen, daß die inneren Fragen in allen modernen Staaten, in allen Staaten, die an den Zeitbewegungen, an den geiſtigen Strömungen der Zeit theilnehmen, nicht nur die wichtigſten, ſondern auch weitaus die ſchwierigſten ſind. Noch kein moderner Staat, der ſich den Staatsideen der Neuzeit hingegeben, hat es zu irgend einer inneren Ausgleichung und Beruhigung gebracht. Aeußere Kriege treten in unſerer Zeit, wie wir geſehen, hauptſächlich ein nicht der äußeren Verwickelungen, ſondern der inneren Lage wegen und haben nicht mehr in ſich ſelbſt den Grund, ſondern in den

inneren Verhältniſſen. Mögen ſie allen europäiſchen Regierungen ſchon ihrer finanziellen Verhältniſſe wegen noch ſo läſtig ſein, ſo werden dennoch alle, wie das Schiff in den Wirbel, hineingezogen, wenn das Staatsſchiff an der Stelle angekommen iſt, wo es ohne äußeren Conflict die innere Krankheit nicht mehr überwinden kann. Man ſpricht gerne die Hoffnung auf allgemeinen Frieden aus und gewiß könnten wir uns vom Geiſte des Chriſtenthums aus dieſen Hoffnungen nur mit ganzer Seele anſchließen, wir ſind aber weit davon entfernt, ſo lange das innere Staatsleben ſo ſchadhaft iſt, daß es äußere Eruptionen nothwendig macht. Deutſchland und insbeſondere Preußen iſt aber vielleicht das Land, wo dieſe inneren Kämpfe mit der tiefſten Leidenſchaft und daher auch mit der größten und verderblichſten Verblendung geführt werden; wo namentlich der Doctrinarismus ſeine Parteiſyſteme bis zum vollendeten Fanatismus treibt. Alle Intereſſen concentriren ſich deßhalb auf den Punkt, ob es in dieſem Bunde unter Preußen gelingen wird, für die innere Politik der ſo verbundenen Staaten wahre, gerechte, geſunde Grundſätze zu finden, die getragen von einer ſtarken Regierung, wahrhaft zu einem inneren Frieden führen können; zu einem inneren Frieden, ſo weit er überhaupt auf Erden möglich, ſo weit er die nothwendige Bedingung iſt zu einem geordneten ruhigen Staatsleben. Nicht äußere Siege, ſondern innere Siege thuen uns Noth; nicht dadurch iſt die Zukunft Deutſchlands und Preußens geſichert, daß immer nach Verlauf

einiger Jahre auf den blutigen Schlachtfeldern Siege errungen werden, die ſich ſo leicht in Niederlagen verwandeln können, ſondern dadurch, daß innerlich feſte Fundamente gelegt werden, die den Staat aus dieſer Schaukelbewegung herausbringen, von der wir alle modernen Staaten ergriffen ſehen; eine Schaukelbewegung, der man täglich nur mit Angſt zuſieht in Erwartung des Augenblicks, wo der Staat das Gleichgewicht verliert und in Trümmer geht. Graf Bismarck hat unglaubliche Reſultate erreicht; er hat gegen alles Erwarten eine Kammermajorität, die durch den größten Theil des preußiſchen Volkes getragen und von ganz Deutſchland unterſtützt war, überwunden und ſie gezwungen, ihm Indemnität und Alles zu bewilligen, was er nur wünſcht; er hat in der auswärtigen Politik Erfolge erzielt, die ebenſo unglaublich und überraſchend ſind; und dennoch können wir über den bleibenden Werth ſeines Wirkens für Preußen erſt dann urtheilen, wenn wir das Syſtem ſeiner inneren Politik kennen lernen werden. Bis dahin wiſſen wir noch nicht, ob er ein glücklicher Spieler iſt, der in einer Nacht verlieren kann, was er in einer anderen gewonnen hat, oder ob er ein Staatsmann iſt, der für die Zukunft baut. Die inneren politiſchen Fragen ſind die großen Zeitfragen, von deren Löſung die Zukunft der europäiſchen Staaten abhängt. Nur wenn Preußen in ſeiner inneren Politik die rechten Wege einſchlägt und dieſen Impuls auch jenen Staaten mittheilt, die ſich ſeiner Führung hingeben,

kann es dauernde Verhältniſſe begründen und eine bleibende Machtſtellung gewinnen; ſonſt wird die Revolution die Rache für Königgrätz übernehmen.

Von dieſer Ueberzeugung über die Wichtigkeit der inneren Politik geleitet, wollen wir nunmehr die verſchiedenen Richtungen in und außer Preußen, die ſich in derſelben geltend machen wollen, näher ins Auge faſſen und unſere Anſicht über die wahren Grundſätze der inneren Politik ausſprechen.

Eine Richtung in Preußen geht auf den monarchiſchen Abſolutismus, ein abſolutes preußiſches Königthum aus. Sie hat an Stärke weſentlich gewonnen durch die inneren Verfaſſungskämpfe und die vielen unſeligen Erſcheinungen, die mit denſelben verbunden waren. Viele in Preußen glauben, daß nur durch ein Zurückgreifen auf die früheren Zuſtände, auf die Vollgewalt des preußiſchen Königs, aus dieſem Wirrſal, der Preußen bis an den Abgrund des Verderbens gebracht habe, herauszukommen ſei. Dieſer Richtung ſchließen ſich alle jene an, die mit dem preußiſchen Königthum eine Art religiöſen Cult treiben und die Ueberzeugung haben, daß das preußiſche Königthum etwas Einziges in der Welt ſei, das durch eine beſondere göttliche Vorſehung das Heilmittel für alle Uebel der Welt in ſich trage. Es gehört dieſe Anſchauung einer eigenthümlichen Färbung des Proteſtantismus in Preußen an. Wenn wir aber auch die Gefühle theilweiſe achten, aus welchen dieſe

Bestrebungen hervorgegangen sind, so können wir dieselben doch nur als gefährliche Irrthümer betrachten, die nicht zum Heile gereichen würden, wie sie zur Ausführung kämen. Wenn wir die Regentengaben mancher preußischer Könige gern anerkennen und von ganzem Herzen wünschen, daß Gott auch in Zukunft die preußischen Könige mit allen Fürstentugenden ausstatte, so möge man sich doch hier verderblichen Phantasiebildern nicht hingeben. Die preußischen Könige sind und bleiben Menschen, wie wir alle sind; von ihrer Mitwirkung wird es abhängen, ob sie gute oder schlechte Fürsten werden. Auf gute werden weniger gute folgen, und die Annahme, daß alle preußischen Könige durch eine providentielle Leitung vor großen Verirrungen bewahrt seien, scheint uns die preußische Geschichte selbst, mag man sie auch noch so sehr idealisiren, doch hinreichend zu widerlegen. Wie wir daher jeden Absolutismus für verderblich halten, so würde der Versuch ein absolutistisches preußisches Königthum herzustellen, die unseligsten Folgen haben; er würde keinen inneren Frieden bringen.

Eine verwandte Richtung ist jene, die von einem preußischen Militärstaat, einem absoluten preußischen Kriegesherrn das Heil für Preußen und für Deuschland erwartet. Es sind schon Stimmen in Preußen laut geworden, selbst in einflußreichen Organen, die diesen Gedanken mit der äußersten Schärfe ausgesprochen haben. Ein solcher preußischer Militärstaat, wo das Volk in Waffen, das aber

auch deßhalb, weil es unter dem Gewehre steht, keinen eigenen Willen haben darf, als das allein maßgebende Volk betrachtet würde, wäre freilich der kürzeste Weg, um augenblicklich über alle inneren Schwierigkeiten hinwegzukommen. Wir begreifen auch bei dem Werthe, den man in Preußen mit vollem Recht auf die preußische Militärverfassung legt, bei dem Selbstgefühl, von dem das preußische Heer durchdrungen ist, bei dem Eindruck seiner großen Siege, die es in diesem Jahre errungen hat, bei dem Hinblick zugleich auf das viele Misère der inneren Zustände, daß treue Diener ihres Königs auf diesen Gedanken verfallen können. Der kürzeste Weg ist aber nicht immer der rechte Weg, und ein Mittel, das augenblicklich hilft, deckt das Uebel oft nur äußerlich zu, ohne es innerlich zu heilen. Wer die Entwickelung des menschlichen Geistes in unserer Zeit vor Augen hat und zugleich die Natur der germanischen Völker berücksichtiget, kann unmöglich glauben, daß ein preußisches Militärkönigthum ruhige, befriedigende innere Verhältnisse schaffen könnte. Mag man die Militärdisciplin noch so hoch anschlagen; sie allein genügt wahrlich nicht; dazu ist die Bestimmung, die Gott unserem Volke gegeben hat, zu hoch. Ein reiner monarchischer Militärstaat würde bald in sich selbst zu Grunde gehen.

Eine dritte Richtung hat ihren Sitz in jener Partei, die zur Zeit der neuen Aera in der Kammermajorität geherrscht hat. Sie ist identisch mit den Kammermajoritäten

der übrigen deutschen Staaten. Da sowohl für das Wahlrecht, wie für die Wählbarkeit in dem Constitutionalismus, wie er sich bisher ausgebildet hat, lediglich der Vermögensbesitz entscheidend ist, und da dieser Geldmaßstab noch durch die Einrichtung der indirecten Wahlen an Macht gewinnt, so haben wir in dieser Art von Constitutionalismus zugleich den Geldstaat und in dem Bestreben die Majoritäten in diesen Kammern alleinherrschend zu machen, den Absolutismus des Kapitals. Daher trägt auch das ganze Staatswesen in den Staaten, die sich nach diesem Princip entwickelt haben, durchaus den Charakter der Geldherrschaft an sich. Die Intelligenz dieser Kammermajoritäten ist die Intelligenz des Materialismus in Verbindung mit der Herrschaft des Kapitals. Die Interessen des Kapitals sind dann die einzigen wahren Interessen der Menschheit. Die ganze Staatsmaschine hat keine andere Aufgabe, als den Interessen der Stände zu dienen, die das Kapital in Händen haben. Bildung, Fortschritt ist ihm Geldgewinn und Geldgenuß; alle anderen höheren Interessen der Menschheit und des Christenthums sind ihm Verdummung, Ultramontanismus, Jesuitismus. Diese Geldsack-Intelligenz, die uns in der Vergangenheit das Heilmittel aller Uebel bringen wollte und uns dasselbe für die Zukunft verspricht, kann uns natürlich keine glückliche Zukunft bringen. Da müßte man zuerst das Mittel erfinden, den Geist des Menschen in der Materie und im Geldbeutel

zu erſticken. Eine innere Politik, die ſich ihr ergibt, führt unfehlbar zum Ruin.

Im Gegenſatz zu dieſer Herrſchaft des Kapitals ſtehen die Forderungen der Führer des Arbeiterſtandes. Der ſocialdemokratiſche Staat ſoll die wachſende Noth des Arbeiterſtandes heilen, welche die volkswirthſchaftlichen Lehren der Neuzeit hervorgerufen haben; die Idee des abſoluten Staates ſoll den Intereſſen der Arbeiter dienſtbar werden, wie ſie bisher den Intereſſen der Stände diente, die das Kapital in Händen haben. Auf dem Standpunkt, den die Wortführer dieſer Partei in der Gegenwart einnehmen, wäre dieſer ſocialdemokratiſche Staat wieder nicht viel mehr als moderner Conſtitutionalismus in Händen des Arbeiterſtandes oder vielmehr in Händen einiger Führer deſſelben; ganz dieſelbe Maſchine, nur mit verändertem Locomotivführer. Es genügt, ganz oberflächlich die namenloſe Armſeligkeit, die unter den Wortführern dieſer Partei, welche ſich vor Allem ihrer feſten Organiſation rühmte, nach wenigen Tagen ihres Daſeins hervorgetreten iſt, zu kennen, um ſich einen Begriff von der Verwirrung zu machen, die mit dem Siege derſelben über das ganze ſtaatliche Leben hereinbrechen würde. Wir ſind freilich davon noch weit entfernt, wir müſſen aber ohne Unterlaß im Auge behalten, daß der reine Induſtrie- und Geldſtaat nothwendig zu dieſer Conſequenz und damit zur ſocialen Revolution führt, denn der ſocial-demokratiſche Staat

wäre nichts anderes als ein wilder Kampf der Parteien unter einander, der schließlich nur durch neue Gewaltherrschaft beendigt werden könnte.

Alle diese Irrwege der inneren Politik, die wir bezeichnet, haben aber einen gemeinschaftlichen Boden in dem doctrinären Absolutismus, nämlich in der Geistesrichtung, ein selbstgemachtes politisches System für das unfehlbare Heilmittel zu betrachten und es dann zum unbeschränkten Princip des Staatslebens zu erheben, sei es nun absolute Monarchie mit religiöser Färbung, absoluter Militärstaat, absoluter Constitutionalismus als Herrschaft des Kapitals oder der Arbeiter; sie alle sind Formen *eines* Systems, der Gedanke des absoluten Staates in vier Formen; *wesentlich* aber dasselbe. Diese Richtung ist eine Zeitkrankheit, die wieder ihren Grund hat in dem Subjectivismus, dem so viele unserer Zeitgenossen gänzlich anheimgefallen sind, seitdem sie sich von der wohlthätigen Leitung einer göttlichen Lehrautorität losgesagt haben. Er beherrscht die Geister; er erzeugt alle diese falschen Staatssysteme, und jedes System sammelt um sich eine Zahl fanatischer Anhänger, die in der rücksichtslosesten Verfolgung ihrer Systeme das alleinige Heil der Welt suchen.

Eine andere Richtung endlich, die sich in der Gegenwart der inneren Politik bemächtigt und sie leiten will, verzichtet eigentlich auf jedes System; sie glaubt weder an die siegende Kraft höherer Gedanken, noch an den Werth

ſittlicher Grundlagen für den Staat, und erwartet deßhalb alles Heil von einer ſchlauen, gutberechneten, ſtarken Verwaltung. Auch für ſie, die eigentlich an dem Höheren in der Menſchheit verzweifelt, iſt uns Frankreich ein Vorbild in ſeinem Imperialismus. Dieſer Imperialismus iſt alles und nichts; er iſt Freiheit, exceſſive Freiheit in der Form, in den Worten, und Despotismus, ſchrankenloſer Despotismus in der Sache. Er iſt ein Syſtem voll Lug, ruht auf Corruption und führt zur Corruption und hat ſeine innere Kraft und Energie in einem überaus geſchickt eingerichteten Verwaltungsſyſtem, das wir am beſten als das napoleoniſche Präfecturſyſtem kennzeichnen. Dieſes corrumpirende Verwaltungsſyſtem als einziges Heilmittel der Regierung, um ſich gegen die Zeitbewegungen zu ſchützen, iſt eine große Gefahr für alle Staatsmänner, die auf die höhere ſittliche Grundlage des Lebens verzichtet haben. Leider zählt dasſelbe Syſtem auch in Deutſchland viele Verehrer; es iſt in manchen deutſchen Staaten bereits tief eingedrungen und in vielen Spuren auch in der preußiſchen Verwaltung zu entdecken. Aber ſolche Mittel können uns wahrlich nicht helfen, und es wäre eine unſelige Verblendung, wenn deutſche Staatsmänner zu ihnen ihre Zuflucht nehmen wollten, um über die inneren Schwierigkeiten Herr zu werden. Sie ſind für den Staatsorganismus, was Opium für den Körper des Kranken iſt; es ſchläfert ihn ein, daß er ſeine Krankheit augenblicklich nicht

fühlt; wenn er aber erwacht, ſo hat er, nur unbewußt, einige Schritte näher dem Tode gemacht. Ein corrumpirendes napoleoniſches Verwaltungsſyſtem mit dem Lügenſcheine, an der Spitze aller freiheitlichen Entwickelungen der Zeit zu ſtehen, kann unſere inneren Zuſtände nicht heilen, weil uns die Lüge nicht heilen und helfen kann.

Nachdem wir bisher die falſchen Richtungen der Zeit, die für die innere Politik maßgebend ſein wollen, bezeichnet haben, wollen wir ihnen einige wahren Grundſätze entgegenſtellen. Es kann dabei natürlich nicht unſere Abſicht ſein, in das Einzelne einzugehen, ſondern nur einige allgemeine Geſichtspunkte hervorzuheben.

Die erſte Forderung, welche wir an eine geſunde innere Politik ſtellen müſſen, iſt Achtung vor der Religion und den ſittlichen Grundlagen, auf denen alle menſchlichen Verhältniſſe ruhen, weil der Menſch vor Allem ein religiöſes und ſittliches Weſen iſt. Das innerſte Weſen deſſen, was wir Macchiavellismus nennen, iſt eine Politik ohne Gott, eine Politik ohne Religion, eine Politik ohne Sittlichkeit, eine Politik lediglich des Calcüls, der nächſten Zweckmäßigkeitsberechnung, der Anwendung aller, auch der unſittlichſten Mittel, um dieſen Zweck zu erreichen. Dieſer Macchiavellismus in der Politik iſt immer in der Welt geweſen; er hat aber in dem Maße zugenommen, wie die Menſchen ſich von Gott abgewendet haben. Man hat in neuerer Zeit denſelben insbeſondere den katholiſchen Höfen vor-

geworfen; inſofern mit einem gewiſſen Scheine, als er ſich an einen katholiſchen Namen knüpft und als Macchiavelli ſein Werk il Principe für italieniſche Fürſten, für die Mediceer geſchrieben hat. Im Uebrigen geht es mit dieſem ſchlechten Syſtem, wie mit dem ihm verwandten Grundſatz: der Zweck heiligt die Mittel; wir werden beide nicht los, wenn wir ſie anderen vorwerfen; es iſt wahrer, anzuerkennen, daß ſie böſe Principien in ſich ſchließen, denen alle Regierungen verfallen können, ſie mögen einer Religion angehören, welcher ſie wollen, weil alle der Sünde und dem Irrthum zugänglich ſind; und beſſer als hin- und herzerren, um das Böſe Anderen vorzuwerfen, iſt es daher, wenn wir uns vereinen, es zu meiden. Macchiavellismus kann an allen Höfen herrſchen, katholiſchen wie proteſtantiſchen, und er hat an vielen geherrſcht und leider die innere Politik der Regierungen in den letzten Jahrhunderten nur zu viel beſchädigt. Dieſer reinen Nützlichkeitsberechnung, nach dem kleinen Umfang menſchlicher Einſicht, ohne Rückſicht auf die ewigen Grundſätze der Gerechtigkeit, der Wahrheit und der Sittlichkeit fallen unaufhaltſam alle Staatsmänner anheim, die ſelbſt innerlich von der Religion getrennt ſind. Der Mangel an wahrer Achtung vor der Religion, an Erkenntniß der ſittlichen und der religiöſen Fundamente, auf denen auch die ſtaatlichen Verhältniſſe der Menſchen beruhen, iſt der tiefſte Grund der vielen inneren Schwierigkeiten, in welche die modernen Staaten gerathen ſind.

125167B

Wenn wir aber die Achtung vor der Religion, die Achtung vor der religiöſen Ueberzeugung des Volkes und die Kundgebung dieſer Achtung, wenn wir die Anerkennung, daß die Grundlage der bürgerlichen Ordnung nicht eine verſchmitzte, ſchlaue Politik, ſondern die religiöſe ſittliche Geſinnung des Volkes iſt, als die erſte Bedingung einer geſunden, zu dauernden Zuſtänden führenden inneren Politik fordern, ſo ſind wir weit davon entfernt, damit ſagen zu wollen, daß der Staat Religion machen ſoll. Wir werden uns darüber ſpäter weiter ausſprechen; wir wollen nur hier ſchon gegen dieſe Mißdeutung uns auf das Entſchiedenſte verwahren. Jedes Religionmachenwollen durch den Staat führt zu einer anderen Art von Machiavellismus, der dann nur um ſo gefährlicher wird. Wie dieſer ſeinem Weſen nach ein Syſtem ſchlauer politiſcher Berechnung iſt, das ſein Ziel mit allen Mitteln verfolgt, ſo wird dann ſelbſt die Religion leicht ein Mittel zu ſchlechten politiſchen Zwecken. Machiavelli hat dies geradezu ausgeſprochen, indem er die Frechheit hatte zu ſagen, der Fürſt müſſe dem Volke gegenüber Religion zeigen, er brauche ſelbſt aber keine Religion zu haben. Wie viele Fürſten haben die Religion in dieſem Sinne mißbraucht. Wir wünſchen wahrhaft nicht ſolche Könige wieder, die ſich die allerchriſtlichſten nennen und als ſolche geprieſen werden, die Kirche und Religion aber nur beſchützen, um ſie zu Werkzeugen ihrer Politik zu machen. Wenn wir daher Achtung vor der Religion fordern als erſtes Princip einer

guten inneren Politik, so sind wir doch unendlich weit davon entfernt, damit ein Religionmachen durch den Staat fordern zu wollen. Die Religion ist nicht unmittelbar Aufgabe des Staates, sondern Aufgabe der christlichen Kirche; er soll sich daher auf seine eigene, ihm von Gott gestellte Aufgabe beschränken, er soll aber die Religion ehren und achten, er soll dem Glauben seines Volkes gegenüber die höchste Rücksicht nehmen, er soll anerkennen und davon erfüllt sein, daß durch die Religion in dem Herzen des Volkes jene sittlichen Grundlagen gelegt werden, ohne die er nimmermehr bestehen kann.

Wir fordern zweitens in Folge dieser Gesinnung Anschluß der Regierung an die religiösen und sittlichen, an die christlichen Elemente im Volke, und verwerfen jedes Buhlen mit den schlechten und gottlosen Zeitrichtungen. Das letztere war bisher in manchen Kleinstaaten im höchsten Grade der Fall. Wenn wir sagen in manchen Kleinstaaten, so wollen wir die Großstaaten nicht ganz davon freisprechen; in den Kleinstaaten sind aber gewisse Uebelstände weit mehr ausnahmlos geworden, so daß sie das ganze Staatswesen durchdringen. Wir sagen dagegen gewiß nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß es deutsche Staaten gegeben hat, in denen die innere Verwaltung in dem feindlichsten Gegensatze zu dem ganzen sittlich-religiösen Leben des Volkes sich befand, so daß man hätte glauben sollen, die Regierung habe eigentlich nur einen Feind, die Religion des Volkes.

Dieſe Geſinnung wurde dort vielfach gehegt und getragen von dem Beamtenſtand. Kein Stand verhielt ſich als Stand dem chriſtlichen Volksleben gegenüber ſo kalt, ſo fremd, ſo antipathiſch in jenen Gegenden, als gerade er. Von keinem wurden alle religiöſen Pflichten ſo geringſchätzig, ſo öffentlich außer Acht gelaſſen, als von ihm. Wenn es ſich um irgend eine öffentliche Huldigung des Zeitgeiſtes handelte, ſo ſah man dieſelben Männer mit der ſervilſten Eilfertigkeit ſich vordrängen, die ihre Verachtung jeder Religion ſo recht abſichtlich täglich dem Volke zur Schau trugen. Dieſe antichriſtliche Geſinnung zeigte ſich bis in die letzten Stufen der Beamtenhierarchie herab, wo ſie das Volk unmittelbar berührt. Sie wählte nie einen, wenn auch noch ſo tüchtigen, aber entſchieden religiöſen Mann zum Gemeindebeamten, zum Amtmann, Bürgermeiſter, Schultheiß u. ſ. w.; dagegen ſah man nicht ſelten diejenigen ausgewählt, von denen das ganze chriſtliche Volk wußte, daß ſie der Religion gänzlich entfremdet oder ſelbſt feindlich ſeien. Es war nicht ſelten ſo weit gekommen, daß nach der Ueberzeugung des chriſtlichen Volkes eine entſchieden religiöſe und ſittliche Haltung eine Makel in den Augen mancher Staatsbeamten war; daß man deßhalb bei allen Beziehungen mit denſelben nichts ſorgfältiger vermied, als die Kundgebung einer religiöſen Geſinnung. In manchen Landſtädten, wo die Beamten einen vorwiegenden Einfluß übten, war Maßſtab der fortſchreitenden Irreligioſität die Zahl des Beamtenſtandes. Man

konnte ohne Weiteres in der Regel ſchließen: Je mehr Beamte dort ſind, deſto verbreiteter in der Bürgerſchaft Religionsgleichgiltigkeit und deren traurige Folgen. Deßhalb können wir uns auch nicht wundern, wenn der Beamtenſtand vielfach der revolutionären Bewegung den geringſten Widerſtand entgegenſtellte. Manche Fürſten hatten in keinem Stande weniger wahre treue Freunde als in ihm, trotz der Ergebenheit, die zur Schau getragen wurde. Nichts hat vielleicht die ſittlichen Grundlagen des Staates in der Geſinnung des Volkes tiefer zerrüttet, als einestheils dieſe wegwerfende Geringſchätzung gegen das ganze religiöſe Leben des Volkes, und anderntheils dieſe Deferenz und Reverenz deſſelben Standes gegen die ſchlechteſten Zeitrichtungen. Der preußiſche Cultusminiſter hat im vorigen Jahre in dem Abgeordnetenhauſe die Worte geſprochen: „Allein in dem Glauben an den lebendigen Gott, wie er in der heil. Schrift des alten und neuen Teſtamentes geoffenbart iſt, und in dem Gehorſam gegen ſeine Gebote erkennt die Staatsregierung die ſichere Bürgſchaft für die Wohlfahrt der Nation. Indem ſie zu dieſem Glauben ſich bekennt, wird ſie in ihm Maß und Richtſchnur finden für ihre legislatoriſche Thätigkeit.“ Das ſind Worte, die das deutſche Volk lange nicht mehr von deutſchen Miniſtern gehört hat und die in manchen deutſchen Kammern kein Miniſter auszuſprechen auch nur wagen würde. Ein ähnliches Wort würde in dieſen Ländern durch einen großen Theil der Preſſe ein Geſchrei und

einen Scandal veranlaſſen, als ob der Miniſter den größten Staatsverrath begangen hätte. Der Staat, in welchem das, was der preußiſche Miniſter hier geſprochen, zur Wahrheit würde, und wo dieſer Geiſt deſſen Beamte erfüllte, würde alle ſittlichen und religiöſen Kräfte im Volke zu Bundesgenoſſen gewinnen.

Wir fordern drittens für ein geſundes, politiſches Leben einen vollſtändigen und gründlichen Bruch mit der Nachäfferei franzöſiſcher Staatsformen. Unſere politiſche Geſinnung, unſere politiſchen Begriffe und Anſchauungen müſſen wieder deutſch werden. Wir müſſen wieder auf deutſchem Fundamente unſer deutſches Staatsweſen aufbauen, nicht den Formen nach, wie wir ſie in den letzten Jahrhunderten vorfinden, aber den Ideen nach, die das germaniſche Staatsweſen durchdrungen haben. Das Deutſchland der letzten Jahrhunderte war ſchon vielfach nicht mehr Deutſchland. Der Geiſt, der einſt das ganze bürgerliche politiſche Leben beherrſchte, iſt, wir wiederholen es, vom deutſchen Volke gewichen, als der monarchiſche Abſolutismus mehr und mehr um ſich griff, Alles abſorbirte und dem liberalen Abſolutismus die Bahn brach. Für dieſe Geiſtesrichtung iſt dann Frankreich das Muſterland geworden und zugleich die Quelle der ganzen modern-politiſchen Bildung. Wir werden nie zu einem ruhig fortſchreitenden inneren politiſchen Leben kommen, ſo lange wir immer nach fremden Muſtern ſchauen und gedankenlos nachſchwätzen, was uns dort vorgeſchwätzt

wird. Ein Volk, das ſich von dem Geiſte abwendet, den die Vorſehung in ſeine Geſchichte gelegt, verliert ſeinen ſicheren Halt und geräth in endloſe politiſche Schwankungen.

Wir fordern deßhalb ein Staatsweſen mit deutſcher Freiheit, nicht mit Franzoſenfreiheit; mit Freiheit dem Inhalte nach, nicht mit Freiheit der bloßen Form nach, mit wahrer perſönlicher Freiheit. Wir können den Unterſchied in einer kurzen Form faſſen: Nach germaniſchem Rechte iſt jeder freie Mann berechtigt, Alles zu thun, was er ſeiner inneren Ueberzeugung nach thun darf, in ſoweit er nicht durch wohlerworbene Rechte Anderer und durch die geſchichtlichen Rechte der Staatsgewalt beſchränkt iſt. Nach modernem Franzoſenrechte iſt der Bürger der Staatsgewalt gegenüber abſolut unfrei und er hat nur ſo viel Rechte, als dieſe ihm täglich gnädig einräumt, oder als die Majorität einer Kammer, wenn dieſe die Staatsgewalt beherrſcht, ihm gnädigſt verwilligt. Im Sinne der germaniſchen Freiheit iſt der Menſch Alles, im Sinne der franzöſiſchen iſt der Menſch nichts und die Staatsgewalt Alles, der Gottſtaat. Die franzöſiſche Freiheit fällt daher abſolut mit dem Begriff der Gleichförmigkeit zuſammen. Alle Geiſter, die von dieſem falſchen Begriff beherrſcht ſind, verwechſeln ununterbrochen Freiheit mit Gleichförmigkeit und können gar nicht mehr faſſen, daß Gleichförmigkeit auch bei der ärgſten Sklaverei möglich iſt. Die größte Gleichförmigkeit iſt ja die Gleichförmigkeit des Zuchthauſes. Nach dieſer Gleichförmigkeits-

Staatstheorie unter der Herrschaft des absoluten Staatsgedankens werden sich aber die Abkömmlinge unserer deutschen Voreltern, mögen sie auch noch so sehr in moderne Ideen verrannt sein, nimmer in eine Franzosenuniform — mag sie eine Jakobinermütze oder ein constitutioneller Frack sein — einzwängen lassen. Vollständiger Bruch mit dieser Periode französischer Imitation für unsere innere Politik ist die nothwendige Bedingung gesunder innerer Verhältnisse. Diesem wahren deutschen Begriffe von Freiheit widerstehen daher auch alle jene oben bezeichneten Formen der inneren Politik, die auf Wiederherstellung eines absoluten Königthums, eines absoluten Militärstaates, eines absoluten Constitutionalismus 2c. 2c. gerichtet sind. Wer auf diese Zeiten preußischer Geschichte hinblickt und ihre Erzeugnisse wiederherstellen möchte, der steht nicht auf deutschem Boden. Wir fordern deutsche Freiheit, aber auch diese voll und wahr. Von ihr haben unsere deutschen Freiheitshelden meistens keinen Begriff und keine Ahnung mehr. Was persönliche Freiheit ist, wissen sie nicht, weil sie auch jene innere sittliche Freiheit verkennen, ohne welche keine äußere Freiheit bestehen kann und Werth hat. Weil unsere deutschen Voreltern, erzogen am Herzen des Christenthums, sittlich frei waren, kannten und liebten sie auch die persönliche Freiheit.

Wir fordern aber nicht nur den Begriff der Freiheit nach germanischem Rechte, sondern auch Formen und Ein-

richtungen für das gesammte bürgerlich-staatliche Leben, die diesem Begriff entsprechen. Wir fordern Organisation statt Maschine; Selbstregierung in vollkommenster Ausdehnung, soweit dadurch nicht andere wohlerworbene Rechte gekränkt werden, statt Centralisation; wir fordern Theilnahme des Volkes am öffentlichen Leben, soweit dadurch die Einheit der Regierung und das monarchische Princip, — das uns kein Absolutismus ist — nicht verletzt wird; wir fordern diese Selbstregierung und diese Theilnahme am öffentlichen Leben realisirt in germanischen Formen, in den naturnothwendigen Verbänden, in denen das ganze politisch-sociale Leben sich bewegt, nicht in dem bloßen Geldverbande, den der Census und die Vermögenstaxation begründet; wir fordern mit einem Worte Natur statt Kunst, Gotteswerk statt Menschenwerk. Man sagt, es gibt ja keine andern Verbände mehr unter den Menschen, als nach dem Census oder nach der Zahl, da ja alle andern Verbände, namentlich die Stände nicht mehr bestehen. Wie falsch das ist, zeigt uns als Beleg die Arbeiter-Bewegung. Dort wird so oft ein Wort genannt, das wir immer nur mit innerer Befriedigung vernehmen, als Beweis, daß trotz aller massenhaft angehäuften Vorurtheile, in denen die jetzige Welt steckt, doch die Natur der Sache immer wieder durchdringt und zur Anerkennung kommt. Dieses Wörtchen ist das von ihnen so oft gebrauchte Klassenbewußtsein, das sie zu wecken suchen. Die Führer der Arbeiter-Bewegung glauben die Modernsten der Moder-

nen zu ſein, und ſtehen gewiß in Abſcheu vor dem Greuel der Stände keinem Mitgliede der großen liberalen Partei nach, und doch drängt ſie ihr Natur-Bewußtſein dazu, den Arbeiterſtand als eine eigene Klaſſe aufzufaſſen, und für dieſe eigene Klaſſe ein eigenes Bewußtſein und eigene bürgerliche Inſtitutionen zu verlangen. Da haben wir ja aber das ganze leibhaftige Ständeweſen, nur mit einem fremden Namen. Das Wahre an der Sache iſt, daß die Stände wohl in einer beſtimmten Form, in der ſie ein bürgerliches und politiſches Leben ausgeſtaltet haben, vernichtet werden können, nicht aber in der Idee, die dieſer Ausgeſtaltung zu Grunde lag. Es gibt einen ganz äußerlichen Verband unter den Menſchen und einen innerlichen; den äußerlichen bilden lediglich äußere Beziehungen der Menſchen; den innerlichen ſolche, wo zu dieſen äußerlichen Beziehungen auch ſittlich innere Momente, die die Geſinnung erfaſſen, hinzutreten. Die mechaniſchen Staatsinſtitutionen lehnen ſich an den äußeren Verband an; die organiſchen an dieſen, der zugleich auch ein ſittlicher iſt. Wie es für das Denken des Menſchen logiſche Grundformen gibt, in die ſich alle möglichen Gedanken einfügen müſſen, ſo gibt es für das ganze politiſch-bürgerliche Leben geſellſchaftliche Grundformen, in welchen ſich alle möglichen ſocialen Richtungen nothwendig begegnen, aneinanderſchließen und verbinden. Sie wirken ſelbſt dann, wenn ſie keine äußere Organiſation haben. Die geſellſchaftlichen Grundformen ſind daher auch ebenſo

unabhängig von dem Willen des Menſchen, wie die logiſchen Grundformen; ſie ſind dem Menſchen von einer höheren Macht gegeben; ſie ſind göttliche Geſetze; ſie ſind Ideen für unſer ſocial-politiſches Leben, die wir in uns aufnehmen und dann verwirklichen ſollen. Sie haben die alten Stände geſchaffen, bei denen, um ſie billig zu beurtheilen, wir nie vergeſſen dürfen, daß die Ideen ſich immer nur annähernd, im Kampfe mit vielen Hemmniſſen verwirklichen. Für unſer jetziges politiſch-ſociales Leben würden dieſe alten Formen nicht mehr genügen; es träte ſchon ein Gedanke hinzu, der ihnen eine ganz neue, erweiterte Geſtalt geben würde. Nach deutſchem Rechte war nur der freie Mann im Vollbeſitze aller bürgerlichen Rechte. Von den erſten Anfängen der deutſchen Geſchichte an hatten ſich aber Rechtsverhältniſſe entwickelt, wodurch Viele der Rechte des freien Mannes beraubt waren. Alle dieſe Beſchränkungen ſind nun gefallen, worin wir einen Fortſchritt erkennen; und ſo müßten auch alle unbeſcholtenen Männer in ihrem Stande an allen Rechten des freien Mannes Antheil erhalten. Dadurch würde alſo ſchon die Stellung Aller eine ganz andere werden. In dieſer Gliederung nach Ständen oder, weil der Begriff noch viel weiter geht, nach den aus der Natur der Sache aus dem geſammten Menſchenleben ſich von ſelbſt ergebenden Verbänden, — zu ihnen gehören nämlich nicht nur die Stände, ſondern auch die übrigen Verbände, Familie, Gemeinde, Provinz, Staat, Kirche — würde ſich

dann die wahre Selbstregierung, die wahre und ächte Volksvertretung, die idealste und zugleich praktischste Theilnahme aller Volksklassen am öffentlichen Leben ergeben. Wir glauben nicht, daß es möglich ist, zu dieser organischen Gliederung des politisch-socialen Lebens wie mit einem Sprunge zurückzukehren, und dafür sofort ein ein für allemal fertiges Gesetzbuch festzustellen; wir glauben aber, daß nur jene innere Politik dauernde staatliche Zustände begründen wird, die nach diesem Ziele hinstrebt und dazu erstens alle noch vorhandenen organischen Verbände stärkt, kräftigt, und zweitens für jene, die kein äußerliches Band mehr haben, dasselbe anbahnt. Wir halten das nicht nur nicht für schwer, sondern für leicht. Der Kaufmannsstand hat schon seinen Verband; man gebe ebenso dem Handwerkerstand, dem Arbeiterstand, dem Bauernstand, dem Adel, wenigstens als dem Groß-Grundbesitzer, Gelegenheit, für die gemeinschaftlichen Interessen sich eine Form zu bilden, und es würde sich dieselbe ohne Zweifel wenigstens in kräftigen Anfängen bald wieder finden. Wie sehr ein solches Bestreben, immer begleitet von sittlichen und religiösen Grundgedanken, das innere Leben der deutschen Staaten wieder befestigen würde, ist gar nicht abzusehen; dieser ganze Geist der Revolution, der ja nur stark ist, weil er die Massen des Volkes so leicht irre führen kann, wäre dadurch an die Kette gelegt, und der ganze Einfluß aller Volksverführer würde dadurch allmälig verschwinden. Der Staat würde wahrlich nicht ge-

fährdet werden, wenn er in der Freiheit, die er diesen einzelnen Ständen einräumte, sehr weit ginge; wenn der so organisirte Arbeiterstand und Handwerkerstand in der Reichsversammlung seine volle Vertretung fände. Eine Versammlung, in welcher neben den höchsten Ständen auch die Arbeiter säßen, wäre ihm ersprießlicher, als eine solche, wo einige Parteiführer und eine große Zahl blinder Genossen vereinigt sind. Im alten Deutschland saß der reichsunmittelbare Bauer und der reichsunmittelbare Bürgermeister des kleinen Reichsstädtchens auf der Reichsbank wie die ersten Reichsstände. Das war deutsch; kehre man zu solchen Vorbildern wieder zurück. Das was damals einigen Bauern zustand, gebe man in der Ordnung der betreffenden Verbände Allen, und was damals nur den freien Männern gebührte, räume man jetzt wieder in der rechten organischen Gliederung Allen ein, und es wird sich ein neues, gesundes, lebenskräftiges, inneres, politisches Leben auf germanischer Grundlage entwickeln.

Endlich fordern wir auch für die inneren Zustände nach deutscher Art eine starke, aber auch eine gerechte Autorität. Stark wird sie ohnehin wieder werden, wenn sie sich an die sittlichen, religiösen Grundlagen im Bewußtsein des Volkes anlehnt; denn da ist die wahre lebendige Quelle der Stärke der Regierung — aber sie muß auch gerecht sein. Daher, daß die Diener des Staates selbst in manchen Ländern dem ganzen sittlichreligiösen Leben nicht indifferent,

nein feindſelig entgegenſtanden, iſt es gekommen, daß auch die Autorität der Staatsgewalt ſo oft ungerecht geworden iſt; ungerecht dadurch, daß ſie geübt wurde nach dieſer Sympathie und Antipathie. Wir ſprechen nicht von Ländern im Monde, ſondern wahrhaftig von Ländern hier auf der Erde, wenn wir ſagen, daß eine Hauptaction der Staatsgewalt oft darin beſtand, alles Religiöſe, Sittliche und Gute niederzuhalten. Solche Zuſtände können nicht zum Frieden führen; möge die Autorität ſtark ſein, aber ſei ſie auch gerecht; möge ſie der Freiheit einen weiten Spielraum laſſen; wo ſie aber eintreten muß, da möge ſie gehandhabt werden, nicht um das Gute zu hindern, ſondern um dem Schlechten und Unſittlichen entgegenzutreten.

XI.

Kirche, — Schule.

Die dritte Bedingung einer glücklichen Zukunft für unſer deutſches Vaterland iſt eine gerechte Stellung der Kirche und der Schule; eine Stellung, die uns wahren Frieden bringt zwiſchen Kirche und Staat.

Faſſen wir zuerſt die Stellung der Kirche in's Auge.

Keine Thatſache hat die deutſche Geſchichte mehr bewieſen, als die unſelige Wirkung der religiöſen Kämpfe auf politiſchem Gebiet. Aus ihnen hat unſer ganzes nationales Leben die tiefſten Wunden empfangen. Da die Religion das Innerlichſte am Menſchen iſt und die tiefſten Wurzeln in ſeiner Seele hat, ſo beruhigt nichts mehr das innere Staatsleben, als Friede zwiſchen Kirche und Staat, während im Gegentheil jede Störung dieſes Friedens alle

Gemüther bis auf den Grund aufregt. Daß auch in unseren Tagen diese Kämpfe noch ganz dieselbe verderbliche Wirkung haben, zeigen alle Länder, wo dieser Friede zerstört worden ist. So gern man es von manchen Seiten verkennen möchte, so hat auch jetzt noch die Religion dieselbe Macht über die Geister, und die religiösen Fragen werden immer oben anstehen unter den Angelegenheiten unseres deutschen Volkes. Für die Länder Deutschlands, namentlich die Nord- und Mitteldeutschlands, wird aber eine friedliche Lösung derselben noch aus besonderen Gründen die erste und Grundbedingung einer ruhigen inneren Entwickelung sein. Erstens bilden sie ein solches Gemisch der Bevölkerung bezüglich des religiösen Bekenntnisses, wie es kaum noch in einem anderen Lande vorkommen kann. Jede Störung des religiösen Friedens wird deßhalb die Gemüther durch alle Schichten und Theile dieser Länder in zahllose innere Spaltungen und Gegensätze auseinanderreißen. Zweitens aber sind in diesen Ländern gefährliche Doctrinen über das Verhältniß zwischen Kirche und Staat verbreitet, welche, wenn sie auf die Neugestaltung Deutschlands Einfluß gewinnen würden, einen zerstörenden inneren Kampf hervorrufen müßten. In einigen süddeutschen Staaten hat diese Partei in den letzten Jahren schon ihr heilloses Wesen getrieben und die Geister tief entzweit. Diese Parteidoctrin ist zusammengesetzt theils aus absolutistischen Staatsideen, theils aus Reminiscenzen

des alten Staats-Kirchenrechtes, wie es der Josephinismus ausgebildet hat, theils aus specifisch protestantischen Ansichten, und alle diese Elemente sind verbunden durch jene fanatische antireligiöse Gesinnung, wie sie sich seit den Religionsspöttereien und Blasphemien der Voltairianer und Encyklopädisten verbreitet hat. Sie ist jeder Religion gleich feindselig, insbesondere aber voll Haß gegen die katholische Kirche. Um ihren Kampf gegen dieselbe zu verstecken, nennt sie Alles, was an Lehren, Institutionen und Gebräuchen katholisch ist, mit anderen Namen, Ultramontanismus, Jesuitismus ꝛc. So führt sie einen Kampf gegen die Kirche und das Christenthum nicht nur durch ihre Presse, sondern auch namentlich auf politischem Gebiete in den Kammern, durch den Einfluß, den sie auf die Gesetzgebung zu gewinnen sucht. Wo die katholische Kirche ein Recht fordert, da wird mit Scheltworten geantwortet; wo sie verlangt, gerecht, ohne Ausnahmegesetze, nach dem Geiste der neueren Gesetze behandelt zu werden, wird mit einem allgemeinen Geschrei über das Uebermaß hierarchischer und jesuitischer Anmaßung jede gesetzmäßige Forderung niedergedrückt. Diese Partei will keine gerechte Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat; sie ist getrieben von dem Principe Voltaire's: Écrasez l'infame; sie will keine Gerechtigkeit im Staate, sondern sich der Staatsgewalt und der Staatsgesetzgebung bedienen, um die katholische Kirche und das Christenthum überhaupt zu unterdrücken. Wir glauben,

daß dieſe Partei die größte Gefahr für den inneren Frieden Deutſchlands iſt, und wenn ſie Einfluß gewinnen könnte, ſo würden wir ſchweren Religionskämpfen mit ihren traurigen Folgen entgegengehen.

Es iſt daher von entſcheidender Wichtigkeit für die Zukunft Deutſchlands, wie dieſe Beziehungen zwiſchen Staat und Kirche geregelt werden; ob ſich dafür eine gerechte Form finden läßt, wodurch die innern religiöſen Gegenſätze, welche fortbeſtehen, das bürgerlich-politiſche Leben nicht mehr unmittelbar berühren; ob es geſetzliche Normen gibt, welche es den Bekennern der verſchiedenen berechtigten religiöſen Genoſſenſchaften möglich machen, in einem wahren bürgerlichen und politiſchen Frieden mit einander zu leben, ohne dadurch von der Innigkeit und Aufrichtigkeit ihrer eigenen religiöſen Ueberzeugung etwas zu vergeben und ohne auf einen geiſtigen Kampf für dieſe religiöſen Ueberzeugungen zu verzichten. Das iſt eine entſcheidende Frage, deren Prüfung ſich alle Deutſchen, die ihr Vaterland lieben, mit der größten Sorgfalt hinwenden ſollten. Die große ungläubige Partei will uns anſcheinend den religiöſen Frieden bringen durch den religiöſen Indifferentismus; dieſer ſoll gewiſſermaßen zum Staatsgrundgeſetz gemacht werden, ſoll ſeinen Ausdruck finden in dem Geſetzbuche, und jeder, der ihm nicht huldigt, ſoll als intoleranter Friedensſtörer behandelt und beſtraft werden. Sie ſieht dabei nicht oder will nicht ſehen, daß es das Uebermaß der Intoleranz iſt, wenn die

angebliche Toleranz keine religiöse Ueberzeugung mehr toleriren will, und daß es ein Verbrechen an dem Menschengeiste ist, ihm zuzumuthen, in der Religion auf Wahrheit zu verzichten. Das ist das innerlichste Wesen der sog. Aufklärung unter dem Deckmantel der Toleranz; eine Gesinnung, die nichts toleriren will, als Gleichgültigkeit in der Religion, als Religionslosigkeit. So kann aber die religiöse Frage nicht gelöst werden. Dagegen würde sich der bessere Theil der Menschennatur mit allen Kräften des Christenthums vereinigen, um gegen eine solche Gesetzgebung einen Kampf auf Leben und Tod zu führen; und in diesem Kampf würden wir siegen, so gewiß die Wahrheit siegen wird und die Unvernunft unterliegen muß, wenn auch unser deutsches Vaterland dabei in Todeszuckungen liegen würde. Das wäre keine vernünftige, keine gerechte Lösung, sondern die Lösung des antichristlichen und antireligiösen Indifferentismus. Wir fordern eine andere Lösung für die Stellung zwischen Kirche und Staat; eine solche, wodurch die religiöse Ueberzeugung geachtet wird, ohne den bürgerlichen Frieden zu stören, ohne jenen die Vollberechtigung ihrer bürgerlichen Rechte zu verkümmern, die in den religiösen Ueberzeugungen von uns abweichen. Wir fragen, ob eine solche gesetzliche Regelung möglich ist.

So schwierig nun die Frage über das beste und ideale Verhältniß zwischen Kirche und Staat sein mag, wenn sie rein theoretisch und in abstracto betrachtet wird, so schwierig sie ferner unter besonderen geschichtlichen und rechtlichen

Zuſtänden werden kann, ſo günſtig ſcheint ſie uns für den Nordbund und die Staaten zu liegen, die ſich ihm etwa anſchließen werden. Wir glauben in der That, daß es eine Form gibt, welche den weſentlichen Bedürfniſſen eines gläubigen chriſtlichen Lebens genügt und zugleich den bürgerlichen Frieden unter den verſchiedenen chriſtlichen Confeſſionen gewährleiſtet, und daß dieſe Form in befriedigender Weiſe in den Beſtimmungen der preußiſchen Verfaſſung gefunden iſt. Wir haben uns ſchon ſeit zwanzig Jahren dieſer Frage mit Berückſichtigung aller auftauchenden Zeitverhältniſſe und angetrieben durch die perſönliche Stellung, in der wir uns zu derſelben theils im Jahre 1848 als Deputirter der Nationalverſammlung in Frankfurt, theils ſpäter in unſerer kirchlichen Stellung zuerſt in Preußen und dann ſeit ſechszehn Jahren in Mitteldeutſchland unter allen den verwickelten Streitigkeiten in dieſer Hinſicht befunden haben, mit aller Aufmerkſamkeit, deren wir fähig waren, zugewendet, und wir ſind immer mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß für die beſonderen Verhältniſſe der deutſchen Staaten, die hier in Betracht kommen, dieſe Regelung des Verhältniſſes zwiſchen Kirche und Staat die entſprechendſte ſei. Sie bietet insbeſondere drei Vortheile, indem ſie erſtens der Kirche das zur Erfüllung ihrer Sendung durchaus nothwendige Maß innerer Freiheit gewährt, indem ſie zweitens von dem Staate alle Verwickelungen fern hält, die durch das Einmiſchen in das kirchliche Leben ent-

ſtehen, und indem ſie drittens den bürgerlichen Frieden unter den Bekennern der verſchiedenen Confeſſionen befördert. Als wir vor mehr denn zehn Jahren die Ehre hatten, im Auftrage des Erzbiſchofs von Freiburg über die Regelung der kirchlichen Verhältniſſe Seine Königliche Hoheit den Großherzog von Baden zu ſprechen, der damals noch Prinzregent war, ſo haben wir ihm die Ueberzeugung ausgeſprochen, daß der König von Preußen durch dieſe Verfaſſungsbeſtimmungen ſeinen Unterthanen einen großen Act der Gerechtigkeit geübt habe, daß dadurch der religiöſe Friede für Preußen mit allen ſeinen ſegensreichen Folgen begründet und von jetzt an, wenn die Verfaſſungsbeſtimmungen redlich gehalten würden, ein Conflict zwiſchen Religion und Staat unmöglich geworden ſei, und daß je länger dieſelben beobachtet werden würden, um ſo tiefer die Dankbarkeit des chriſtlichen Volkes gegen den König für dieſes Geſchenk ſein würde. Wir knüpften an dieſe Aeußerung die Bitte, auch dem badiſchen Lande dieſes Geſetz des Friedens zu geben, und fügten die Ueberzeugung bei, daß der Großherzog durch keinen anderen Act mehr als durch dieſen alle religiöſen Gefühle dankbar an ſein Fürſtenhaus knüpfen werde. Wie viel Verderben wäre abgehalten worden, wenn dieſe Bitte erfüllt worden wäre. Wir betrachten die preußiſchen Verfaſſungsbeſtimmungen als eine wahre Magna charta des religiöſen Friedens für das religiös gemiſchte Deutſchland und glauben daher, daß Alle, die den religiöſen Frie-

den in Deutschland lieben, sich in der Erhaltung derselben und der Ausdehnung auf die anderen betreffenden Länder die Hand reichen sollten.

Man hat gesagt, daß wir Katholiken Preußen keinen Dank schuldeten für diese Verfassungsbestimmungen, da die katholischen Länder ja nicht rechtlos, sondern mit dem vollsten Anspruch auf freie Uebung ihrer Religion mit Preußen verbunden worden seien, und daß die Verfassungsbestimmungen ja gar nichts anderes enthielten, als die Gewährung dieses Rechtes, daß man aber Niemanden dafür Dank schulde, daß er nicht ungerecht sei. Das ist wahr in einem Sinne und in einem anderen nicht. Die katholische Kirche ist seit der Säcularisation in Deutschland so namenlos ungerecht behandelt worden; sie wird auch heute noch in einigen Ländern so überaus ungerecht behandelt, daß wir wahrhaft Ursache haben, dem Fürsten Dank zu sagen, der sich von diesem ungerechten Zeitgeiste frei gehalten hat und auch der katholischen Kirche gegenüber ein gerechter Fürst gewesen ist. Man hat ferner gesagt, daß ja die Verfassungsbestimmungen noch nicht überall und in allen Theilen volle Wahrheit geworden seien und daß auch in Preußen an der vollen paritätischen Berechtigung noch viel fehle. Auch das wollen wir gewiß nicht leugnen; auf der anderen Seite muß aber zugestanden werden, daß unter den Verhältnissen, wie sie sich in den protestantischen Ländern in Deutschland entwickelt haben, es für eine Staatsregierung nicht leicht war,

ſofort das Princip der Gerechtigkeit in allen Conſequenzen durchzuführen; in allen preußiſchen Verwaltungs-Gewohnheiten liegen ſo viele Hinderniſſe der vollen Parität, daß auch der redlichſte Wille nicht ſofort überall durchdringen kann. Wir glauben aber, daß im Allgemeinen, ohne einige betrübende Ausnahmen zu überſehen, unter der Regierung des jetzigen Königs der Geiſt der Gerechtigkeit feſtgehalten worden iſt, in dem ſein königlicher Bruder die Verfaſſungsbeſtimmungen erlaſſen hat. Man hat endlich darauf hingewieſen, daß auch in Preußen eine ſtarke Partei beſtehe, die dieſe Magna charta religiöſen Friedens wieder vernichten will, und daß ihr Sieg vielleicht nahe bevorſtehe. Wir verkennen wahrlich nicht dieſe Gefahr und die Größe derſelben. Alle vorher bezeichneten Parteien werden von ihrem Haſſe gegen jede Regung des chriſtlichen Lebens im Volke dazu getrieben und auch in den einflußreichen Kreiſen gibt es Manche, die eine gerechte Freiheit der Kirche nicht wollen, wie ſie die katholiſche Kirche ſelbſt nicht wollen. Aber auch die Zahl derer iſt groß, welche den ganzen Werth der Verfaſſungsbeſtimmungen erkennen; und ſchon der Verſuch, ſie aufzuheben, würde eine große Gährung der Geiſter hervorrufen. Das Antaſten der Verfaſſungsbeſtimmungen wäre der Sieg der ſchwarzen Farbe in Preußen, ein Sieg der wahrhaft Preußen nicht ſtärken würde. Zu den vielen ſchweren inneren Fragen käme dann eine neue und zwar die ſchwerſte. Mit dem Aufheben der Verfaſſungsbeſtimmungen

würde ein Feuerbrand in Preußen und in Deutschland hineingeworfen, der zu einer zerstörenden Flamme werden könnte. Wir hoffen, daß die Vorsehung uns vor diesem Nationalunglück bewahren werde.

Wenden wir uns jetzt der Schulfrage zu.

Es bedarf gewiß keines Beweises, wie wichtig für den inneren Frieden und eine friedliche Entwickelung unseres Staatslebens eine endgültige und gerechte gesetzliche Regelung auch dieser Verhältnisse ist. Die Schulfrage steht in dieser Hinsicht neben der Kirchenfrage und greift ebenso wie diese tief bis auf den Grund ein in die Lebensinteressen des Volkes. Sie gewinnt dadurch für unsere Zeit und für die nächste Zukunft noch eine außerordentliche Bedeutung, daß sie fast überall in den Vordergrund aller Zeitfragen tritt. Die Schulfrage ist leider auch eine Parteifrage geworden. Die Principien und die Rechtsverhältnisse, auf welchen ihre Lösung beruht, bieten an sich keine große Schwierigkeit, und ebenso ist das, was das wahre Interesse der Volkserziehung hierbei fordert, nicht schwer, vielmehr sehr leicht zu finden. Auch in den Gesetzen und in den betreffenden Verfassungen liegen hiezu überall schon die Anfänge, ebenso wie in den historischen und thatsächlichen Verhältnissen. Eine gerechte Berücksichtigung jener Principien und Bedürfnisse des Volkes und dieser geschichtlichen und rechtlichen Zustände würde leicht zu einer befriedigenden gesetzlichen Ordnung dieser Frage führen. Die Schwie-

rigkeit und Gefahr bei der Schulfrage liegt aber in der Stellung, welche dieſelbe antichriſtliche Partei, die auch der Kirche keine Gerechtigkeit gewähren will, zu ihr einnimmt. Sie ſieht von dem, was an ſich gut und recht iſt, völlig ab, benutzt auch die Schulfrage als Mittel für ihre Zwecke und ſtellt deßhalb ihre doctrinären Parteiſyſteme auf, um ſie rückſichtslos durchzuführen. Lediglich in dem Einfluß dieſer Partei liegt die Gefahr der Schulfrage, die freilich eine ſehr große für den inneren Frieden werden würde, wenn es ihr gelänge, ihre Pläne geltend zu machen. Wir wollen das Geſagte — auf der einen Seite die Leichtigkeit der geſetzlichen Regelung derſelben, wenn die vorhandenen rechtlichen und factiſchen Verhältniſſe zu Grunde gelegt werden, und auf der anderen Seite, wie der Einfluß der liberalen Partei auf ſie zu den größten inneren Kämpfen führen müßte, näher betrachten.

Da dieſe Gegenſätze ſchon wiederholt in Preußen in einem heftigen Kampfe ſich gegenüberſtanden, ſo wollen wir unſere Betrachtung an die dort geführten Verhandlungen knüpfen[1]), die ſich überall ähnlich wiederholen. In der

1) Wir verweiſen z. B. auf die beſonders gedruckten Verhandlungen des preußiſchen Abgeordnetenhauſes vom 3. und 4. März 1863. Der Abgeordnete Peter Reichensperger vertrat damals mit wenigen Geſinnungsgenoſſen, aber mit großer Ueberlegenheit den Standpunkt des Rechtes, der zugleich der Standpunkt der Religion war. Dieſe Verhandlungen ſind auch jetzt noch überaus lehrreich.

Periode der neuen Aera drängte nämlich jene Partei planmäßig auf ein Schulgesetz; sogar die Budgetverhandlungen boten ihr in jedem Jahre zu diesem Drängen eine Veranlassung und das Ziel war ein Staatsschulsystem mit allen Consequenzen des Staatsabsolutismus auf dem Gebiete der Schule bis zu ihrer Trennung von der Religion. Nur die Verfassungskämpfe haben damals diesen Streit vertagt. Er wird aber unfehlbar überall wieder aufgenommen werden, wenn der Friede es gestattet, sich den inneren großen Fragen zuzuwenden. Wir haben daher in jenen Verhandlungen ein ganz getreues Bild der Schulfrage mit allen einschlägigen Zeitbestrebungen.

Fassen wir zunächst an der Hand der Gesetze und der factischen Verhältnisse die einfachen Wege zu ihrer Lösung ins Auge. Der Art. 15 der preußischen Verfassung bestimmt: „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.“ Durch den zweiten Theil dieser Verfassungsbestimmung ist offenbar den Religionsgesellschaften nicht nur das für ihre Unterrichtsanstalten fundirte Vermögen garantirt, sondern überhaupt der Fortbestand der vorhandenen Unterrichtsanstalten in ihrer historischen Beziehung zu den Religionsgesellschaften, wie er sich bis dahin ausgebildet hatte, und der

Genuß der für dieſe Anſtalten vom Staate bis dahin gewährten Unterſtützungen, der ohnehin, wenigſtens für alle katholiſche Anſtalten, faſt überall zugleich auf einem eigentlichen Rechtstitel beruhte. Damit iſt auch verfaſſungsmäßig anerkannt, daß es confeſſionelle Unterrichtsanſtalten geben ſoll und zwar nicht bloß confeſſionelle Elementarſchulen [1]), und ebenſo, daß es confeſſionelles Schulvermögen gibt. In allen dieſen Beſtimmungen liegen ſehr wichtige Momente zu einer gerechten befriedigenden Ordnung der Schulverhältniſſe. Für denſelben Zweck iſt auch der Art. 14 der Verfaſſungs-Urkunde von eminenter Bedeutung, welcher lautet: „Die chriſtliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zuſammenhange ſtehen, unbeſchadet der im Art. 12 gewährleiſteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt.“ Nach deutſcher Denkweiſe kann es nun wohl keine Frage ſein, daß Schulen, die für Chriſtenkinder eingerichtet werden, zu den „Einrichtungen des Staates“ gehören, die auch mit der Religionsübung

1) In den jüngſten Tagen haben uns die Verhandlungen in der preußiſchen Kammer daran erinnert, wie wichtig es iſt, daß die Schulfrage in Zukunft wie früher von den erfahrenen Juriſten der katholiſchen Partei behandelt werde und nicht von Männern, denen nur ſubjective Meinungen ohne die hinreichende juriſtiſche Bildung zur Seite ſtehen. Ein katholiſcher Prieſter hat nämlich keinen Anſtand genommen, den confeſſionellen Character aller Schulen, mit Ausnahme der Elementarſchulen, preiszugeben gewiß auch deßhalb weil ihm die juriſtiſche Präciſion fehlte. Das hätten die bedeutenden katholiſchen Juriſten, welche die verfaſſungsmäßigen Rechte der Kirche ſo ſiegreich vertheidiget haben, wahrlich nicht gethan.

zusammenhängen, und daß deßhalb ein für die Schulen bestimmtes Gesetz auch auf die Grundsätze der christlichen Religion verfassungsmäßig Rücksicht nehmen muß. Unmittelbar handeln von der Wissenschaft und den Schulen die Artt. 20—26. In Verbindung mit dem Gesagten bieten auch sie überall einen hinreichenden Anhalt zu einer befriedigenden Ordnung der Schulangelegenheiten. Der Art. 20 spricht das allgemeine Princip aus: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei." Der Art. 22 gibt die Grenzen an, in denen sich diese Freiheit zu bewegen hat: „Unterricht zu ertheilen und Unterrichts-Anstalten zu gründen und zu leiten, steht jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat." In der zweiten Hälfte dieses Satzes liegt nun freilich eine Möglichkeit, sowohl den Art. 20 über die Freiheit der Wissenschaft, als auch die erste Hälfte dieses Satzes über die Freiheit des Unterrichtes und Unterrichts-Anstalten zu gründen, wieder zu nichte zu machen. Das wäre aber offenbar ein Mißbrauch dieser Gesetzbestimmung und eine Entstellung ihres wahren Sinnes. Ihrem eigentlichen und wahren Sinne nach läßt sich dagegen die Berechtigung der hier festgestellten Beschränkung nicht verkennen. Ein paritätischer Staat, der keine Staatsreligion als solche anerkennt, muß eine gewisse Controle fordern, um den möglichen Mißbrauch der Unterrichtsfreiheit verhindern zu können. Wenn man verlangt, daß er diese Controle gänzlich weg-

fallen lasse der katholischen Kirche gegenüber, so verlangt man von dem paritätischen Staate zu viel und setzt den confessionellen Staat voraus. Es kömmt daher Alles darauf an, wie diese Beschränkung der Unterrichtsfreiheit geübt wird, welche Garantien für den Nachweis der „sittlichen, wissenschaftlichen und technischen Befähigung" gefordert werden. Für den Nachweis der technischen Befähigung müßten, um die Garantie zu haben, daß nur technische Gründe und nicht Interessen der Staatsschulen beim Urtheile maßgebend seien, gemischte Prüfungs-Commissionen bestellt werden. Für die Beurtheilung der sittlichen Befähigung dagegen würde der Staat den alten christlichen Confessionen gegenüber, denen die Mehrzahl seiner Unterthanen angehören, keine weitere Garantie fordern können, als daß eine Anstalt von ihnen gegründet und geleitet sei. Alles, was darüber hinausläge, wäre nicht mehr in der Sache begründet, sondern in antireligiösen Zeitrichtungen. Auch der Art. 23: „Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht der vom Staat ernannten Behörden" hat bei einer gerechten Schulgesetzgebung keine Bedenken, am wenigsten in Verbindung mit allen schon hervorgehobenen maßgebenden Bestimmungen, da dadurch weder ein Mitaufsichtsrecht der Kirche geleugnet, noch das Recht der Eltern an eine solche Einrichtung der Schule, die ihrem Gewissen entspricht, in Frage gestellt wird. Art. 24 bestimmt überdies bezüglich der Volksschule: „Bei der Ein-

richtung der öffentlichen Volksschulen sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen.“ Durch den Zusatz: „Den religiösen Unterricht in den Volksschulen leiten die betreffenden Religionsgesellschaften“ soll gewiß nicht entfernt ausgesprochen werden, daß sich auf diesen religiösen Unterricht das Verhältniß der Kirche zur Volksschule beschränken soll; vielmehr ist durch diesen Satz bestimmt, daß der religiöse Unterricht ausschließlich unter Leitung der Kirche steht, daß aber die Volksschule überhaupt eine confessionelle sein, und daß diese confessionelle Volksschule mit möglichster Berücksichtigung der Grundsätze der betreffenden Religion eingerichtet werden soll. In allen diesen Verfassungsbestimmungen liegen die Fundamentalsätze für das im Art. 26 der Verfassung in Aussicht genommene Gesetz für das ganze Unterrichtswesen, und wir nehmen keinen Anstand zu behaupten, daß wenn in redlicher Anwendung dieser Fundamentalgrundsätze ohne Vorurtheile, ohne Parteistellung und mit Wohlwollen das künftige Unterrichtsgesetz entworfen wird, dadurch die Grundlagen für einen dauernden inneren Frieden in den Schulangelegenheiten leicht gewonnen werden können.

Das will aber jene Partei nicht. Sie will kein Schulgesetz nach Recht und Gesetz, nach dem Gewissen und den Bedürfnissen des christlichen Volkes, sondern sie strebt nach einem solchen, das geeignet ist, mit Verletzung aller göttlichen und menschlichen Rechte die Schule von der Religion, vom Christenthum, von der Kirche zu trennen und sie zu

einer Anſtalt der Entchriſtlichung des Volkes zu machen. Was wir von ihr zu erwarten haben, darüber ſind jene Verhandlungen zur Zeit der neuen Aera überaus lehrreich; da hat ſie ein wahres Glaubensbekenntniß abgelegt. Ihr erſter Sprecher war Herr Profeſſor Dr. v. Sybel. Ihre Anſicht beherrſchte damals mit einigen Ausnahmen das ganze Haus. Obwohl die Verfaſſungsurkunde nur wenige Jahre vor dieſen Verhandlungen erlaſſen war und obwohl gerade dieſe Partei es iſt, die immer mit dem Glanze der Verfaſſungstreue prunkt, ſo war es doch den vortrefflichen katholiſchen Männern, die an dieſen Verhandlungen theilnahmen, nicht möglich, ihre Gegner aus der ſchwindelnden Höhe ihrer Schuldoctrinen auf den Boden der Thatſachen, des Rechtes und der Verfaſſungsbeſtimmungen herabzuziehen. Es war ein eigenes Schauſpiel zu ſehen, wie dieſelben ihre Gegner mit logiſcher Gewalt immer wieder auf den geſetzlichen Boden hinwieſen, und wie die Letztern dagegen gleichſam von einer geheimnißvollen Gewalt in den leeren Raum geworfen, ſtets wieder zu dem Strom ihrer doctrinären Phraſen zurückkehrten. Der Gott dieſer Bildung iſt der Staat und die Staatsgewalt; ſie hat für dieſe Herren alle Attribute, die der Chriſt dem lieben Herr Gott beilegt; ſie iſt der einzige Lehrer und die einzige wahre Eigenthümerin aller Schulen; ſie allein gibt deßhalb auch Anderen das Recht zu lehren, und ſie allein iſt in der öffentlichen Schule berechtigt. Daß die Wiſſenſchaft ſich mit

der Wahrheit beſchäftigt und daß deßhalb eine Staatsgewalt, die in der That als der Ausfluß aller Lehrberechtigung angeſehen werden ſollte, zuerſt in dem Vollbeſitz aller Wahrheit ſein, ein wahrhaft unfehlbares Lehramt beſitzen müßte; daß es überhaupt gar keinen lehrenden Staat gibt, ſondern nur eine von Menſchen, die ſelbſt dem Irrthum unterworfen ſind, geübte Staatsgewalt; daß die Schulen nicht Eigenthum irgend eines dirigirenden Miniſters ſind, ſondern Anſtalten, die mit dem Gelde des chriſtlichen Volkes unterhalten werden, für ſeine Kinder beſtimmt ſind und nach ſeinem Gewiſſen eingerichtet werden müſſen — das Alles will dieſer Parteigeiſt nicht erkennen; ihm iſt die Schule eine Parteianſtalt, um Parteianſichten, namentlich um den Unglauben zu befördern, von dem er ſelbſt erfüllt iſt, und um die Schule ſo behandeln zu können, hat er ſich dieſes Syſtem des abſolut lehrenden Staates ausgedacht, das ihm eine bequeme Maſchine werden ſoll, um ſeine ſogenannte Bildung zu verbreiten. Wie groß aber die Gefahr iſt, welche von dieſer Seite droht, erhellt auch daraus, daß alle Anträge, die zur Zeit der neuen Aera im Abgeordnetenhauſe von ihr geſtellt wurden, z. B. der Antrag, die höheren Unterrichtsanſtalten ihres confeſſionellen Charakters zu berauben, mit großer Mehrheit angenommen wurden. Wenn es dieſer Partei je gelingen ſollte, auf die Geſetzgebung in Preußen oder in den übrigen deutſchen Staaten Einfluß zu gewinnen und ihr Ziel, die religionsloſe Schule,

die Lehranſtalt des Unglaubens, durchzuſetzen, dann würde der Staat einen heilloſen Kampf mit dem Gewiſſen der chriſtlichen Eltern und des chriſtlichen Volkes beginnen. Das wäre ein Eingriff in das innerſte Heiligthum der Gewiſſen, das wäre ein Verſuch, unſer Volk durch Staatseinrichtungen gewaltſam vom Chriſtenthum zu trennen. Wenn die Verfaſſungsſtreitigkeiten dieſes Beſtreben nicht unterbrochen hätten, ſo würde es in jeder Sitzung des Abgeordnetenhauſes und bei jedem betreffenden Budgetpoſten wieder aufgenommen worden ſein, ſo ſelbſtbewußt iſt ſich dieſe Partei und mit ſolcher Planmäßigkeit verfolgt ſie ihre Wege. Es ſteht wohl zu befürchten, daß ſie damit bald möglichſt wieder beginnen wird.

Es wird daher die Zukunft weſentlich von der Behandlung der Kirchen- und Schulfrage abhängen. Die Kirchen- und die Schulfrage iſt der eigentliche Kampfplatz der großen liberalen Partei, der Fortſchrittspartei und der Logen. Leider ſind wir gezwungen anzunehmen, daß es unter ihnen Menſchen gibt, die den inneren Frieden in Deutſchland nicht wollen, weil ſie nur in dem Parteigewühl der inneren Kämpfe ihre Intereſſen gewahrt ſehen. Möge der verderbliche Einfluß dieſer ſyſtematiſchen Friedensſtörer fern gehalten werden. Sie ſind die inneren Feinde Deutſchlands.

XII.

Liberalismus, — Encyklica vom 8. Dezember 1864.

Wir haben uns bezüglich der Staaten, die dem Nordbund angehören oder ihm beitreten werden, für eine Regelung der kirchlichen Verhältnisse im Sinne der preußischen Verfassungsurkunde ausgesprochen. Es wird daher nunmehr angemessen sein, zu untersuchen, ob eine solche Stellung der Kirche nicht mit ihren Grundsätzen und namentlich mit denen der Encyklica vom 8. Dezember 1864 und des ihm angehängten Syllabus im Widerspruch stehe. Ueberhaupt scheint es uns zur Beruhigung der Gewissen vieler Katholiken, die durch ihre Stellung den Beruf haben, an den Fragen des öffentlichen Lebens Antheil zu nehmen, nützlich, zu untersuchen, wie weit sie den Zeitforderungen gegenüber bei Anerkennung der Gewissensfreiheit und einer

paritätiſchen Stellung verſchiedener Religionsbekenntniſſe im Staate gehen können, ohne kirchliche Grundſätze zu verletzen, insbeſondere jene, welche dieſe berühmte Encyklica mit ihrem Anhange enthält. Es beſteht hierüber noch vielfache Unklarheit zur Beunruhigung der Gewiſſen und zum Nachtheil der Wahrheit. Namentlich können wir es nicht für gerechtfertigt halten, ohne vorher den Sinn der betreffenden Sätze aus dem Syllabus genau zu beſtimmen und ohne feſtzuſtellen, was eigentlich als irrig verworfen iſt, ſofort zu allgemeinen Erörterungen überzugehen, unter dem Scheine, als ob das alles Lehre des apoſtoliſchen Stuhles ſei und in der Encyklica ſtehe. Daraus entſtehen Irrthümer und es kann geſchehen, daß dann Anſichten als irrig und durch die Encyklica verworfen gehalten werden, die weder verworfen, noch irrig ſind. Die kirchliche Wiſſenſchaft dringt überall auf volle Klarheit bis auf den letzten Wortſinn, und je heiliger ihre Autorität iſt, deſto mäßiger iſt ſie in ihrem Gebrauch, deſto ferner liegt es ihr, Menſchen- und Schulmeinungen in den Bereich ihrer autoritativen Beſtimmungen hineinzuziehen.

Wir haben aber zu dieſer Erörterung noch eine beſondere Veranlaſſung. In einer früheren Schrift[1]) ſprachen wir nämlich in dem Abſchnitt über „Religionsfreiheit und

1) Freiheit, Autorität und Kirche. Erörterungen über die großen Probleme der Gegenwart. Mainz 1862. S. 155.

die katholische Kirche" den Satz aus: „Es steht kein kirchlicher Grundsatz fest, welcher einen Katholiken behinderte, der Meinung zu sein, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Staatsgewalt am besten thue, mit der gleich zu erwähnenden Beschränkung (Leugnung des persönlichen Gottes und Gefährdung der Sittlichkeit) volle Religionsfreiheit zu gewähren." Einige Jahre später führt nun der Verfasser einer Schrift über die Encyklica [1]), bei Besprechung der Sätze 77—79 des Syllabus, ohne uns zu nennen, die bezeichneten Worte aus unserer Schrift an mit dem Bemerken: „Diesen Sätzen gegenüber kann man heute wohl nicht mehr sagen, wie es mehrfach gesagt worden ist: „Es steht kein kirchlicher Grundsatz fest u. s. w." — wonach also unsere Behauptung nach Veröffentlichung des Syllabus nicht mehr haltbar wäre. Auch die historisch-politischen Blätter [2]) besprechen diese Wiener Broschüre sammt deren Hindeutung auf unsere Schrift, indem sie zugleich unserem Satz eine mildere Deutung geben wollen, ohne mit der nöthigen Schärfe das, worauf es hier ankömmt, hervorzuheben. Um so mehr glauben wir, daß die Erörterung dieser Frage hier von allgemeiner Bedeutung ist.

---

1) Der Papst und die modernen Ideen. II. Heft. Die Encyklica vom 8. Dezember 1864. Nebst einem Vorworte von P. Clemens Schrader S. J. Wien 1865. S. 33.

2) Band 25. S. 240.

Wir werden bei derſelben zunächſt die betreffenden Sätze des Syllabus und der Encyklica wortgetreu wiedergeben und dann beſtimmen, welche Anſicht hier als irrig bezeichnet iſt. Zur Vergleichung werden wir den lateiniſchen Text in der Note beifügen und zugleich durch geſperrte Schrift jene Worte hervorheben, die uns die entſcheidenden ſcheinen. Die Aufmerkſamkeit auf dieſe entſcheidenden Worte würde bei einem Vergleiche einiger Ueberſetzungen des Syllabus ergeben, wie oft deren Verfaſſern die klare Einſicht fehlte, worauf es eigentlich ankomme, worin das Irrige liege. Bei den Schriften über den Syllabus iſt namentlich nicht immer hinreichend berückſichtigt worden, was zum genauen Verſtändniß überaus wichtig iſt, daß alle Sätze deſſelben aus früheren Allocutionen und Ausſchreiben des heiligen Vaters, die bei den verſchiedenſten Veranlaſſungen ergangen waren, entnommen ſind, auf welche auch bei jedem einzelnen Satze ausdrücklich hingewieſen wird, und daß daher der eigentliche und wahre Sinn nur aus dem Zuſammenhang, in welchem jene Sätze vorkommen, gefunden werden kann. Darum wurde auch bald nach Erlaß des Syllabus eine amtliche Ausgabe des vollſtändigen Textes aller jener Documente[1]) veranſtaltet und im Vorworte ausdrücklich eingeſchärft, daß zur Feſt-

1) Acta SS. D. N. Pii PP. IX., ex quibus excerptus est syllabus editus VIII. Dec. 1864. Romae 1865.

ſtellung des wahren Sinnes, in welchem jene Sätze verworfen ſind, jene früheren Erlaſſe zur Vergleichung benutzt werden müſſen[1]). Wir werden dieſen Weg einſchlagen, um zu beſtimmen, welche Meinungen wir bezüglich der ſtaatlichen Gewiſſensfreiheit, des Liberalismus ꝛc. als irrig zu vermeiden haben.

Die Sätze des Syllabus, die hier in Betracht kommen, haben die gemeinſchaftliche Ueberſchrift: „§. 10. Irrthümer, die ſich auf den Liberalismus beziehen.“ Damit ſoll alſo nicht Alles, was man etwa Liberalismus nennen kann, als Irrthum bezeichnet, ſondern nur ausgeſprochen werden, daß in dieſem Syſtem Irrthümer vorkommen, die vermieden werden müſſen. Der erſte Satz lautet nun:

„In unſerem Zeitalter iſt es nicht mehr zuträglich, daß die katholiſche Religion als einzige Staatsreligion unter Ausſchluß aller übrigen Religionsübungen gelte[2]).“

Die Allocution, aus welcher dieſe Stelle entnommen iſt, hat der heilige Vater am 26. Juli 1855 gehalten und bezieht ſich auf Spanien. In dieſem ganz katholiſchen Lande waren die althergebrachten Rechte der Kirche zuletzt

1) Eas (Litteras encyclicas et Allocutiones) conferre omnino oportet, siqui verum sensum, in quo illae sententiae pontificia auctoritate perstringuntur elicere velint. Ibid. pag. V.

2) LXXVII. Aetate hac nostra non amplius expedit, religionem catholicam haberi tamquam unicam Status religionem, ceteris quibuscumque cultibus exclusis.

Alloc. *Nemo vestrum* 26. Julii 1855.

im Jahre 1851 geregelt und das neue Uebereinkommen als Staatsgrundgesetz bekannt gemacht worden. In dieser Uebereinkunft war, wie der heilige Vater sagt, „unter verschiedenen Bestimmungen zum Schutze der katholischen Region vor Allem festgestellt, daß diese Religion mit Ausschluß aller anderen Religionsübungen als alleinige Religion der spanischen Nation fortbestehen und deßhalb wie bisher im ganzen spanischen Reiche mit allen ihren Rechten und Privilegien als solche erhalten werden solle[1])." Diesem feierlichen Vertrage entgegen wurde einige Jahre später einseitig dieses ganze Rechtsverhältniß der Kirche beseitigt. Gegen diese offenbare Rechtskränkung protestirt nun der heilige Vater in jener Allocution, welcher der Satz des Syllabus entnommen ist. Wir haben die betreffende Stelle oben mitgetheilt. Daraus ergibt sich der Sinn derselben von selbst. Durch jenes Concordat mit Spanien vom Jahre 1851, in welchem die katholische Kirche als Staatsreligion anerkannt wurde, war ausgesprochen, daß auch in unserem Zeitalter es noch Verhältnisse geben könne, wo die katholische Kirche auf diese Stellung ein wohlbegründetes

1) Neque Vos latet, quomodo in eadem Conventione inter plurima, quae statuta fuerunt ad catholicae religionis rationes tuendas, cautum in primis fuerit, ut ipsa augusta religio, quocumque alio cultu excluso, pergens esse sola religio hispanicae Nationis, esset ut antea in universo Hispaniarum Regno conservanda cum omnibus juribus et praerogativis.

Recht habe. Solche Verhältniſſe waren in Spanien vorhanden, in dieſem ausſchließlich katholiſchen Lande mit ſeinem katholiſchen Regentenhauſe und ſeinem alten Rechte. Der Satz des Syllabus hat alſo keinen anderen Sinn, als daß die Behauptung, daß es in unſerem Zeitalter für kein Land mehr angemeſſen und förderlich ſei, die katholiſche Kirche als Staatsreligion mit Ausſchluß aller übrigen Religionsübungen anzuerkennen, im Widerſpruch mit dem Verfahren des apoſtoliſchen Stuhles ſtehe und irrig ſei. Jedes Hinausgehen über dieſen Sinn liegt nicht im Syllabus und vor Allem wäre es deßhalb abſolut willkürlich, ihm den Sinn zu unterſtellen, als ob es in der Abſicht des heiligen Vaters liege, damit auszuſprechen, daß in allen Ländern die katholiſche Religion mit Ausſchluß der übrigen Religionsbekenntniſſe Staatsreligion ſein müſſe.

Der folgende Satz des Syllabus, der verworfen wird, lautet:

„In lobenswerther Weiſe iſt daher in gewiſſen katholiſchen Ländern Allen, die dorthin einwandern, geſetzlich garantirt worden, daß die öffentliche Uebung der eigenen Religion jedem zuſtehe [1])."

---

1) LXXVIII. Hinc laudabiliter in quibusdam catholici nominis regionibus lege cautum est, ut hominibus illuc immigrantibus liceat publicum proprii cujusque cultus exercitium habere.

Alloc. *Acerbissimum* 27. Sept. 1852.

Die Allocution, welcher dieſer Satz entnommen iſt, bezieht ſich auf die Republik Neu-Granada in Süd-Amerika und wurde am 27. September 1852 gehalten. Er bezieht ſich alſo erſtens wieder auf ein ganz katholiſches Land. Papſt Gregor XVI. hatte dieſer kleinen Republik eine beſondere Liebe zugewendet und ſogar einen eigenen Nuntius hingeſandt. In Folge einer der vielen dort vorkommenden Staatsumwälzungen kam plötzlich ein ganz radicales Element an die Spitze, durch welches alsbald die Kirche ihrer ganzen Rechtsſtellung beraubt und überdies gleichzeitig alle Freiheiten und zwar in der ausgedehnteſten Weiſe proclamirt wurden. Der heilige Vater tadelt nun in jener Allocution alle dieſe Rechtsverletzungen und zählt unter dieſen tadelnswerthen neuen Geſetzesbeſtimmungen auch die auf (und dieſe Stelle bezieht ſich auf den Satz des Syllabus), „daß Allen eine unbeſchränkte Freiheit gewährt ſei, jeden Gedanken und alle abenteuerlichen übertriebenen Meinungen durch den Druck verbreiten und ſich ſowohl im Privatleben als öffentlich zu jeder Religionsübung, welche ſie auch immer ſein möge, bekennen zu dürfen[1])."

Hier ſehen wir wieder, wie nothwendig es iſt, den Syllabus in ſeinem Zuſammenhange aufzufaſſen und nicht

1) Et omnimodam omnibus tribui libertatem, ut quisque suas cogitasiones ac monstrosa quaeque opinionum portenta typis quoque in vulgus edere et privatim publiceque quemlibet cultum profiteri valeat.

ohne Rückſicht auf denſelben herauszudeuten, was jedem beliebt. Der heilige Vater ſagt alſo, daß eine unbeſchränkte Preßfreiheit und ebenſo eine unbeſchränkte Freiheit öffentlicher Religionsübung unſtatthaft ſei; er ſagt dies den Bewohnern eines katholiſchen Staates, und indem er dieſe Stelle im Syllabus aufnimmt, ſpricht er, wenn wir den Sinn ganz auf ſeinen eigentlichen Inhalt reduciren wollen, lediglich und allein aus, daß es keine lobenswerthe Maßregel gewiſſer katholiſchen Länder geweſen ſei, unbedingte Freiheit der öffentlichen Uebung jedweder Religion geſetzlich zu gewährleiſten, und zwar nicht bloß für die anſäßigen Staatsangehörigen, ſondern ſelbſt noch für alle beliebigen Einwanderer. Wir dürfen aber dieſen Satz auch auf alle Staaten anwenden und behaupten, daß kein Staat der Welt die unbedingte Preßfreiheit und die unbedingte freie öffentliche Religionsübung zugeſtehen kann und zugeſtehen wird. Selbſt Nord-Amerika geſteht den Mormonen nicht das Recht der unbedingten freien öffentlichen Religionsübung zu. Der heilige Vater ſpricht alſo hier einen nicht bloß vom Standpunkt der Religion, ſondern vom Standpunkt der allgemeinen Menſchenvernunft allgemein gültigen Satz aus[1]).

---

1) Wir bitten hierüber in dem ſo überaus lehrreichen Werke von Walter: Naturrecht und Politik im Lichte der Gegenwart, Bonn 1853, S. 490 ff. nachzuleſen, wo gezeigt wird, daß alle neueren Staatsrechts-Lehrer darin einverſtanden ſind, daß es gewiſſe Grenzen der

Der dritte verworfene Satz lautet:

„Denn es ist falsch, daß die staatliche Freiheit jeglicher Religionsübung, deßgleichen die allen gewährte volle Freiheit, alle beliebigen Meinungen und Ansichten öffentlich bekannt zu machen und zu verbreiten, dazu führe, die Sitten und Gesinnungen der Völker desto leichter zu verderben und die Pest des Indifferentismus zu verbreiten [1])."

Dieser Satz ist so einfach und spricht so sehr nur den Gedanken des einfachsten natürlichen Menschenverstandes und des schlichtesten Sittengefühles aus, daß er kaum einer Erklärung bedarf. Er ist entnommen der Allocution vom 15. Dezember 1856, die sich auf Mexiko und die damals dort gleichfalls in der allerradicalsten Weise proponirte Constitution bezieht. Insbesondere hebt der heilige Vater hervor, daß „um die Sitten und Gesinnungen des Volkes um so leichter zu verderben und die verabscheuungswürdige

---

freien Religionsübung geben müsse. Walter führt dort auch namentlich die Worte aus Trendelenburg's Naturrecht §. 172 an: „Es hat die Möglichkeit, verschiedene Religionen in sich zu dulden, für jeden Staat seine Grenzen u. s. w." Wir wissen denen, die sich über alle Fragen der Politik gründlich unterrichten wollen, kein besseres Buch anzuempfehlen, als das genannte von Walter.

1) Enimvero falsum est, civilem cujusque cultus libertatem itemque plenam potestatem omnibus attributam quaslibet opiniones cogitationesque palam publiceque manifestandi conducere ad populorum mores animosque facilius corrumpendos ac indifferentismi pestem propagandam.

Alloc. *Numquam fore* 15. Dec. 1856.

Pest des Indifferentismus zu verbreiten und dadurch unsere heilige Religion zu beschädigen, die freie Uebung jeglicher Religion zugelassen und allen die unbeschränkte Befugniß eingeräumt werde, alle beliebigen Meinungen und Ansichten zu veröffentlichen und zu verbreiten[1]." Was ist nun hier als irrig bezeichnet? Lediglich die Meinung, daß unbeschränkte Freiheit öffentlicher Religionsübung und unbeschränkte Preßfreiheit unschädlich für die Sitten und für die Gesinnungen der Völker sei. Es wird sich aber auch wohl schwerlich ein Mensch finden, der dieser Behauptung des heiligen Vaters zu widersprechen wagte, und jedenfalls findet sie in allen europäischen Staaten und Gesetzgebungen die vollkommenste Bestätigung und Anwendung.

Wir stehen jetzt schon am letzten Satz der in den Syllabus aufgenommenen Irrthümer des Liberalismus, dessen Inhalt so lautet:

„Der Papst kann und muß sich mit dem s. g. Fortschritt, mit dem Liberalismus und mit der modernen Civilisation aussöhnen und vergleichen[2]."

---

1) Et ad populorum mores animosque facilius corrumpendos ac detestabilem teterrimamque indifferentismi pestem propagandam ac sanctissimam nostram religionem convellendam admittitur liberum cujusque cultus exercitium et omnibus quaslibet opiniones cogitationesque palam publiceque manifestandi plena tribuitur potestas.

2) LXXX. Romanus pontifex potest ac debet cum progressu, cum liberalismo et cum recenti civilitate sese conciliare et componere. Alloc. *Jamdudum cernimus* 18. mart. 1861.

Wir haben uns in der Ueberſetzung, wie unſere Leſer bemerken werden, eine kleine Freiheit erlaubt durch Beifügung des Wörtchens „ſogenannt;“ dieſelben werden ſich aber ſofort davon überzeugen, wie wohlbegründet dieſe Beifügung war, um den wahren Sinn des Satzes des Syllabus hervorzuheben. Gerade hier ſehen wir in ganz beſonderer Weiſe, wie nothwendig es ſei, die Sätze des Syllabus in ihrem betreffenden Zuſammenhang zu betrachten, da dieſer Satz ſeinem einfachen Wortlaute nach und ohne Vergleich mit dem urſprünglichen Zuſammenhang eine total falſche, der Abſicht des heiligen Vaters geradezu entgegengeſetzte Deutung erfahren könnte [1]), als ob nämlich ein Zuſammengehen der katholiſchen Kirche mit dem wahren Fortſchritt und mit jeder Art liberaler Geſinnung abgelehnt würde; davon war aber der heilige Vater weit entfernt. Dieſer Satz des Syllabus iſt entnommen jener erhabenen Allocution vom 18. März 1861, welche ſich zunächſt auf die Verhältniſſe in Italien, ſodann auch auf die ganze Weltlage und die in ihr kämpfenden geiſtigen Grundrichtungen bezieht. Wir können nur jene Gedanken hervorheben, die zur Beleuchtung des Sinnes des

1) H. Denzinger gibt in ſeinem geſchätzten Werke: Enchiridion Symbolorum et definitionum pag. IX. über die Interpretation der verworfenen Lehrſätze folgende, hier ganz zutreffende Regel an:

Multae etiam sunt propositiones, quae si ad verba sola respicias, sensum sanum admittant, in sensu tamen auctoris, in quo damnantur, perversae sunt atque rejiciendae. Qui sensus igitur vel ex dogmatum historia vel ex systematis damnati nexu desumendus erit.

Satzes des Syllabus nothwendig ſind. Es beſtehe, ſagt der heilige Vater, in unſerer Zeit ein ſchwerer Kampf zwiſchen der Wahrheit und dem Irrthume, zwiſchen der Tugend und dem Laſter, zwiſchen dem Lichte und der Finſterniß in der bürgerlichen Geſellſchaft. Man ſtelle da gewiſſe Forderungen der angeblichen modernen Civiliſation auf und namentlich verlange man, daß der römiſche Papſt ſich mit dem Fortſchritte, mit dem Liberalismus und dadurch mit dieſer modernen Civiliſation verſöhne und vergleiche. Er geht dann dazu über, zu zeigen, welcher Mißbrauch mit dieſen Worten getrieben werde und wie darin ein Geiſt ſich geltend mache, der dem ſcheinbar guten Sinne dieſer Worte geradezu widerſpreche; namentlich hebt er hervor, daß dieſe moderne Civiliſation, während ſie allen Religionsübungen Freiheit gewähre, den Inſtituten der katholiſchen Kirche, ihren geiſtlichen Genoſſenſchaften und den Dienern der Kirche dieſe Freiheiten verweigere; daß dieſelbe moderne Civiliſation, während ſie alle möglichen nichtkatholiſchen Unternehmungen unterſtütze, der katholiſchen Kirche ſogar ihr rechtmäßiges Eigenthum entziehe; daß dieſelbe moderne Civiliſation, während ſie die ungemeſſenſte Preßfreiheit dulde, welche die Kirche beſchimpfe und die Sittenloſigkeit immer mehr verbreite, gleichzeitig jeder Lebensthätigkeit der Kirche den feindſeligſten Widerſtand entgegenſetze; während ſie Alle ſtraflos mache, in Beſtrafung kirchlicher Perſonen alles Maß der Strenge überſchreite. Einer

ſolchen Civiliſation könne nimmermehr der römiſche Papſt die Hand zur Verſöhnung reichen, mit ihr nie ein Band der Einigkeit ſchließen. Man möge, fährt der heilige Vater fort, den Dingen ihren wahren Namen wieder zurückgeben. Der heilige Stuhl ſei immer der Beſchützer und Beförderer der wahren Civiliſation geweſen: das bezeuge die Geſchichte. Wenn man aber unter dem Worte Civiliſation ein auf die Beſchädigung, ja Vernichtung der Kirche Chriſti berechnetes Syſtem verbergen wolle, ſo könne der heilige Stuhl und der römiſche Biſchof freilich mit einer ſolchen Civiliſation ſich nimmermehr verſtändigen. Das Angegebene genügt vollkommen, um den Syllabus zu verſtehen. Der heilige Vater iſt weit davon entfernt, eine Verſöhnung mit dem wahren Fortſchritt und mit der wahren Civiliſation als unmöglich für die katholiſche Kirche behaupten zu wollen, im Gegentheile — und jede Kundgebung des heiligen Vaters und der katholiſchen Kirche iſt deſſen Zeuge: die katholiſche Kirche iſt und bleibt, wie er ſo ſchön ſagt, Patrona et Altrix, die Patronin und Ernährerin der wahren Civiliſation für alle Zeiten; aber jenes Lügenſyſtem, das ſich Fortſchritt nennt, um gegen jeden ſittlichen Fortſchritt zu kämpfen; das ſich Liberalismus nennt, um die Freiheit des Guten zu hindern, um die Freiheit des Böſen zu fördern; das ſich Civiliſation nennt, um die chriſtliche Religion rückgängig zu machen und uns wieder allen Greueln des Heidenthums zuzuführen, hat der heilige Vater mit jenem

Sätze des Syllabus zeichnen und verwerfen und die Katholiken darauf aufmerksam machen wollen, ein wie heilloses Lügenspiel mit Worten getrieben wird und wie nöthig es daher für sie sei, überall zu unterscheiden, in welchem Sinne die Worte in der Welt gebraucht werden, wenn sie nicht der Spielball des Lügengeistes werden und jeder Täuschung sich hingeben wollen. Wir glauben dadurch vollkommen gerechtfertigt zu sein, wenn wir in der Uebersetzung des Syllabus das Wort „sogenannt" eingeschaltet haben.

Den Sätzen des Syllabus, die sich auf unseren Gegenstand beziehen, wollen wir der Vollständigkeit wegen noch den folgenden beifügen:

„Die Kirche ist vom Staat und der Staat von der Kirche zu trennen[1])."

Die Erklärung gibt sich hier wiederum von selbst. Der Papst verwirft die Lehre, welche auf eine totale Trennung zwischen Kirche und Staat hinzielt. Der heilige Vater spricht hier in Bezug auf den Staat den Grundgedanken der ganzen Allocution vom 8. Dezember 1864 aus; indem die wesentliche Bedeutung derselben in dem Nachweise liegt, daß alle menschlichen Verhältnisse und das ganze menschliche Leben in allen seinen Thätigkeiten mit der Religion verbunden, von der Religion getragen sein soll. Diesen Gedanken verfolgt der heilige Vater durch alle Thä-

1) LV. Ecclesia a Statu Statusque ab Ecclesia sejungendus est. Alloc. *Acerbissimum* 27. Septembris 1852.

tigkeiten des Menſchen, von ſeiner rein individuellen Denkthätigkeit angefangen, bis zu ſeinen letzten ſocialen Beziehungen. In Anwendung auf den Staat heißt dann dieſer Grundſatz ſo, wie er im Syllabus formulirt iſt. Wir wollen ihn noch in Verbindung bringen mit einigen andern der Encyklica vom 8. Dezember 1864. Dort verwirft der heilige Vater als abſurd und gottlos den Satz:

„Die beſte Staatsform und der bürgerliche Fortſchritt fordere durchaus, daß die menſchliche Geſellſchaft conſtituirt und regiert werde ohne jegliche Rückſicht auf die Religion; gerade als ob eine ſolche gar nicht exiſtirte oder wenigſtens ohne zwiſchen der wahren Religion und falſchen Religionen einen Unterſchied zu machen[1])."

Hier verwirft der heilige Vater lediglich und allein, was oben im Satz des Syllabus ausgeſprochen iſt, nämlich die volle Trennung zwiſchen der bürgerlichen Geſellſchaft und der Religion, oder den religionsloſen Staat; ja um noch genauer zu ſprechen, wird hier direct und unmittelbar eigentlich nur die Anſicht, daß der religionsloſe Staat ſogar die beſte Staatsform ſei, die am meiſten dem Weſen des Staates entſpreche und deßhalb überall erwirkt werden müſſe, verworfen.

---

1) Optimam societatis publicae rationem civilemque progressum omnino requirere, ut humana societas constituatur et gubernetur nullo habito ad religionem respectu, ac si ea non existeret, vel saltem nullo facto veram inter falsasque religiones discrimine.

Dahin gehört ferner der folgende Satz derſelben Encyklica, in welchem der heilige Vater die Lehre als irrig bezeichnet: „Jener Staat ſei am Beſten beſtellt, in welchem der Regierung nicht die Pflicht obliegt, diejenigen, welche die katholiſche Religion beſchädigen, durch geſetzliche Strafen in Schranken zu halten, als nur inſoweit dies das Intereſſe der öffentlichen Ordnung verlangt [1])."

Es wäre wieder eine ganz willkürliche, den unmittelbaren Sinn verlaſſende Deutung dieſer Stelle, daß hier der heilige Vater für die Kirche einen Schutz durch Staatszwang in Anſpruch nehme von allen Regierungen, wie er in jenen Staaten etwa der Kirche geleiſtet worden iſt, wo die katholiſche Kirche mit Ausſchluß anderer Religionsgeſellſchaften als alleinige Staatsreligion anerkannt worden war; während lediglich wieder die Anſicht verworfen wird, daß die Kirche als ſolche auch den allgemeinen Staatsſchutz nicht genießen dürfe und daß dieſe totale Rechtloſigkeit der Kirche als ſolcher — denn ein Schutz lediglich im Intereſſe des öffentlichen Friedens iſt nicht ein Rechtsſchutz der Kirche, ſondern nur ein Rechtsſchutz der Einwohner überhaupt gegen die Störungen des Friedens — ſogar die vollkommenſte Staatsform ſei, zum Weſen des beſten Staates gehöre. Wir haben in dieſem Irrthume lediglich eine Conſequenz

1) Optimam esse conditionem societatis, in qua Imperio non agnoscitur officium, coercendi sancitis poenis violatores catholicae religionis, nisi quatenus pax publica postulet.

des Systemes des absolut religionslosen Staates vor uns, die wohl in den Köpfen einiger Fanatiker der Gottlosigkeit vorhanden ist, aber mit unseren wirklichen Zuständen noch nichts zu thun hat.

Wir stehen jetzt vor der letzten Stelle der Encyklica, welche sich mit unserer Frage beschäftigt. Im Anschluß an die Bulle Gregor's XVI. verwirft der heilige Vater die Lehre: „Die Freiheit des Gewissens und der öffentlichen Religionsübung sei ein, jedem Menschen eigenes Recht, welches in jedem wohlgeordneten Staate durch ein Gesetz anerkannt und geschützt werden müsse, und jeder Bürger besitze die unbedingte, durch keine, sei es kirchliche, sei es bürgerliche Autorität zu beschränkende Freiheit, seine Gedanken, welche immer sie seien, sowohl mündlich, als durch die Presse und auf jede andere Weise öffentlich kund zu geben und zu verbreiten [1])."

Dieser Satz hängt mit mehreren der früher erklärten Sätze des Syllabus zusammen und ist nach dem Gesagten selbstverständlich. Darnach ist eine Gewissensfreiheit in dem Sinne unbeschränkter öffentlicher Religionsübung nicht ein unveräußerliches Menschenrecht, das in jedem geordneten

1) Libertatem conscientiae et cultuum esse proprium cujuscunque hominis jus, quod lege proclamari et asseri debet in omni recte constituta societate et jus civibus inesse ad omnimodam libertatem, nulla vel ecclesiastica vel civili auctoritate coarctandam, quo suos conceptus quoscunque sive voce, sive typis, sive alia ratione palam publiceque manifestare, ac declarare valeant.

Staate jedem Bürger ohne Ausnahme gewährleiſtet ſein müßte; oder mit andern Worten es iſt ein Irrthum zu ſagen, daß unbeſchränkte Gewiſſensfreiheit in Verbindung mit unbeſchränkter Preßfreiheit ein unveräußerliches Menſchenrecht ſei, das in jedem geordneten Staate jedem Bürger durch das Geſetz gewährleiſtet werden müſſe, ohne von irgend einer Autorität behindert werden zu dürfen.

Wenn wir nun alle in dem Syllabus und in der Encyllica in der Hinſicht, die uns beſchäftigt, verworfene Irrthümer überſichtlich zuſammenfaſſen wollen, ſo ergibt ſich folgendes Reſultat:

Der Papſt verwirft durchaus und in allen Conſequenzen den religionsloſen Staat;

Er verwirft in Folge deſſen eine geſetzliche Ordnung, wodurch der Kirche der allgemeine Rechtsſchutz, der zum Weſen des Staates gehört, entzogen wird;

Er verwirft die Anſicht, daß es für kein Land mehr zuträglich ſei, die katholiſche Kirche mit Ausſchluß aller anderen Religionsübungen als Staatsreligion anzuerkennen;

Er verwirft ſchrankenloſe öffentliche Religionsübung;

Er verwirft die Anſicht, daß ſchrankenloſe Freiheit, alles drucken und verbreiten zu dürfen, unſchädlich für die Sitten und die Geſinnung der Völker ſei;

Er erklärt, daß es einen falſchen Fortſchritt, einen falſchen Liberalismus und eine falſche moderne Civiliſation gebe, denen wir Katholiken nicht beiſtimmen dürften.

Das iſt Alles, was die Encyklica und der Syllabus in dieſer Hinſicht als irrthümlich bezeichnet.

Wenden wir dieſe Grundſätze noch kurz auf die beiden Fragen an, ob hiernach der Satz, welchen wir in unſerer Schrift „Freiheit, Autorität und Kirche“ aufgeſtellt haben, nach Veröffentlichung des Syllabus nicht mehr gelehrt werden dürfe und ob wir berechtigt ſind, Gewiſſensfreiheit und Parität in dem Sinne der preußiſchen Verfaſſungsurkunde für den Nordbund und die betreffenden deutſchen Staaten als die beſte Regulirung der kirchlichen Verhältniſſe für dieſe Länder anzuſehen.

Die Antwort auf beide Fragen ſcheint uns hiernach leicht.

Wir glauben mit vollem Rechte unſere Behauptung wiederholen zu dürfen, daß kein kirchlicher Grundſatz beſteht, welcher einen Katholiken behindert, der Meinung zu ſein, daß unter (den) gegebenen Verhältniſſen die Staatsgewalt am beſten thue, mit den angegebenen Beſchränkungen volle Religionsfreiheit zu gewähren. Das mögliche Mißverſtändniß dieſes Satzes kann höchſtens in dem Artikel „den“ liegen, welchen wir in dem vorigen Satze eingeklammert haben; inſoweit nämlich dadurch dem Satze die Deutung gegeben würde, als ob wir für die ganze Welt und ohne Ausnahme die Freiheit der öffentlichen Religionsübung als das zweckmäßigſte erachteten. Dann ſtünde unſerer Anſicht freilich ein kirchlicher Grundſatz entgegen, da der heilige Vater in

rein katholischen Staaten, wo die katholische Kirche als Staatsreligion durch die Gesetze garantirt war, die Aufrechthaltung dieses Zustandes als ein Recht der Kirche in Anspruch genommen hat und mithin für die Interessen der Kirche förderlich hält. Uns war aber eine solche Auffassung nicht eingefallen; wir dachten in unserer zunächst für die Katholiken Deutschlands bestimmten Schrift nicht an rein katholische Länder und wollten lediglich sagen, daß unter den in Deutschland gegebenen und ähnlichen Verhältnissen ein Katholik, ohne dadurch gegen einen Grundsatz der Kirche zu verstoßen, Gewissensfreiheit, oder, um noch richtiger zu sprechen, da Gewissensfreiheit ja lediglich eine Sache des inneren Geistes und daher auch immer vorhanden ist — Freiheit der öffentlichen Religionsübung mit den nothwendigen Beschränkungen für zulässig halten dürfe und diese Ansicht hat der Syllabus nicht verworfen.

Was dann aber die preußischen Verfassungsbestimmungen und überhaupt eine gesetzliche Regelung der kirchlichen Verhältnisse nach den Grundsätzen der Parität betrifft, so ergeben sich für uns aus allem Gesagten folgende Grundsätze:

1. Wir dürfen nicht Parität fordern aus Indifferentismus, nicht in dem Sinne, als ob alle Religionsbekenntnisse gleich gut wären, wodurch jede wahre innere Ueberzeugung aufgehoben wäre;

2. Wir dürfen nicht Parität fordern in dem Sinne,

als ob eine ſolche Ordnung das ausſchließlich berechtigte Ideal der Stellung der Kirche ſei, dem Weſen des Staates allein und vollkommen entſpreche; wodurch zugleich behauptet würde, daß das Verhältniß zwiſchen Kirche und Staat im ganzen Mittelalter bis auf die neueſte Zeit lediglich eine große Verirrung geweſen wäre;

3. Wir dürfen auch nicht Parität oder Religionsfreiheit fordern in dem Sinne der Trennung der Kirche von dem Staate, in dem Sinne des religionsloſen, des atheiſtiſchen Staates. In dieſer Hinſicht hat vielfach in Frankreich und noch mehr in Belgien unter den Katholiken eine nicht richtige Anſicht beſtanden; man hat dort in der That die Religionsfreiheit hier und da in dieſem Sinne der vollkommenen Trennung verſtanden und es haben ſich deßhalb viele katholiſche Männer der falſchen und in ihren Wirkungen namenlos verderblichen Auffaſſung hingegeben, als ob der Staat dieſer Trennung wegen ſich jetzt gar nicht mehr um die Religion zu bekümmern und folglich bei allen ſeinen ſtaatlichen Inſtitutionen auf die religiöſe Geſinnung ſeiner Untergebenen gar keine Rückſicht mehr zu nehmen habe; das iſt ſicher verkehrt und nicht entfernt eine Folgerung aus dem Grundſatze der Parität oder der Gewiſſensfreiheit, ſondern vielmehr eine Folgerung aus einer ganz abſtracten, thörichten Staatsidee. Der einzelne Staat, wie er beſteht, iſt nicht für ein abſtractes Menſchthum da, ſondern für die Menſchen, die in ſeinem Territorium wohnen und er muß ſie nehmen

und anerkennen, wie sie sind, mit allen ihren Bedürfnissen und mit ihrer ganzen Existenz. Wenn auch der Staat qua Staat keine Staatsreligion mehr hat, keine einzelne Confession für den Staat als ausschließlich berechtigt hält, so folgt daraus nicht das Absurdum, daß er auch jetzt seine Angehörigen als Menschen ohne Religion ansehen und behandeln dürfe. Er muß sie vielmehr nehmen, wie sie sind und zwar wie sie zu sein berechtigt sind; er muß die Katholiken, die Protestanten, die in seinem Lande berechtigt sind, zur freien und offenen Uebung ihrer Religion als Katholiken mit ihrer katholischen Ueberzeugung, als Protestanten mit ihrer protestantischen Ueberzeugung in allen seinen Gesetzen, in allen seinen Institutionen, in allen seinen Anordnungen, namentlich auch in allen von ihm gegründeten Schulen, von der Elementarschule an bis zur Universität, anerkennen und respectiren. Es sei daher ferne von uns, uns diesen verderblichen Irrthümern einiger Katholiken in Frankreich und Belgien bis auf den heutigen Tag anzuschließen. Wenn auch der Türke über uns regieren würde und wir das Recht hätten, in diesem Lande als Katholiken zu leben, so würden wir von ihm fordern, daß er auf uns als Katholiken Rücksicht nehme in seiner Regierung, wo immer er mit uns in Berührung träte. Diese wesentliche Unterscheidung zwischen einem Systeme vollständiger Trennung und berechtigter Parität müssen wir stets im Auge behalten.

4. Dagegen sind wir vollkommen berechtigt, Parität

und beſchränkte Religionsfreiheit unter gegebenen Verhältniſſen zuzugeſtehen und zu verlangen; wir ſind vollkommen berechtigt, anzunehmen, daß ſolche Verhältniſſe namentlich vorhanden ſind in allen den Ländern, die wir bei dieſer Erörterung im Auge haben. Ja wir ſind ſogar vollkommen berechtigt, dieſe Art paritätiſcher Regelung für dieſe Länder und dieſe Verhältniſſe nicht nur als das Beſte, ſondern als das Nothwendige anzuſehen und das iſt unſere Ueberzeugung bezüglich aller der Länder, wo dieſelben Verhältniſſe wie in Preußen beſtehen.

5) Das einzige Bedenken, um keinen Gedanken zu übergehen, der hier in Betracht kömmt, könnte der Art. 12 der preußiſchen Verfaſſung erregen, nämlich inſofern, als man annehmen wollte, daß dadurch eine ganz unbeſchränkte Freiheit des religiöſen Bekenntniſſes gewährleiſtet ſei[1]). Wir haben in der wiederholt citirten früheren Schrift erörtert, daß eine Religionsfreiheit, die gegen das Sittengeſetz verſtößt, oder den Glauben an Gott leugnet, nach katholiſchen Grundſätzen nie zugeſtanden werden darf. Die Autorität der Kirche ſtimmt hierin, wie wir oben ſahen, mit der Wiſſenſchaft bis auf den heutigen Tag vollkommen überein und ebenſo ſteht ihr dabei auch der geſunde Menſchenverſtand zur Seite; denn eine Religion ohne Gott iſt

1) Art. 12. „Die Freiheit des religiöſen Bekenntniſſes, der Vereinigung zu Religionsgeſellſchaften und der gemeinſamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleiſtet.“

ebenſo widerſinnig, als eine Religionsübung, die das Sittengeſetz verletzt; Beides iſt im Widerſpruche mit dem Wortſinne. Aber auch in der preußiſchen Verfaſſung finden ſich hinreichend dieſe nothwendigen Beſchränkungen und ſo iſt auch in dieſer Hinſicht es unbedenklich, ſich ihr anzuſchließen.

XIII.

Die Lage der katholischen Kirche.

Es ist wohl angezeigt, daß wir bei unserem Blick in die Zukunft, bei den Hoffnungen und Befürchtungen, die wir ausgesprochen haben, auch die Lage der katholischen Kirche unter den sich neu gestaltenden Verhältnissen, die Schwierigkeiten, die ihr bevorstehen, die Aufgabe, die sie nach Gottes Willen zu lösen hat, näher in's Auge fassen. Ohnehin wird die katholische Kirche als die von Gott auf Erden für alle Zeiten und zur Erlösung aller Menschen gegründete Anstalt auch in der Zukunft der innerste Mittelpunkt aller großen geistigen Kämpfe der Welt bleiben. So war es schon in den ersten Jahrhunderten. Kaum war der Sohn Gottes auf Erden in einem fernen Winkel der Welt und unter den unscheinbarsten äußeren Verhältnissen erschienen, da war die Welt gezwungen, von diesem gött-

lichen Lichte, das zu leuchten anfing, Kenntniß zu nehmen und bald war dieſes Senfkörnlein in der Kirche ſo herangewachſen, daß es der Mittelpunkt der großen Bewegungen des mächtigen römiſchen Reiches wurde. So war es im ganzen Mittelalter, die Kirche war der Mittelpunkt aller geiſtigen Bewegung, aller geiſtigen Kämpfe. So wird es auch in der Zukunft ſein. Der Kampf gegen die Wahrheiten, die Gott in der Kirche, der Säule und Grundfeſte der Wahrheit für alle Zeiten, niedergelegt hat, auf der einen Seite; der Sieg dieſer Wahrheiten trotz aller ſcheinbaren Niederlagen, und der Segen, den dieſer Sieg begleitet, auf der anderen Seite: das iſt die Achſe, um die ſich das geiſtige Leben und Ringen der Welt dreht bis an das Ende derſelben. Wir können daher nicht von der Zukunft reden, ohne auch von der Kirche zu reden. Für Alles, was da Gutes geſchehen wird, muß ſie die Grundlage legen: die geiſtigen Grundlagen in den ewigen, unveränderlichen Wahrheiten der Offenbarung, der Lehren Jeſu, die ſie als eine göttliche Hinterlage in der Menſchheit, als ein heiliges, leuchtendes Feuer vom Himmel, treu bewahrt; die ſittlichen Grundlagen in den Pflichten, welche ſich aus dieſen Wahrheiten ergeben und in den Geboten Gottes enthalten ſind, die ſie ohne Unterlaß den Menſchen in allen Ständen und in allen Verhältniſſen verkündet.

Wenn wir nun zuerſt auf die äußere Lage der katholiſchen Kirche in und außer Deutſchland hinblicken, ſo ſehen

wir einen überaus großen Unterſchied im Vergleiche zu unſerer nächſten Vergangenheit. Es ſind noch keine hundert Jahre her, daß die katholiſche Kirche faſt in allen katholiſchen Staaten auch in der bürgerlichen Geſetzgebung als die von Gott gegründete Anſtalt der wahren Religion anerkannt wurde; es ſind noch keine hundert Jahre her, daß die katholiſche Kirche in allen dieſen Staaten deßhalb als die allein berechtigte Staatsreligion angeſehen, daß Fürſten und chriſtliche Völker es als die erſte Pflicht betrachteten, ſie zu ſchützen und ungerechte Angriffe von ihr abzuhalten. Durch die Stiftungen, welche im Laufe der vielen chriſtlichen Jahrhunderte der Opfergeiſt der Chriſten in's Leben gerufen, beſaß die Kirche zugleich in größter Ausdehnung alle Anſtalten, die ihr zur Förderung ihrer Sendung nöthig waren. Alle katholiſchen Länder waren bedeckt mit den großartigſten Anſtalten für die Wiſſenſchaft durch alle Stufen derſelben, für die Werke der Barmherzigkeit, für die Pflege des höheren chriſtlichen Lebens und der chriſtlichen Vollkommenheit. Das war der äußere Zuſtand der Kirche in allen katholiſchen Ländern Europa's noch vor hundert Jahren. Welche Veränderung, wenn wir auf die äußere Lage der Kirche in der Gegenwart ſehen! Damals ſtand noch das alte katholiſche Kaiſerhaus an der Spitze Deutſchlands; jetzt iſt es, wie eine fremde Macht von Deutſchland getrennt; damals herrſchten katholiſche Fürſten über die katholiſchen Länder, jetzt ſtehen die meiſten Katholiken in Deutſchland

unter proteſtantiſchen Regierungen; damals waren in den Reichsſtänden, die an der oberſten Reichsgewalt theilnahmen, die Katholiken die vorwiegenden, jetzt haben ſie in der oberſten Spitze faſt keine Vertretung; damals hatte überdies die Kirche in ganz Deutſchland ein reiches Vermögen für ihre Zwecke, das alles iſt ihr bis auf weniges eigentliches Pfründevermögen vollſtändig entzogen; damals beſtand noch ein großes Reichsband, das alle Katholiken und alle katholiſchen Bisthümer mit einander verband; jetzt dagegen ſind die einzelnen Diöceſen in zahlloſe kleine Länder vertheilt und waren in ihnen vielfach bis vor wenigen Jahren iſolirt und losgelöſt, den feindſeligſten Bedrückungen einer feindſeligen Bureaukratie ausgeſetzt; damals war im Oſten Deutſchlands noch ein großes treues katholiſches Volk — Polen, das katholiſchen Einfluß weithin nach Oſten verbreitete; jetzt iſt dieſes Volk von der Karte verſchwunden und mit ſeinem Glauben der barbariſchſten Verfolgung ausgeſetzt; damals herrſchte noch unbeſtritten in allen romaniſchen Ländern Europa's die katholiſche Religion; jetzt ſind alle dieſe Völker von Regierungen beherrſcht, die entweder ganz entſchieden und offen, oder verdeckt die katholiſche Kirche bedrücken und verfolgen. Dieſer große Wechſel in der äußeren Lage der Kirche erhält endlich ſeine Krone in dem, was wir jetzt in Italien erblicken. Nachdem der Geiſt der Revolution die Kirche ihrer ganzen äußeren Stellung faſt überall ſchon beraubt hat, greift er auch das

Oberhaupt der Kirche mit aller Wuth an und will ihm das rauben, was ihm die Ehrfurcht der chriſtlichen Völker und der chriſtlichen Fürſten in dem Laufe der Jahrhunderte unter der Leitung der göttlichen Vorſehung gegeben hat. Wir ſtehen vielleicht nahe vor der Zeit, wo der Vater der Chriſtenheit, ähnlich wie der, deſſen Stelle er vertritt, kaum noch einen Platz finden wird, wo er ſein Haupt niederlegen kann. So iſt die äußere Lage der Kirche in dem kurzen Zeitraum eines Jahrhunderts geworden.

So überaus ſchmerzlich dieſe Schickſale der Kirche aber auch ſind, ſo unermeßlich ungerecht die Handlungen derer waren, welche die Kirche in dieſe Lage verſetzten, ſo müſſen wir dennoch auch auf ſie die Grundſätze anwenden, die wir in unſerer Einleitung ausgeſprochen haben. Wenn Gott ſchon das Leben jedes einzelnen Menſchen liebevoll leitet, ſo gewiß um ſo mehr das Leben ſeiner Kirche, der er die Verheißung gegeben hat, daß er bei ihr bleiben wolle bis an's Ende der Welt; und wir dürfen deßhalb nicht zweifeln, daß ſolchen außerordentlichen Ereigniſſen in der Geſchichte der Kirche tiefe Rathſchlüſſe Gottes zu Grunde liegen. Fragen wir aber, warum Gott das Alles zugelaſſen hat, ſo können wir ohne Vermeſſenheit mehrere Antworten geben. Zuerſt müſſen wir ihnen gegenüber jenes Bekenntniß des Glaubens ablegen, welches uns das Wort Gottes lehrt: „O Tiefe des Reichthums der Weisheit und der Erkenntniß Gottes! Wie unbegreiflich ſind ſeine Ge-

richte und wie unerforſchlich ſeine Wege! Wer hat den Sinn des Herrn erkannt? oder wer iſt ſein Rathgeber geweſen [1])?“ Wir können die Weisheit der göttlichen Weltleitung nie ergründen; erſt in der Ewigkeit werden uns alle Wege Gottes offenbar werden. Der ganze Verlauf der Kirche Gottes auf Erden iſt wunderbar und überall finden wir die Spuren der unerforſchlichen Rathſchlüſſe Gottes. Eben dadurch will Gott unſeren Glauben und unſer Vertrauen prüfen.

Ferner können wir zur Erklärung dieſer Leiden der Kirche auf das hinblicken, was uns die heilige Schrift bezüglich ihrer ſo deutlich vorhergeſagt hat. Aehnlich wie Gott im alten Bunde nicht nur den Erlöſer verheißen, ſondern auch das ganze Leben des Erlöſers vorher verkündet hat, damit die Welt den kommenden Erlöſer an dieſem Bilde erkenne, ſo hat er uns im neuen Bunde die Schickſale ſeiner Kirche vorhergeſagt, damit, wenn ſie eintreten, wir nicht in unſerem Glauben erſchüttert würden, ſondern vielmehr in ihnen den Finger Gottes erkännten. Unter dieſen Kennzeichen der Kirche Chriſti iſt aber keines öfter hervorgehoben, als jenes des Kreuzes, der Kämpfe und Leiden bis an's Ende der Welt und des Sieges im Kreuze. Wir können uns eher wundern, daß es Jahrhunderte gegeben hat, in denen die Kirche auf Erden eine gewiſſe äußere Ruhe genoß, als darüber daß Verfolgungen und Ungerechtigkeiten ihr zu Theil werden,

1) Röm. XI, 33 f.

wenn wir auf das Bild hinblicken, welches das Wort Gottes von dem Verlauf ihrer Geſchichte entwirft. Beides erfüllt ſich in gleicher Weiſe: der Kampf der Pforten der Hölle wider ſie und die Ohnmacht aller Angriffe der Hölle gegen den Felſen, auf den ſie gebaut iſt. Das Kreuz im Leben der Kirche iſt uns daher ein göttliches Kennzeichen, daß ſie von dem geſtiftet iſt, der durch das Kreuz die Welt überwunden hat.

Aber noch andere Gründe, die wir der Beſtimmung und dem Weſen des Chriſtenthums entnehmen, erklären uns einigermaßen dieſe wunderbaren Wege, auf denen Gott ſeine Kirche führt und warum er namentlich ſolche und ähnliche Ereigniſſe zugelaſſen hat, wie wir ſie oben betrachtet haben. Nachdem unſere deutſchen Voreltern Chriſten geworden, vor Chriſtus, dem Sohne Gottes, ihr Knie gebeugt und die Kirche als Gottes Anſtalt erkannt hatten, ſo verſtand es ſich für ſie von ſelbſt, daß ſie nun auch die Pflicht hätten, mit ihrem tapferen Schwerte dieſe Gottesanſtalt zu vertheidigen. Aus dieſer einfachen Anſchauung entſprang die Stellung der Kirche im Mittelalter. Sie war das unmittelbare und nothwendige Ergebniß des lebendigen Glaubens. So wohl begründet aber dieſe Stellung in ihrem Urſprunge war, ſo ergaben ſich daraus doch im Laufe der Zeit unter den veränderten Umſtänden durch die Verkehrtheit der Menſchen mancherlei Hinderniſſe für die Kirche in Erfüllung ihrer göttlichen Sendung, insbeſondere ſeitdem

durch den Abfall von der katholischen Kirche im sechszehnten Jahrhundert eine so tiefe Spaltung in der Christenheit entstanden war. Wir wollen vier dieser Hindernisse erwähnen.

Dadurch daß die Fürsten, welche von der Einheit der Kirche sich getrennt hatten, die altchristliche Auffassung über das Verhältniß der christlichen Kirche zum Staate, über den der Kirche gebührenden ausschließlichen Rechtsschutz, auch auf die von der Kirche losgetrennten Theile anwendeten, wurden erstens alle diese Länder jedem Einfluß der katholischen Kirche vollständig entzogen. Das geschah zuerst mit der griechisch schismatischen Kirche und dann nach der Reformation mit allen protestantischen Landeskirchen. Was ursprünglich ein Schutz für die katholische Kirche gewesen war, wurde nun eine Waffe gegen sie. Wie das weltliche Schwert früher die Kirche Gottes beschützt hatte, so schützte es jetzt in diesen Ländern die von der allgemeinen Kirche losgetrennten Theile und hinderte die Kirche in allen diesen großen Länderstrichen, ihre göttliche Mission zu üben. So geschah es, daß, nachdem diese Zustände Reichsgesetz geworden waren, die katholische Kirche nach den Gesetzen des heiligen römischen Reiches von den Territorien aller nichtkatholischen Reichsstände (soweit nicht die Clausel des Westphälischen Friedens bezüglich des Normaljahres sie schützte) ausgeschlossen war. So hatte sich, ein ursprünglich so wohl begründetes Rechtsverhältniß in das gerade Gegentheil umgestaltet. Wie konnte

da geholfen werden? Sollten dieſe Landesgrenzen für immer der göttlichen Sendung der Kirche verſchloſſen bleiben? Sollten die Glaubensſpaltungen in der Chriſtenheit, die jetzt mit der ganzen Rechtsordnung der chriſtlichen Völker ſo tief verwachſen war, zugleich mit dieſer Rechtsordnung oder vielmehr durch dieſelbe von der göttlichen Vorſehung erhalten werden? Wenn wir hierüber nachdenken und dann auf die Trümmer der alten Rechtszuſtände hinblicken, ſo müſſen wir die geheimnißvollen Wege der Vorſehung anbeten.

Zweitens war aber auch der Rechtsſchutz, welcher der katholiſchen Kirche in den katholiſchen Ländern geblieben war, vielfach für ſie ein Hemmniß ihres göttlichen Lebens geworden. Die Richtung vieler katholiſchen Fürſten, namentlich aller Bourbonen, ging in den letzten Jahrhunderten darauf hinaus, ſich den Schutz, den ſie der Kirche gewährten, durch Privilegien und Rechte, wodurch ſie ſich bis in das innerſte Leben der Kirche einmiſchen konnten, gleichſam bezahlen zu laſſen. Sie ſchützten die Kirche nicht mehr lediglich aus einer hohen heiligen Glaubensüberzeugung, ſondern auch um daraus für ihre abſolutiſtiſchen Machtbeſtrebungen Gewinn zu ziehen; als Mittel zu ihren ſelbſtſüchtigen Zwecken. Am Ende dieſer unſeligen Periode konnte dann der Gallikanismus, der Febronianismus, der Joſephinismus ein Syſtem aller dieſer Anmaßungen der weltlichen Gewalt aufſtellen, bei dem die von Gott gegründete Ord-

nung der Kirche nur dem Scheine nach noch fortbestand, in dem Wesen aber vollständig aufgehoben war. Die Ehren und Rechte, welche christliche Fürsten und christliche Völker im lebendigen Glauben der Kirche Gottes verliehen hatten, wurden jetzt in der Hand der Fürsten der letzten Jahrhunderte lauter Handhaben zur Knechtschaft; daraus wurden die Ketten geschmiedet, womit man die Kirche Gottes fesselte. Wer schaudert nicht zurück vor diesen allerchristlichsten Königen mit ihrer bodenlosen Unsittlichkeit, mit ihren Hofcardinälen und Hofbischöfen, die unter dem Scheine der vollkommensten Eintracht mit der Kirche Gottes das göttliche Leben in derselben mehr beschädigten, als jene römischen Kaiser, welche die Christen im Amphitheater den wilden Bestien vorwarfen? Wer schaudert nicht davor, daß solche Könige und ihre Creaturen sich anmaßten, alle Bisthümer und alle Abteien in ihrem Lande nach Willkür zu besetzen? Wer schaudert nicht vor allen diesen Zuständen, die so wesentlich dazu beigetragen haben, jenen Geist zu erzeugen, der in den Encyklopädisten und dann in der französischen Revolution auftrat? Auch hier sehen wir also wieder Rechtsverhältnisse, die in ihrem Ursprung wohl berechtigt und segensreich waren, in ihrer Entwickelung aber, sowie sie sich am Ende des vorigen Jahrhunderts ausgestaltet hatten, das Leben der Kirche fast nicht weniger hemmten, als jene „Rechte," welche die Kirche von ganzen Ländern ausschloß. Auch diese Ordnung der Dinge konnte in den Augen der ewigen Wahrheit von da

an keinen Werth mehr haben, wo ſie äußerlich noch den Schein des Glaubens verbreitete, innerlich aber zur tiefſten Bedrückung des göttlichen Lebens der Kirche geworden war.

Hieran knüpft ſich noch ein drittes Hinderniß, welches durch die bezeichneten Rechtszuſtände ſich dem wahren Geiſte der Kirche entgegen ſtellte. Dieſer Rechtsſchutz war nämlich nicht nur vielfach für die Kirche ſelbſt eine Zwangsjacke, ſondern auch nur allzu häufig für ihre Diener und Kinder eine Veranlaſſung geworden, ſich auf ihn zu ſtützen und deßhalb die göttliche und übernatürliche Kraft, die im Chriſtenthum niedergelegt iſt, zu vernachläſſigen. Alles auf Erden kann entarten, Alles mißbraucht werden. Einzelne Diener der Kirche legten mehr Gewicht auf die Macht des Staates, als auf die Macht der Kirche; ſie ſetzten mehr Vertrauen auf den menſchlichen Beiſtand, als auf den, welchen Gott ſeiner Kirche verheißen hat. Sie dachten mehr an Staatsſchutz, als an Gottesſchutz, mehr an die Hilfe der Menſchen, als an die Hilfe Gottes. Daraus entſtand dann jener Serviliſmus, der mehr beſorgt war, ſich mit den Dienern des Staates, als mit Gott im Einvernehmen zu halten; daraus entſtand jene träge, geiſtloſe, kleingläubige Geſinnung, die von der Gotteskraft der Kirche nichts mehr weiß, die überall rath- und hilflos iſt, die immer glaubt, es ſei mit der Kirche aus, wenn ſie nicht in gewohnter Weiſe von der Staatshilfe unterſtützt wird. Wir wiſſen wohl, daß ſolche Geſinnungen nur eine Entartung waren; ſie waren aber

leider nur zu sehr verbreitet und haben dem christlichen Leben tiefe Wunden geschlagen. Der Fels, auf den die Kirche gegründet ist und der sie gegen die Macht der Hölle schützt, ist kein irdischer, kein Fels, den Menschen gelegt haben, sondern ein Fels, den Gottes Hand gegründet hat. Je mehr alle Glieder der Kirche und vor Allem ihre Diener von dieser Ueberzeugung getragen sind und mit der Kraft Gottes kämpfen, desto siegreicher ist die Kirche der Welt gegenüber. Vielleicht hat Gott uns nun die weltliche Hilfe entzogen, damit wir um so mehr der göttlichen vertrauen; vielleicht das weltliche Schwert verworfen, damit wir um so freudiger das geistige Schwert und die Waffenrüstung Gottes ergreifen.

Endlich müssen wir noch ein viertes Hinderniß hervorheben, welches die Kirche in den früheren Verhältnissen vielfach hemmte, ihre Sendung bezüglich jener zu erfüllen, die nicht zu ihr gehören. Ein äußeres in den Landesgrenzen, welche die Kirche nicht überschreiten durfte, haben wir schon erwähnt; hier begegnet uns ein inneres. Die Kirche soll alle Menschen zur Erkenntniß jener Wahrheit führen, die Gott ihr anvertraut hat, und dadurch alle Menschen der Erlösung theilhaftig machen. Die göttliche Vorsehung leitet daher auch die Schicksale der Kirche nach dieser ihrer Bestimmung, um so allen Menschen die Wege zu bahnen, zu ihr zu kommen. Alle Hindernisse nun, welche jene, die von ihr getrennt sind, abhalten, in ihr die Wahrheit zu erkennen,

laſſen ſich kurz ſo zuſammenfaſſen — ſie erkennen nicht in ihr die Gotteskraft und die Gottesweisheit und ſehen in Allem nur Menſchenwerk und Menſchenklugheit. So lange ſie von der Kirche getrennt ſind, ſind ſie innerlich genöthigt, Alles an ihr natürlich zu erklären; alle Thaten Gottes in der Kirche, ihr ganzes wunderbares Leben auf einen natürlichen Grund zurückzuführen, denn ſonſt müßten ſie ja Gottes Werk in ihr erkennen und in ihren Schoß zurückkehren. Die katholiſche Kirche mit ihrer wunderbaren Einheit — in dieſer Welt der Zerriſſenheit und Auflöſung; mit ihrer Treue gegen die übernatürliche Lehre des Chriſtenthums — in einer Zeit, die über alles Uebernatürliche lacht und höhnt; mit ihrem ruhigen, feſten Vertrauen einer unerſchütterlichen Fortdauer — unter allen Anfeindungen und Verfolgungen; mit ihrer Opferwilligkeit — in einer Zeit, die ganz der Selbſtſucht und dem Gelderwerbe lebt; mit ihren Tauſenden von Prieſtern, welche die Enthaltſamkeit wählen — in einer Zeit, die allen Leidenſchaften dient; mit ihren zahlloſen Ordensleuten, die Alles verlaſſen, um ſelbſt arme Diener der Armen und der Nothleidenden zu werden — in einer Zeit, welche die Armuth für das größte Uebel hält; iſt zugleich eine Thatſache, die man ſehen muß, mag man die Augen noch ſo feſt verſchließen, und ein Problem, das man erklären muß. Dieſe Erſcheinung muß ihren Grund haben: entweder iſt ſie Menſchenwerk, und dann müſſen ſich die natürlichen Gründe auffinden laſſen; oder ſie iſt

Gotteswerk, und dann müſſen Alle in ihr die Anſtalt Gottes zum Heile der Menſchen anerkennen. Alle unſere Gegner bemühen ſich daher, natürliche Gründe aufzufinden und dadurch das ganze Leben der Kirche und alle Erſcheinungen in ihr zu erklären. Faſt das einzige Argument aber bei dieſem Bemühen iſt eben die äußere Stellung, welche die Kirche eingenommen hat. Die Einheit der Kirche, dieſe wunderbare Kraft, welche die Herzen ſo vieler Millionen Katholiken in der ganzen Welt mit dem Einen ſichtbaren Oberhaupt verbindet; dieſe Einheit, die Chriſtus ſelbſt in ſeinem letzten Gebete erflehte, als er für ſeine Kirche die Gnade erbat, daß ſie ſo eins ſein möge, wie er ſelbſt mit dem Vater eins iſt; dieſe Einheit, die er dann als das eigentliche Kennzeichen ſeiner Kirche, an der die Welt erkennen ſolle, daß er ſie gegründet habe, hingeſtellt hat, will man nicht als ſolches, nicht als Wirkung des Geiſtes und Schutzes Chriſti anerkennen, ſondern durch die irdiſche Machtſtellung des Papſtes erklären, ſo thöricht dieſe Erklärung auch ſein mag. Man macht den Vatikan, ich weiß nicht, zu welcher irdiſchen Macht, man ſpricht von den Donnern des Vatikans und benutzt dann den Zauber, den Worte üben, zu dem Scheine, als ob damit alle Liebe und Ehrfurcht, die das Oberhaupt der Kirche in der ganzen Welt genießt, vollkommen erklärt ſei. Aehnlich macht man es mit allen andern Erſcheinungen an der Kirche. Der Umfang der natürlichen Motive, welche die von Gott abgefallene Welt bewegt, iſt nicht groß.

Der heilige Johannes reducirt sie auf drei: Augenluſt, Fleiſchesluſt und Hoffahrt des Lebens. So möchte man denn auch, um nicht Gott die Ehre geben zu müſſen, dadurch ſo ziemlich das ganze Leben der Kirche erklären. Biſchöfe, Prieſter, Ordensleute, gute Katholiken, wir Alle ſollen alle unſere Liebe und Treue, die wir der Kirche darbringen, aus eigennützigen, gemeinen, irdiſchen Motiven ſchöpfen, und der Schein, der dieſes Bemühen unterſtützt, wird immer wieder aus derſelben Quelle, aus der äußeren Stellung der Kirche hergenommen. Da ſcheint es uns nun, daß Gott in unſeren Tagen wieder die Wege, um die Menſchen zur Erkenntniß der Wahrheit zu führen, einſchlagen will, die er damals gewählt hat, als er in derſelben Abſicht Menſch geworden iſt. Wäre er mit irdiſchem Glanze und mit menſchlichen Hilfsmitteln auf Erden erſchienen, ſo würde die Welt nicht zur Erkenntniß ſeiner Gottheit gekommen ſein und vielmehr ſeiner irdiſchen Macht ſeine Thaten zugeſchrieben haben; dadurch aber, daß er allen irdiſchen Mitteln entſagte und vom Kreuze herab die Welt überwunden hat, hat er ſie gezwungen, die göttliche Kraft in ſeinem Werke anzuerkennen. Auf demſelben Wege hat er ſeine Kirche in den erſten chriſtlichen Jahrhunderten geführt; auf demſelben ſcheint er ſie am Ende der Zeiten wieder führen zu wollen. Die Welt wird dadurch gezwungen werden, anzuerkennen, daß die Kirche nicht das Werk der Menſchenhand und irdiſcher Mittel, ſondern das Werk

Gottes ist. Die Verherrlichung Gottes in seiner Kirche wird dadurch um so größer werden.

Wenn wir alle diese Hindernisse, die aus der gesammten alten Rechtsordnung dem Leben der Kirche und der Erfüllung ihrer göttlichen Mission erwuchsen, betrachten, so können wir es einigermaßen begreifen, warum Gott die Stellung, welche seine Kirche seit den Zeiten Constantins besaß, ihr rauben ließ. Wir wissen wohl und wollen es wahrlich nicht verschweigen, daß diese Stellung an sich der Kirche Gottes gebührte, und daß alle Hindernisse, welche später aus ihr entsprungen sind, nicht durch jene Stellung selbst verursacht wurden, sondern durch die Verkehrtheit der Menschen, welche sie mißbraucht haben. Wir sind daher weit davon entfernt, die Huldigungen, welche die christliche Welt der Kirche Gottes im staatlichen Leben dargebracht hat, tadeln zu wollen; wir halten sie vielmehr für ein nothwendiges Resultat der Bekehrung der Völker zum Christenthum und der Einheit des Glaubens. Noch weiter sind wir davon entfernt, durch das, was wir sagten, jenen Kirchenräubern eine Stütze zu bieten, die vom Geiste des Unglaubens getrieben, halb in Heuchelei, halb in Hohn, der Kirche damit eine Wohlthat zu erweisen behaupten, daß sie dieselbe berauben und mißhandeln. Wir werden aber das Walten der göttlichen Vorsehung in der Geschichte der Kirche nie begreifen, wenn wir es nur nach den Gesetzen der strengen Gerechtigkeit beurtheilen wollen. Die Erlösung

iſt barmherzige Liebe, die Menſchwerdung iſt barmherzige Liebe, das Leben Jeſu iſt barmherzige Liebe, das Leben der Kirche iſt barmherzige Liebe. Wenn auch die Welt an der Kirche unrecht handelt, indem ſie ihr das entzieht, was ihr als Kirche Gottes gebührt, ſo kann Gott aus Barmherzigkeit dieſe Ungerechtigkeit zulaſſen, um ſich der Welt zu erbarmen; er läßt die Kirche kreuzigen, um die Welt zu erlöſen, wie er auch ſeinen Sohn kreuzigen ließ aus Liebe zur Welt. Erſt am großen Gerichtstage wird er der Kirche als dem Leibe Chriſti das geben, was ihr ihres göttlichen Hauptes wegen wahrhaft an Recht und Ehre gebührt. Hier auf Erden läßt er ſie leiden unter der Ungerechtigkeit und der Verfolgung der Menſchen, wie Chriſtus ſelbſt unter beiden gelitten hat, und läßt in ſeiner liebevollen Vorſehung aus dieſen Leiden Heil für die Menſchen entſpringen. Seine göttliche Vorſehung leitet das Böſe zum Guten und wendet das, was eine Niederlage der Kirche zu ſein ſcheint, immer wieder zu ihrem Siege.

Mit dieſer Ueberzeugung ſehen wir daher auch unter allen dieſen Neugeſtaltungen der Welt voll ruhigen Vertrauens der Zukunft der Kirche entgegen. Die Augen aller Katholiken ſind in dieſem Augenblick nach Rom gewendet und voll Spannung ſehen wir auf die Ereigniſſe hin, die dort drohen. Schon ſeit fünfzehn Jahren haben wir dort das vorbereiten geſehen, was ſich jetzt erfüllen ſoll, und eine Politik ſo heuchleriſch, ſo voll Lug und Nieder-

trächtigkeit, wie ſie die Welt nie geſehen, hat dort vor den Augen Aller, immer unter dem Scheine der größten Ehrfurcht und Liebe gegen den heiligen Vater, das Netz gelegt und ſtets enger und enger angezogen, wodurch dieſes Verbrechen begangen werden ſoll. Die Nachfolger des heiligen Petrus haben ſchon viele Feinde gehabt, ſeitdem Chriſtus ihnen in Petrus den Auftrag gegeben hat, ſeine Heerde zu weiden; dieſe Feinde ſind oft mit Waffengewalt nach der Hauptſtadt der Welt gedrungen, um den oberſten Hirten der Chriſtenheit ihrem Willen zu unterwerfen; aber ein ſolches Syſtem der Anfeindung, wie wir es vor Augen ſehen, hat die Kirche noch nicht erlebt. Faſt groß erſcheinen uns jene deutſchen Kaiſer, die im offenen Kampfe mit Waffengewalt nach Rom zogen, gegen dieſen franzöſiſchen Kaiſer, der den Stuhl Petri mehr kränkte, wie es je ein chriſtlicher Fürſt noch gethan hat, indem er ihn durch die Schleichwege der argliſtigſten Politik umgarnt und ihn ſeinen ärgſten Feinden überliefert, während er zugleich äußerlich vor der ganzen Welt den Schein eines treuen Sohnes zu wahren ſucht. Wir können dieſen Verrath an der katholiſchen Kirche und an ihrem Oberhaupte nur mit dem Verrathe und dem Kuſſe des Judas vergleichen; ſo hat Judas an Chriſtus gehandelt, wie dieſe napoleoniſche Politik am Leibe Chriſti und deſſen ſichtbarem Haupte. Selbſt wenn aber Gott es geſtatten ſollte, daß der Vater der Chriſtenheit von dem Stuhle des heiligen Petrus in Rom

vertrieben würde; ſelbſt wenn es geſchehen ſollte, was von vielen frommen Männern bei Deutung einiger Stellen der heiligen Schrift angenommen wird, daß nämlich das Heidenthum in Rom noch einmal einen kurzen Triumph feiern, auf dem Capitol ſeine Herrſchaft begründen und ſich für ſeine Niederlage am Kreuze rächen werde: ſo würde das zwar unſer Herz mit namenloſem Schmerz erfüllen, es würde aber nicht zum Siege der Feinde Chriſti, ſondern um ſo gewiſſer zum Siege der Kirche Chriſti führen. Die Welt wird dann ſehen, daß es nicht der Glanz des Vaticans iſt, welcher die Herzen der Katholiken in allen Theilen der Welt mit ihrem Oberhaupte verbindet, ſondern daß es andere Bande ſind, die uns mit ihm ſo innig vereinen; ſie wird ſehen, daß dieſes übernatürliche geiſtige Band um ſo inniger, um ſo feſter iſt, je mehr die äußeren Beweggründe der Verehrung zurücktreten; ja ſie wird zu ihrem Erſtaunen erkennen, daß der heilige Vater in der ganzen katholiſchen Welt nur um ſo mehr Achtung, Liebe und Gehorſam finden wird, je mehr er in dem Leiden und der Erniedrigung dem guten Hirten ähnlich wird, deſſen Stelle er vertritt. Wir zweifeln durchaus nicht, daß, wenn in der That der heilige Vater Rom auf einige Jahre verlaſſen müß, die Liebe und Ehrfurcht aller katholiſchen Herzen zu ihm einen Aufſchwung nehmen wird, von dem die Welt keinen Begriff hat. Dann wird man um ſo mehr erkennen, daß die Kirche nicht auf den ſogenannten Donner des Vaticans, ſondern auf den Felſen gegründet

iſt, von dem Chriſtus geſprochen hat, und daß nicht irdiſche Gründe, ſondern der Glaube und die Liebe zu Jeſus die Kirche mit ihrem ſichtbaren Oberhaupte verbindet. Vielleicht wird dann manches Vorurtheil verſchwinden, in manchen Herzen eine Ahnung von dem göttlichen Weſen der Kirche erwachen; vielleicht ſoll die Erniedrigung der Kirche die Augen öffnen und ſehend machen, welche die Erhöhung derſelben nicht zu öffnen vermochte.

Wenn wir aber der Zukunft mit vollem Vertrauen entgegengehen, ſo dürfen wir doch nicht verkennen, daß in dieſer neuen Lage der Dinge große Kämpfe und große Gefahren für die Kirche liegen können, und daß es daher, wenn Gott ſeiner Kirche den äußeren Schutz und die irdiſche menſchliche Hilfe entzieht, um ſo mehr unſere Aufgabe und Pflicht iſt, die göttliche Kraft in der Kirche und die übernatürlichen Hilfsmittel zu gebrauchen, um uns dadurch des göttlichen Schutzes würdig und theilhaftig zu machen. Was wir an Staatsſchutz und Staatshilfe, was wir an irdiſchen Mitteln verlieren, das wird uns Gottes Schutz und Gottes Hilfe, das werden uns die übernatürlichen Hilfsmittel der Kirche reichlich und überfließend erſetzen, wenn wir nur auf Gottes Schutz vertrauen, wenn wir nur die übernatürlichen Mittel, die Gott in ſeiner Kirche niedergelegt hat, gut zu benützen verſtehen. Wenn uns das weltliche Schwert eines geweihten römiſchen Kaiſers nicht mehr ſchützet, ſo wird uns das Schwert Deſſen ſchützen, der den Königen und Kaiſern

das Schwert in die Hand gegeben und vor dem ihre Macht Staub und Asche ist, sofern wir uns nur mehr und mehr dieses Schutzes würdig machen. Diese wunderbaren Zulassungen Gottes scheinen uns ein Ruf vom Himmel zu sein, vor Allem an uns, die Diener der Kirche, daß wir unser ganzes volles Vertrauen nicht mehr auf Menschen, sondern auf Gott und auf die göttlichen Kräfte der Kirche setzen sollen. „Unsere Hilfe sei im Namen des Herrn!" das muß von jetzt an das Feldgeschrei der Kirche sein, nachdem die Welt und die weltlichen Mächte ihr jede Hilfe entzogen haben.

Es kann nun nicht in unserer Aufgabe liegen, ins Einzelne einzugehen und die Wege zu verfolgen, welche die Kirche unter den veränderten Verhältnissen einschlagen wird, um einestheils gegen alle Gefahren, die ihr drohen, gerüstet zu sein, und anderntheils die größere Freiheit, die sie erlangt hat, zu benutzen. Der heilige Geist, der die Kirche lenkt und leitet, wird ihr diese Wege zeigen und namentlich die Hirten, die er bestellt hat, die Kirche Gottes zu regieren, erleuchten, um diese Wege zu finden. Es mag aber angemessen sein, hier wenigstens einige Andeutungen darüber zu geben, wie die eingetretenen Verhältnisse schon jetzt der Kirche mancherlei Gelegenheit bieten, die Mittel zur Stärkung des göttlichen Lebens in ihr zu gebrauchen, und zugleich auf einige Gefahren hinzuweisen.

Die Einheit in der Kirche ist nicht nur, wie wir vor-

her ſahen, das ihr von Chriſtus aufgedrückte Kennzeichen, ſondern auch zugleich das Hauptmittel, ihr göttliches Leben zu entfalten. Nichts ſtärkt ſo die Wirkſamkeit der göttlichen Kraft in ihr als die Pflege der Einheit. Je mehr die Kirche ein Herz und eine Seele iſt, deſto unüberwindlicher iſt ſie in der Welt, und je mehr der einzelne Chriſt dieſen Geiſt der Einheit in ſich ſelbſt nährt, deſto mehr wirkt auch in ihm die Kraft Gottes. Nichts ſchwächt umgekehrt ſo ſehr das Leben des einzelnen Chriſten, wie auch ganzer Theile der Kirche, als die Schwächung der Einheit. Ein Organ dieſes Geiſtes der Einheit ſind die großen Zuſammenkünfte in der Kirche, namentlich ihre Concilien, von den allgemeinen Concilien bis zu den Diöceſanſynoden. Ein Zeichen des neu erwachenden Geiſtes und der mächtigen Entfaltung des chriſtlichen Lebens iſt es daher immer geweſen, wenn dieſe Zuſammenkünfte ſich mehrten. Das ſcheint nun in der Gegenwart allgemein der Fall zu ſein und viele Hinderniſſe dieſer Zuſammenkünfte, wie ſie in den letzten Jahrhunderten beſtanden, ſind beſeitigt. Wir haben ſchon in den letzten Jahren dieſe außerordentlichen Zuſammenkünfte aller Biſchöfe der Welt in Rom geſehen; vielleicht ſind ſie die Vorläufer zu großartigen Concilien, wie die Kirche ſie kaum noch geſehen hat; vielleicht wird der vertriebene heilige Vater in der Lage ſein, ein Concil um ſich zu verſammeln, wie noch keiner ſeiner Vorgänger. Auch die Provinzial- und Diöceſan-Synoden haben wieder in großem Umfange

ſtattgefunden und werden ſich mehr und mehr verbreiten. Vor wenigen Tagen haben wir die Nachricht erhalten von jener merkwürdigen Verſammlung der Biſchöfe in Baltimore, ein denkwürdiges Zeichen der Einheit und der Kraft dieſes jüngſten Theiles der Kirche. Auch in Deutſchland ſind alle Hinderniſſe der Verſammlung der Biſchöfe verſchwunden. Zur Zeit des heil. Bonifazius bildete faſt ganz Deutſchland eine Kirchenprovinz und dieſe Einheit in der Kirche Deutſchlands wirkte ſo mächtig, daß ſie zugleich die Grundlage des nationalen Bandes der deutſchen Völker wurde. Das vollkommene Gegentheil ſahen wir in den Zuſtänden Deutſchlands in der letzten Zeit. Dadurch daß die alten Diöceſen zerriſſen und nach den Landesgrenzen neu eingetheilt wurden, während zugleich dieſe Länder ſelbſt die Souveränität erlangten, waren die ſo vereinzelten Diöceſen im Kampfe mit den feindſeligſten Verhältniſſen im eigenen Lande vielfach ganz ſich ſelbſt überlaſſen. Seit den letzten Jahrhunderten hatten faſt alle Concilien aufgehört, die früher in Deutſchland ſo überaus häufig waren, und nun war noch überdies jedes kleine Bisthum durch die Landesgrenze vom übrigen Deutſchland losgetrennt, und konnte dort verfolgt und gedrückt werden, faſt ohne daß die andern Theile in Deutſchland davon Kenntniß erhielten. Wir wiederholen es, dieſer Zuſtand in Deutſchland war das gerade Gegentheil von dem Zuſtand zur Zeit des heil. Bonifazius und er hat die katholiſche Kirche unendlich beſchädigt. Dieſe Zeit des

Landeskirchenthums war eine unglückſelige Zeit. Gott hat ſie beſeitigt. Es ſteht nichts mehr entgegen, daß die Biſchöfe Deutſchlands ſich verſammeln und gemeinſchaftlich ihre Angelegenheiten berathen, ganz wie ſie wollen. Seit Jahrhunderten waren dieſe Verſammlungen nicht mehr ſo vollſtändig unbehindert von äußeren Verhältniſſen. Eine große Verſammlung außer den vielen Provinzialconcilien haben wir ſchon im Jahre 1848 zu Würzburg erlebt und der Eindruck, welchen ſie in dem ganzen katholiſchen Deutſchland hervorrief, war überaus ſegensreich. Nichts ſteht jetzt mehr entgegen, daß die katholiſchen Biſchöfe von ganz Deutſchland ſich verſammeln, wie die Biſchöfe von ganz Nord-Amerika in Baltimore zuſammengetreten ſind; nichts ſteht entgegen, daß ſich dieſe Verſammlungen nach dem Bedürfniß wiederholen, um alle gemeinſchaftlichen Angelegenheiten in Einem Geiſte zu behandeln. Unabſehbar iſt es aber, wie dadurch der Geiſt der Einheit in dem ganzen katholiſchen Volke Deutſchlands erſtarken würde. Solche Verſammlungen werden mächtiger wirken, als aller Staatsſchutz es gethan hat.

Ein zweites Mittel, die göttliche Kraft in der Kirche zu bethätigen, iſt die freie Beſetzung aller kirchlichen Stellen von der höchſten bis zur niedrigſten. Unter freier Beſetzung verſtehen wir eine Beſetzung aller Kirchenſtellen nach dem Geiſte der Kirche, ohne irgend welche äußere Behinderung. Nichts iſt reiner und erhabener als die Grundſätze der Kirche

über die Besetzung der Kirchenstellen; sie will überall eine Besetzung ohne irgend welche Rücksicht auf selbstsüchtige Interessen und Menschenvortheil, lediglich nach der Rücksicht des wahren Besten und des Seelenheils des christlichen Volkes. Zu jeder Stelle soll der Würdigste gewählt werden; jener, der am meisten den Geist Christi hat, der vor Allen geeignet ist, im Geiste Christi ein guter Hirt des Volkes zu werden. Das ist der Wille Gottes bei Besetzung der Kirchenstellen und das ist der Geist der Kirche. Was würde dem Christenthum widerstehen können, wenn in der That nach diesem einzigen Maßstabe alle Stellen in der Kirche besetzt würden? An der Spitze aller Kirchenstellen einer Diöcese steht der Bischof. Nach der Lehre der Kirche ist der bischöfliche Stand der eigentliche und wahre Stand der Vollkommenheit. Auch die Ordensleute streben nach der Vollkommenheit und bilden einen Stand derselben. Nach der Lehre der Kirche steht aber der bischöfliche Stand auch in dieser Hinsicht höher als der Ordensstand, weil er der von Christus unmittelbar in der kirchlichen Hierarchie gegründete Stand der Vollkommenheit ist. Vollkommenheit aber ist die höchstmögliche Aehnlichkeit mit Christus. Ihm zur Seite steht der Klerus der Kathedralkirche und dann der Seelsorger in den einzelnen Gemeinden, die seine Stelle vertreten. In dieser ganzen heiligen Ordnung von oben bis unten, soll stets der Würdigste, der Tugendhafteste, der Beste zu jeder erledigten Stelle berufen werden. Es ist nicht abzusehen, welchen

Aufſchwung das ganze chriſtliche Leben nehmen würde, wenn dieſer Wille der Kirche ſich immer erfüllte. Die ganze Kirchengeſchichte zeigt uns, wie viel in der Kirche von den Werkzeugen Gottes in den einzelnen Stellen abhängt; wie einzelne große Männer lediglich dadurch, daß ſie geeignete Werkzeuge der Kraft Gottes waren, auf ihre Zeit, ja auf Jahrhunderte eingewirkt haben. Nichts beſchädigt daher ſo ſehr das ganze Leben der Kirche, als jeder Mißbrauch in der Beſetzung ihrer Aemter; nichts belebt ſo ihre Kraft, als eine gute Beſetzung derſelben. Man ſage uns nicht, daß dieſes Ideal bei Beſetzung der Kirchenſtellen nie vollkommen erreicht werden könne; denn das entbindet uns nicht von der Pflicht, darnach redlich zu ſtreben. Es iſt die göttliche Norm, die Gott uns gegeben hat und nach welcher er einſt richten wird. Keine blutige Verfolgung hat das göttliche Leben der Kirche auf Erden ſo beſchädigt, als jene Hinderniſſe, die ſie durch die Bosheit der Menſchen oder durch ihre Schwachheit oder durch Uſurpation angeblicher Rechte oder durch ein ſchlechtes Herkommen ohne Unterlaß in der Beſetzung ihrer Aemter gefunden hat. Jener Geiſt, der gegen den Geiſt der Kirche und Chriſti kämpft, hat kein wirkſameres Gebiet ſeines verderblichen Kampfes, als dieſes. In dem alten Europa hatten ſich unzählige Rechtsverhältniſſe ausgebildet, welche der Kirche die Beſetzung der Aemter nach ihrem Geiſte zwar nicht geradezu unmöglich machten, aber unendlich erſchwerten; ſowohl die Rechte der

Fürſten bei Beſetzung der biſchöflichen Stühle, als die der Inhaber von Patronaten bei Beſetzung der Pfarrſtellen hatten, unterſtützt von einer kirchenfeindlichen Rechtswiſſenſchaft, eine Auslegung gefunden zum allerhöchſten Verderben der Sache Gottes auf Erden. Viele Zuſtände der Kirche in manchen Ländern, in manchen Diöceſen und Pfarreien laſſen ſich lediglich und allein hieraus erklären. Noch jetzt ſucht man in einigen Gegenden nach Mitteln, verderblichen Zuſtänden entgegenzuwirken, aber es wird nicht eher gelingen, bis man die wirkſamſten Aemter auf Erden nämlich jene, mit denen die Seelſorge verknüpft iſt, überall Händen anvertraut, durch welche die göttliche Kraft des kirchlichen Amtes unbehindert wirken kann. Es gibt daher kein wichtigeres Intereſſe, als die Beſeitigung aller jener Hinderniſſe, welche es der Kirche unmöglich machen oder ſehr erſchweren, alle ihre Aemter, vom biſchöflichen bis zum Pfarramt, nach dem Willen Chriſti zu beſetzen. In dieſer Hinſicht haben wir gleichfalls große Fortſchritte gemacht und die eingetretenen Verhältniſſe haben ſchon viele Hinderniſſe beſeitigt. Es bleibt aber noch viel zu thun übrig und es müſſen große Gefahren, die wieder neu erſtehen wollen, vermieden werden. Eine derſelben iſt bei Beſetzung mehrerer biſchöflichen Stühle und namentlich auch in Preußen zu Tage getreten. Die Art, wie die preußiſche Regierung ihren Einfluß bei Beſetzung der Bisthümer geltend machte, die Auslegung, welche die Rechte der Regierung bei dieſer Gelegen-

heit in officiösen Zeitungen und Blättern gefunden haben, die Unterstützung, welche ihr bei diesen maßlosen Anforderungen selbst unter einzelnen servilen Mitgliedern des Klerus zu Theil wurde, zeigen, welche Gefahren der Kirche in Preußen in dieser Hinsicht drohen. Wir können gar nicht genug hierauf aufmerksam sein; denn wenn es der Regierung gelingen sollte, die Grundsätze über Besetzung der Bisthümer zur Ausführung zu bringen, die bei den letzten Bischofswahlen ausgesprochen wurden, so wäre das für die katholische Kirche im Norden Deutschlands eine tödliche Wunde. Jede neue Anerkennung, jede Ehre, jede Berücksichtigung, welche die Kirche in Preußen finden würde, hätte von dem Augenblick an für das göttliche Leben in ihr keinen Nutzen, sondern wäre nur zu ihrem Verderben, wenn die Regierung gleichzeitig einen so entscheidenden Einfluß auf die Besetzung der bischöflichen Stellen zu gewinnen vermöchte, um dann servilen Creaturen der Regierung den Hirtenstab in die Hand zu geben. Was wir hier aber von Preußen gesagt haben, gilt mehr oder weniger auch von den andern deutschen Ländern, und gilt auch in ganz ähnlicher Weise von den so überaus wichtigen Pfarrstellen. Die Zeitverhältnisse erleichtern es also vielfach, zahllose Mißbräuche bei Besetzung der kirchlichen Stellen zu entfernen und die Freiheit zu gewinnen, sie nach dem Geiste der Kirche und dem wahren Wohl des christlichen Volkes zu besetzen, und insofern erkennen wir in ihnen wahrhaft wiederum den Finger Gottes. Es hängt von uns ab, sie in diesem Sinne zu

benutzen und alle noch bestehenden Mißbräuche im Ganzen und im Einzelnen zu beseitigen. Das muß die Aufgabe der Bischöfe sein, dazu muß uns das ganze christliche Volk zur Seite stehen. Namentlich bedarf es deßhalb auch in vielen Gegenden einer ganz neuen Regelung sowohl des vom Staate geübten Patronatsrechtes, das nicht selten schon so schmählich mißbraucht würde, um servile Staatsdiener zu belohnen und würdige Priester dem christlichen Volke vorzuenthalten, als auch des Privat-Patronatsrechtes, das in manchen Gegenden eine Ausdehnung hat und in einer Weise geübt wird, daß dadurch das bischöfliche Amt und die Kraft der Kirche vollständig erlahmt. Wenn es der Kirche gelingt, die wahre Freiheit bei Besetzung ihrer Stellen zu erringen, so wird sie in der Kraft, die in der Seelsorge liegt, eine Hilfe finden, die mehr werth ist, als alle Kirchengüter, die ihr geraubt, und als alle Ehren und Rechte, die ihr entzogen wurden. Es gibt Gemeinden, die seit vielen Jahren dieses äußeren Einflusses wegen keine wirksame Seelsorge mehr gekannt haben und deren Pfarrkinder dazu verurtheilt sind, von einer Generation zur andern aller Segnungen zu entbehren, die in einer guten Seelsorge liegen. Ein historisches und ungebührlich ausgedehntes Recht wird da benützt, um das höchste Recht Christi und des christlichen Volkes zu beschädigen. Das ist unerträglich, das ist eine Beschädigung an den heiligsten Gütern.

Ein drittes Mittel, die ganze göttliche Kraft in der Kirche, welche die Welt überwindet, zu bethätigen, ist die freie Existenz der religiösen Genossenschaften. Sie sind die Anstalten zur höchsten Heiligung vieler Seelen und jede geheiligte Seele stärkt das ganze Leben der Kirche, die ja nur Einen Leib bildet; sie sind die Anstalten des Gebetes, der siegreichen Waffe der Kirche, — während Priester und Volk die Kämpfe Christi streiten, beten diese Genossenschaften für sie um den Sieg; sie sind die Stätten heiliger Wissenschaft; sie sind unentbehrliche Gehilfen in der Seelsorge; sie fördern die Heiligkeit im Priesterstande und im Volke durch ihre geistlichen Uebungen und durch die Missionen; sie unterstützen die Kirche in ihrer großen Aufgabe, alle Werke der Nächstenliebe zu üben; sie pflegen die Kranken in den Spitälern und in den Häusern der Armen; sie ersetzen die Elternstelle bei den armen Kindern, die ihre Eltern verloren haben u. s. w. Wie wichtig die geistlichen Genossenschaften für das kräftige Leben der Kirche sind, sehen wir auch an dem Kampfe des Weltgeistes gegen sie. In den früheren Verhältnissen fand aber die Verbreitung der geistlichen Genossenschaften große Schwierigkeiten und die Freiheit der Kirche in Gründung derselben war vielfach gehemmt oder ganz aufgehoben. Der Vermögensschutz, welchen der Staat den geistlichen Genossenschaften zu Theil werden ließ, wurde ein Vorwand der Bedrückung und Hemmung. Auch in dieser Hinsicht sind wir jetzt in der Lage, die Freiheit der Kirche

zu erkämpfen. Wir müſſen zwar auf eine Anerkennung der Orden ſeitens des Staates, namentlich auf einen Schutz ihres Ordensvermögens verzichten; dafür aber kann der Staat uns das Recht nicht länger vorenthalten, nach unſerem Belieben unſer Leben einzurichten und jede Ordensregel zu befolgen, die dem allgemeinen Staatsgeſetz nicht widerſpricht. Der Verſuch, der jetzt in Deutſchland und in der Schweiz gemacht wird, trotz Anerkennung der allgemeinen Grundſätze der Freiheit, dennoch den Katholiken die Freiheit zu beſchränken, nach ihrem Belieben und nach ihrem Gewiſſen eine Ordensregel zu befolgen, iſt eine Inconſequenz, ein Herübertragen alter Vorſtellungen in neue, mit ihnen gänzlich unvereinbare Verhältniſſe, der deßhalb auch ſcheitern muß, wenn wir Katholiken mit der gehörigen Einſtimmigkeit und Entſchiedenheit dagegen auftreten. Eine Beſchränkung dieſer Freiheit hatte nur ſo lange einen Vorwand, ſo lange der Staat den religiöſen Genoſſenſchaften Rechte und Privilegien zugeſtand; ſeitdem dieſe aber weggefallen ſind, ſeitdem die religiöſen Genoſſenſchaften ſelbſt in den betreffenden Ländern dieſelben nicht mehr fordern, ſeitdem folglich die Ordensregel für jedes einzelne Mitglied lediglich Sache ſeines Gewiſſens, ſeiner inneren Willensbeſtimmung iſt, hat Niemand mehr das Recht, die Befolgung derſelben zu hindern, oder zu inquiriren, welche Vorſätze wir in unſerm Innern gemacht haben, welche Lebensweiſe wir in unſern Häuſern befolgen. Wir können daher unabweis-

bar die unbedingte Freiheit aller religiösen Genossenschaften fordern. Auch hier müssen Bischöfe und Volk vereint zusammenstehen, um diese Freiheit gegen alte Vorurtheile zu erkämpfen und wenn sie errungen ist, so wird auch dadurch das ganze kirchliche Leben und die Kraft der Kirche Gottes einen mächtigen Zuwachs erlangen.

Ein viertes Mittel, die göttliche Kraft in der Kirche zu bethätigen, ist die Heiligung ihrer Priester. Das steht mit dem Gesagten in inniger Verbindung. Um die Aemter der Kirche im Geiste Christi zu besetzen, muß die Kirche auch Priester haben, die vom Geiste Christi erfüllt sind. Die Macht der Priester wird oft überschätzt und oft unterschätzt. Außer der Kirche macht man sich von dem katholischen Priesterthum eine ganz verkehrte Vorstellung und dieses Vorurtheil wird dann ein Haupthinderniß, das Wesen der Kirche zu erkennen. Man stellt sich das Priesterthum vor, als ob es gewissermaßen zwischen Christus und dem Volke stehe, so daß der unmittelbare Verkehr zwischen dem Christen und seinem Heiland dadurch gehindert sei. Das ist eben so wenig der Fall, als die Hand des Vaters, die dem Kinde das Brod zur Nahrung reicht, das unmittelbare Verhältniß zwischen dem nährenden Brode und dem Leibe des Kindes hindert; oder als der Lehrer, der dem Schüler die Wahrheit lehrt, dadurch die unmittelbare Beziehung zwischen der Wahrheit und der Seele des Schülers aufhebt. Dadurch daß der katholische Priester dem von Gott verordneten Stande

angehört, der berufen ist, dem Volke das Brod des Lebens in den Sakramenten darzureichen und die göttliche Wahrheit zu lehren, hindert er wahrhaftig nicht den unmittelbaren Verkehr zwischen der Seele des Christen und Christus selbst. Wie er das heiligste Sakrament von dem Altare zu den Christen trägt und ihnen zum Genusse darreicht und dadurch nicht die Verbindung zwischen Christus und der Seele hindert, so ist es mit seinem ganzen Wirken. Als Christus das Brod vermehrte, gab er es den Jüngern, um es dem Volke auszutheilen. Das ist das Priesterthum: ein Austheilen, ein Ausspenden, wie der Apostel sagt, der Geheimnisse Gottes, nicht eine Trennung des Volkes von Christus. Man stellt sich ferner das Priesterthum vor, als ob es in seiner Lehrautorität und in seiner Hirtengewalt unbeschränkt sei, während das gerade Gegentheil der Fall ist. Der protestantische Prediger ist weit unbeschränkter in seiner Lehrgewalt und in seiner Machtvollkommenheit als der katholische Priester; denn jener hängt in Bestimmung des Umfanges beider lediglich von seiner subjektiven Interpretation des Wortes Gottes ab, während der katholische Priester nichts lehren darf, als die Glaubenslehre seiner Kirche, und dem Volke nichts befehlen darf, als die zehn Gebote Gottes und die fünf Gebote seiner Kirche. Jedes katholische Kind kann in seinem Katechismus genau die Competenz der Lehr- und Hirtengewalt seines Priesters controliren und diese Controle wird auch in der That auf

das Allergenaueſte geübt. Wo ein katholiſcher Prieſter es wagen ſollte, dieſes Maß ſeiner rechtmäßigen Competenz im Mindeſten zu überſchreiten, da würde es ſofort von dem katholiſchen Volke bemerkt werden.

Auf der andern Seite aber unterſchätzt man das katholiſche Prieſterthum. Der geheiligte Prieſter hat eine viel größere Macht, als man glaubt; eine wahrhaft welt-überwindende, unwiderſtehliche Macht. Seine Macht iſt nicht groß dem Umfange ſeiner Befugniſſe nach, wie die Glaubenslehren und die göttlichen Gebote auch nicht groß ſind der Zahl nach; ſeine Macht iſt aber unberechenbar groß der Wirkſamkeit nach. Der geheiligte Prieſter hat einen Antheil an der Macht, in welcher Chriſtus die Welt überwunden hat, er hat einen Antheil an der Macht Chriſti ſelbſt. Jene Fiſcher vom See Geneſareth, welche die Welt durchzogen und allen Creaturen die Lehre Jeſu verkündeten; jene Glaubenszeugen, die in allen Welttheilen ſiegreich die Fahne des Kreuzes aufgepflanzt haben; jene großen Kirchenväter und Lehrer der Menſchheit waren geheiligte Prieſter. Das Prieſterthum in einem heiligen Manne und das Prieſterthum in einem vielleicht vor der Welt ganz tadelloſen, aber ganz gewöhnlichen Menſchen iſt im Weſen zwar dasſelbe, aber in ſeiner Wirkſamkeit für die Kirche und die Menſchheit, in ſeiner Wirkſamkeit für Verbreitung des Reiches Chriſti unermeßlich verſchieden. Ein geheiligter Prieſter hat oft den göttlichen Samen des Chriſtenthums über große

Theile der Welt ausgeſäet, ſo daß überall in weiter Ferne göttliches Leben zu keimen und zu wachſen anfing und wie eine himmliſche Saat in Ländern aufblühte, die bis dahin dem tiefſten Verderben anheimgegeben ſchienen, während das Leben eines unheiligen Prieſters ſelbſt in dem kleinen Raume ſeiner Amtsthätigkeit ſpurlos vorübergeht. Daher kömmt es auch, daß zu jeder Zeit unter den ſchwierigſten Verhältniſſen heilige Prieſter voll Siegesmuth waren, voll Vertrauen, ja voll Gewißheit über den Sieg des Kreuzes; während Niemand muthloſer und rathloſer iſt, ſelbſt unter den kleinſten alltäglichen Schwierigkeiten im Kampf gegen die Welt, als der unheilige Prieſter, der von dem Geiſte der Welt erfüllt iſt, ſtatt von dem Geiſte Jeſu Chriſti.

Wenn aber zu jeder Zeit die ſiegende Kraft der Kirche weſentlich von der Heiligkeit der Prieſter abhängt, oder, was daſſelbe iſt, von der Aehnlichkeit mit Chriſtus ſelbſt, der ein ſich ähnliches Werkzeug fordert, um durch daſſelbe ſelbſt zu wirken, ſo iſt das insbeſondere der Fall in unſerer Zeit, dem Geiſte gegenüber, den wir zu bekämpfen haben. Nicht durch äußeren Glanz, nicht durch eine mächtige äußere Stellung, ſondern nur durch die Heiligkeit des Prieſterthums kann der antichriſtliche Geiſt überwunden werden, der jetzt in der Welt herrſcht. Die Kirche hat ſich in manchen Gegenden Norddeutſchlands eine ehrenvolle Anerkennung erworben; wo das geſchehen iſt, da lag der Grund in dem Wirken geheiligter Prieſter. Weil es in den norddeutſchen

Diöceſen viele, ſehr würdige Prieſter gegeben hat, hat auch die Kirche ſich Anerkennung erworben; das wird auch für die Zukunft das einzige Mittel ſein. Unſere Aufgabe iſt die Wiederausſöhnung der Proteſtanten mit der Kirche; dieſer große Zweck wird aber nicht durch äußere Mittel erreicht, ſondern durch die Heiligkeit des katholiſchen Prieſterthums. Die dogmatiſchen Differenzen müſſen vor Allem durch die Heiligkeit entſchieden werden.

Man hat in letzter Zeit oft von der Errichtung eines Bisthums in Berlin geſprochen. Wir würden uns unendlich mehr freuen, wenn in Berlin ein Haus geheiligter Prieſter gegründet würde, als ein Bisthum. Thiers hat im vorigen Jahre im Parlament geſagt, er habe im Laufe ſeines Lebens ſchon viele ausgezeichnete Erzbiſchöfe von Paris kennen gelernt; ſie alle ſeien ſehr verdienſtvolle Männer geweſen, alle hätten aber einen ſehr fühlbaren Fehler gehabt, daß nämlich Notre-Dame zu nahe bei den Tuilerien liege — St. Hedwig liegt noch viel näher beim königlichen Schloſſe in Berlin. Ein Hofbiſchof in Berlin, der mehr Werth auf äußere Etiquette als auf Heiligkeit legte, könnte vielleicht der Kirche mehr ſchaden, als alle Feinde der Kirche in Preußen zuſammengenommen. Wir würden ein Bisthum in Berlin für ein Unglück halten.

Eine andere große Gefahr finden wir in der Militärſeelſorge, die wir grundſätzlich für ſchädlich halten, ſobald ſie von der ordentlichen biſchöflichen Jurisdiction eximirt

iſt. Die Folgen davon können ſich in Preußen noch nicht zeigen. Jene vortreffliche Militärgeiſtlichen der preußiſchen Armee, welche der Kirche durch ihr Wirken mancherlei Anerkennung erwarben, haben in dem ordentlichen Diöceſanverbande ihren Geiſt geſchöpft und beſteht daher die abgeſonderte Militärſeelſorge zwar thatſächlich, aber noch nicht in den Wirkungen als Inſtitution mit einem eigenen Geiſte. Erſt in der Zukunft, wenn dieſe Inſtitution älter iſt, kann ſie ihre Früchte zeigen. Gott bewahre Preußen vor den Folgen, die ſie in anderen Ländern gehabt hat. Wir halten die Stellung, welche dieſe Militärprieſter haben, für äußerſt gefährlich für die Heiligung des Prieſterſtandes und wir ſind doch zugleich überzeugt, daß kein Stand mehr Heiligung bedarf, um wahrhaft zu wirken, als der Militärprieſter. Wenn der Militärgeiſtliche der preußiſchen Armee mehr Einfluß übt, als der Militärſeelſorger in der öſterreichiſchen Armee, ſo hängt das, wie wir glauben, mit den beſprochenen Verhältniſſen zuſammen.

Die Kirche bedarf daher in allen Verhältniſſen beſonders in der Gegenwart eines geheiligten Prieſterſtandes und wir glauben, daß auch in dieſer Hinſicht die Zeitereigniſſe nicht ungünſtig gewirkt haben. Die Gefahr der Wahl dieſes Standes ohne göttlichen Beruf iſt weſentlich vermindert worden; die Anſtalten zur Bildung und Erziehung geheiligter Prieſter haben ſich überall vermehrt und es geht ein ſo ernſter Geiſt durch den ganzen Prieſterſtand, daß wir darin die Abſichten Gottes

nicht verkennen können. Ein großes und mächtiges Mittel, um den Geist der Heiligkeit im Priesterthum zu befördern, ist auch das gemeinschaftliche Leben der Priester. Seitdem Christus, unser hoher Priester, selbst mit seinen Aposteln zusammenlebte, hat dasselbe für die Heiligung des Priesterstandes eine wunderbare Bedeutung erlangt. Die Zeiten, in denen der Geist Christi sich am kräftigsten im Priesterstande regte, waren jene, wo die Priester sich zu einem gemeinschaftlichen Leben mächtig hingezogen fühlten. Möchte die Zeit wiederkehren, wo, von den Bischöfen mit ihren Domcapiteln angefangen, wieder viele Priester zu diesem gemeinschaftlichen Leben sich vereinigten; das würde mehr als vieles Andere dazu beitragen, den Geist der Heiligkeit im Priesterthum zu mehren und dadurch die göttliche Kraft des Priesterthums ihrem Wirken zu verleihen.

Ein fünftes großes Mittel, das göttliche Leben in der Kirche zu entfalten, ist die Wissenschaft und in Verbindung mit ihr die Schule, von der höchsten bis zur niedrigsten. Was die Schule selbst betrifft, so steht freilich der Zeitgeist auf diesem Gebiete noch den Anforderungen der Kirche in der schroffsten Weise entgegen. Wir haben aber auch bereits in unseren Bemerkungen über die Schule hervorgehoben, daß wir hier seine Stellung für unhaltbar halten. Der Standpunkt, welchen er in dieser Hinsicht einnimmt, steht und fällt mit der Idee des absolutistischen Staates. Wenn wir wahrhaft einer freien Entwickelung entgegengehen im

Geiſte wahrer germaniſcher Freiheit, ſo kann die Forderung des katholiſchen Volkes, Schulen zu haben, durch alle Stufen, die ſeinen religiöſen Bedürfniſſen vollkommen entſprechen, nicht abgelehnt werden. Vorläufig leidet noch das Chriſtenthum und die Kirche unter keinen Verhältniſſen mehr, als unter den gegenwärtigen Schul- und Unterrichtsverhältniſſen, und der größte Theil derer, die unter unſeren Zeitgenoſſen dem chriſtlichen Glauben entfremdet ſind, ſind es durch die Schulen geworden. Leider ſind vielfach die deutſchen Mittel- und Hochſchulen Parteianſtalten des Unglaubens, ja theilweiſe ſelbſt des platten Materialismus geworden. Weil wir aber in Deutſchland faſt keine katholiſchen Schulen mehr haben, können wir auch faſt keine katholiſche Wiſſenſchaft mehr beſitzen. Wir haben eine kleine Zahl katholiſcher Gelehrten, deren Wirken um ſo verdienſtlicher iſt, je vereinzelter ſie ſind, und die durch den Einfluß, den ſie gewonnen haben, uns beweiſen, welchen Werth für die Kirche in Deutſchland es hätte, wenn ſie von einer entſprechenden katholiſchen Wiſſenſchaft unterſtützt würde. Wir haben aber keine Träger der katholiſchen Wiſſenſchaft, keine katholiſchen Lehrkörper und deßhalb ſind die Beſtrebungen zur Gründung einer katholiſchen Univerſität innerlich ſo berechtigt und für das Leben der Kirche ſo nothwendig, daß ſie allgemeine Unterſtützung verdienen und endlich zu einem Erfolg führen müſſen.

Das ſind einige Andeutungen darüber, wie die Kirche

unter den veränderten Verhältniſſen ihre große Sendung zu erfüllen ſich bemühen wird und wie auch, obgleich in den Zeitverhältniſſen ſo Manches ſich ungünſtig für ſie geſtaltet hat, dennoch auf der anderen Seite wieder Vieles liegt, was zur Förderung ihres Lebens und ihrer Wirkſamkeit dienen kann. Es iſt ſchwer für uns, mit unſeren blöden Blicken von der Zukunft zu ſprechen; wir dürfen es auch gewiß immer nur mit großer Beſcheidenheit thun; wenn wir aber von dem Leben der Kirche Gottes ſprechen, ſo wiſſen wir wenigſtens das Eine, daß ſie auf einen Felſen gegründet iſt, der allen Anfechtungen der Welt widerſtehen wird und daß ſie trotz aller Kämpfe der Welt gegen ſie, die Welt überwinden wird. Es iſt daher gewiß nicht vermeſſen, wenn wir in dieſem Vertrauen auch die Verhältniſſe der Gegenwart uns erklären und unter allen Niederlagen die Lichtſtrahlen des Sieges erkennen.

XIV.

Die Monarchie.

Die Kirche hat für ihre ununterbrochene Fortdauer auf Erden eine göttliche Verheißung, deren Erfüllung in einer Geſchichte von achtzehn Jahrhunderten ſchon theilweiſe vor uns liegt; die Monarchie hat keine ſolche göttliche Verheißung ihrer Fortdauer, noch weniger beſitzt ein einzelnes Fürſtengeſchlecht dieſelbe.

Ein Profeſſor einer deutſchen Univerſität[1]) hat uns den inneren Entwickelungsgang der neueren deutſchen Geſchichte in dem Gedanken zuſammengefaßt, daß es die Aufgabe der deutſchen Fürſten geweſen ſei, durch ihren Abfall von der katholiſchen Kirche und durch ihr Beſtreben nach abſoluter Fürſtengewalt, nach Sou-

1) G. G. Gervinus, Einleitung in die Geſchichte des neunzehnten Jahrhunderts. Leipzig 1853.

veränität, die Macht des Papſtes und des deutſchen Kaiſers zu brechen; daß folglich der Fürſten-Abſolutismus der letzten Jahrhunderte als Mittel zu dieſem Zwecke, als Mittel, um Deutſchland von dieſem doppelten Uebel zu befreien, nothwendig und deßhalb berechtigt geweſen ſei; daß aber nun die Demokratie, der dadurch nur der Weg gebahnt ſei, die Aufgabe habe, es den Fürſten zu machen, wie ſie ſelbſt es dem Papſte und dem Kaiſer gemacht hätten, um an ihrer Stelle das Regiment in die Hand zu nehmen. Der Herr Profeſſor verſichert uns deßhalb, daß die demokratiſche Verfaſſung das nothwendige Product des ganzen inneren Entwickelungsganges der Völker der Gegenwart ſei; ſie ſei die Verfaſſung der Zukunft, des Fortſchrittes und der Vollendung. Die Herren Profeſſoren, welche die Diener der Fürſten zu Lehrern des deutſchen Volkes beſtellt, haben dafür geſorgt, daß dieſe Anſicht nicht iſolirt geblieben iſt. Sie iſt jetzt der Grundgedanke eines großen Theiles der ſ. g. gebildeten Welt. Wir kennen kein anderes Buch, in welchem der innerſte Gedanke dieſer unſerer Zeitgenoſſen ſo ehrlich, ſo wahr und ſo erſchöpfend ausgeſprochen iſt, wie hier. Wir können es daher als ein politiſches Glaubensbekenntniß Vieler betrachten, und je mehr man dieſe Wünſche aus Klugheitsrückſichten namentlich den Fürſten, die mitwirken ſollen, ſie zu verwirklichen, zu verbergen ſucht, deſto werthvoller ſind uns dieſe Geſtändniſſe, deſto wichtiger iſt es, auf ſie zurückzukommen, um das

wahre Verständniß vieler politischer Bewegungen unserer Zeit zu haben.

Wir können nicht verkennen, daß in dieser Ansicht eine Consequenz liegt; die Consequenz einer Lavine, die sich oben an der Spitze des Berges losgelöst und nun herabstürzt, um auf dem ganzen Wege bis auf den Thalgrund Alles zu zerstören. Wir können nicht verkennen, daß alle Fürsten, welche mitgewirkt haben, die Autorität in Kirche und Reich zu erschüttern, dadurch einen Strom entfesselt haben, der in seinem natürlichen Laufe auch ihren Thron erfassen und wegreißen wird. Wir können endlich nicht verkennen, daß die letzten Zeitereignisse die Erfüllung der Verheißungen unseres Professors um vieles wahrscheinlicher gemacht haben. Dieselben Grundsätze, die auch die Demokratie zur Erreichung ihrer Pläne bedarf, daß nämlich alle Mittel erlaubt sind, alles Unrecht Recht wird und jede geschichtliche positive Berechtigung weichen muß, wenn es sich um Verwirklichung eines politischen Systemes handelt, haben ja im letzten Kriege einen großen Sieg davon getragen und die Demokratie wird nicht verfehlen, zur rechten Zeit auch ihrerseits von ihnen Gebrauch zu machen.

Dennoch werden die Monarchien in der Art, wie jener Professor es vorhergesagt, nicht verschwinden, und noch weniger würden wir einer hohen politischen Prosperität der Völker bei einer andauernden und bleibenden demokratischen Ver-

faſſung entgegengehen. Schon die weltgeſchichtliche Thatſache ſteht dieſer Annahme entgegen, daß alle demokratiſchen Staaten einer ſchnellen Auflöſung und noch ſchneller einer inneren Corruption verfallen ſind. Es gibt in der Geſchichte keine evidentere Thatſache, als daß unter den verſchiedenen möglichen Verfaſſungsformen die monarchiſche diejenige iſt, welche weitaus am häufigſten ſich vorfindet, die längſte Dauer hat und verglichen, nicht mit einem willkürlichen Ideale, ſondern mit der Wirklichkeit, mit den Schatten- und Lichtſeiten aller anderen Verfaſſungsformen immer die meiſte Garantie für das Glück der Völker bietet. Wenn wir daher die Geſchichte befragen und in ihren Ergebniſſen eine innere Berechtigung und Nothwendigkeit erkennen, ſo müſſen wir annehmen, daß die gemäßigte Monarchie die relativ beſte Verfaſſungsform ſei. Dazu kömmt ferner, daß die Monarchie in dem Leben der deutſchen Völker die tiefſten Wurzeln geſchlagen hat, Wurzeln, die noch lebenskräftig im Herzen des chriſtlichen deutſchen Volkes ſind, wenn ſie auch in den Herzen und in den Köpfen jener Bevölkerungsclaſſen abgeſtorben ſind, die nach den modernen Grundſätzen und zumal in höheren Staatsſchulen erzogen wurden. Dazu kömmt endlich, daß wir in der deutſchen Geſchichte das Vorbild der beſten monarchiſchen Verfaſſungsform, der mit Autonomie des Volkes verbundenen, beſchränkten Monarchie im Gegenſatz zur abſoluten vor Augen haben. Wenn es daher ſelbſt eintreten würde, was freilich nicht unmöglich iſt, daß

in Folge von Revolutionen die deutschen Throne zusammenstürzten und eine demokratische Verfassung versucht würde, so wäre das keine Grundlage zu bleibenden Zuständen und nicht eine Zeit des Friedens und allgemeiner Prosperität, sondern eine Zeit endloser innerer Kämpfe, aus denen endlich doch wieder die Monarchie hervorgehen würde.

Mögen daher auch die Ereignisse eintreten, wie sie wollen, so werden die Fürsten und ihre Geschlechter fortfahren, auf die Geschicke unseres deutschen Vaterlandes einen großen Einfluß zu üben. Von der Tüchtigkeit der Fürsten wird daher zu einem beträchtlichen Theile das Wohl der Staaten abhängen. Wenn wir den Grund der großen Ereignisse der letzten vier Jahrhunderte suchen, so werden wir ihn nicht ganz finden, ohne den Einfluß zu berücksichtigen, den die Fürsten an denselben genommen haben. Wie die Kirchenspaltung ist auch die Zerstörung des deutschen Reiches vorwiegend ein Werk der Fürsten gewesen; die französische Revolution würde nie die Uebermacht in der Welt erlangt haben ohne den Antheil, den die Fürstenhöfe an der Verbreitung der Grundsätze genommen haben, die ihr zu Grunde lagen. Die Revolution befolgte wesentlich die nämlichen Grundsätze, welche fast alle Fürsten in Europa adoptirt hatten; sie wendete dieselben nur nicht im Interesse der Fürstenfamilien, sondern im eigenen Interesse an. Sie waren oft die ersten Vertreter dieses Zeitgeistes, des fortgeschrittensten Zeitgeistes, oder wenigstens die Werkzeuge desselben.

Es iſt ſchwer, über jene Sterblichen, denen Gott dieſe Stellung, die für die Menſchenatur faſt zu ſchwer iſt, eingeräumt hat, zu ſprechen, ohne in Gefahr zu kommen, entweder zu ſchmeicheln, oder jene Ehrfurcht zu verletzen, die ihnen gebührt. Zur Zeit freilich, als noch alle Fürſten Kinder der einen katholiſchen Kirche waren, wurde ihnen im Namen Gottes die Wahrheit mit derſelben Rückſichtsloſigkeit geſagt, wie dem Volke. Das hat jetzt aufgehört; und obwohl kein Menſch auf Erden es mehr bedürfte, daß er auf ſeine Pflicht und ſeine Verantwortung hingewieſen würde, wie der Fürſt, ſo entbehrt doch gerade keiner mehr dieſes mächtigen Hilfmittels, um die ſchwerſten Verirrungen zu vermeiden. Seitdem die Einheit des Glaubens verſchwunden iſt, haben auch die Fürſten die Feſtigkeit ihrer Grundſätze, die Klarheit über ihre Ziele vielfach verloren; jede Schwankung in den Grundſätzen aber, in den Zielen, in den Mitteln, in dem Urtheil über das, was dem Lande heilſam oder nachtheilig iſt, wird dann um ſo verderblicher für das ganze Volk, je höher und einflußreicher ihre Stellung iſt. Wie ſchwer iſt es, klar zu ſein über die Welt, über die täglich auftauchenden großen Fragen, über das, was den Völkern zum Heile und zum Verderben gereicht! wie ſchwer iſt es, Menſchen richtig zu kennen, die edelſten und beſten auszuwählen, die verſchmitzten, lügneriſchen, ſelbſtſüchtigen zu meiden! wie ſchwer iſt es, mitten unter allen Verlockungen der Welt ſich vor ihnen zu

bewahren! wie ſchwer das Alles in einer Zeit, wo der bodenloſeſte Subjektivismus herrſcht, wo alle Wege der Geſchichte verlaſſen ſind, wo auch der Fürſt in jedem Augenblicke über ganz neue Verhältniſſe ein Urtheil fällen muß! Und dennoch, wir wiederholen es, welches Gewicht haben dieſe Entſchlüſſe, welchen Segen und welches Verderben können ſie bringen!

Zwei Wahrheiten ſcheinen uns hiernach klar zu ſein: daß erſtens die Geſchicke der Menſchen und der Staaten weſentlich von den Fürſten, die ſie regieren, abhängen werden; und daß zweitens Fürſten ohne Glauben und Gottesfurcht noch mehr, wie alle anderen Menſchen, den rechten Weg verlieren und zum Verderben der Völker werden müſſen. Der Glaube allein kann den Fürſten ſchützen gegen die Gefahren ſeiner Stellung; der Glaube allein iſt im Stande, ihm die nothwendige Feſtigkeit der Grundſätze zu geben; der Glaube allein wird ihm jene wahrhaft fürſtliche Geſinnung verleihen, für die Wahrheit und Gerechtigkeit, und nicht für niedere ſelbſtſüchtige Intereſſen zu kämpfen und, wenn nöthig, im Kampfe zu ſterben. Ohne den Glauben, ohne Gottesfurcht werden die Fürſten das Unheil ihrer Völker, der Spielball der Parteien. Glaubensloſe Fürſten ſind nach dem Worte Gottes eine Zuchtruthe, durch welche Gott die Völker ſtraft.

Es wird vielleicht geeignet ſein, hier einige jener wichtigen Stellen der heiligen Schrift anzuführen, in denen

Gott den Fürſten ihre Pflichten vorhält und das Glück guter und das Unheil ſchlechter Fürſten uns ſchildert. Möchten Fürſten und Völker ſie beherzigen.

So ſpricht Gott durch einen König zu allen Königen: „Höret nun Könige und erfaſſet es: leihet Gehör, ihr, die ihr Gewalt übet über die Völker. Von dem Herrn iſt euch die Gewalt gegeben, und die Macht, die ihr übt, geht vom Allerhöchſten aus. Er nimmt eure Werke ins Verhör und er durchforſcht eure Rathſchläge, weil ihr, obwohl Diener ſeiner Herrſchaft, nicht richtig Recht geſprochen, das Geſetz der Gerechtigkeit nicht bewahrt habet und nach dem Willen Gottes nicht gewandelt ſeid: das ſchwerſte Gericht wird die Vorgeſetzten treffen. Der Geringe erlangt Barmherzigkeit, die Machthaber aber werden mächtige Strafe leiden; denn Gott ſcheuet ſich vor keiner Größe, indem er den Kleinen und den Großen erſchaffen hat und trägt in gleicher Weiſe Obſorge für Alle. An euch Herrſcher ergehen dieſe meine Reden. Begehret nach meinem Worte, liebet es und es wird euch führen: lichthell und nimmer verwelkend iſt die Weisheit (welche es verleiht) und leicht wird ſie wahrgenommen von denen, welche ſie lieben... Der Sinn für dieſe Führung iſt Liebe, Liebe aber iſt Beobachtung ihrer Geſetze, Beobachtung der Geſetze aber iſt Vollendung der Unſterblichkeit, Unſterblichkeit endlich hat zur Folge: Gott nahe ſein. So geleitet das Verlangen nach Weisheit zum ewigen Königthume. Wenn ihr euch ſomit erfreuet an Thronen und Sceptern, o Herrſcher

des Volkes, so verehret die Weisheit, damit ihr in Ewigkeit Könige seid [1]."

Schlechte Könige dagegen bringen Unheil über die Völker und werden Strafgerichte in der Hand Gottes zur Züchtigung der Völker. Ein solches Strafgericht verkündet Isaias den Juden: „Siehe, der Herr der Herrscher nimmt weg von Jerusalem und von Judäa, was stark ist und kräftig,... Helden und Krieger, Richter und Propheten, Rathgeber und Weise... Dafür bestelle ich Knaben als ihre Fürsten und Weichlinge sollen herrschen über sie. Und das Volk wird sich erheben Mann gegen Mann und jeder gegen seinen Nächsten; der Bube wird toben gegen den Greis und der Niedere gegen den Hohen [2]." Aehnlich sagt der Prediger: „Wehe dem Lande, dessen König ein Knabe ist und dessen Fürsten in Schwelgereien leben; Heil dem Lande, dessen König ein Edler ist und dessen Fürsten essen zur rechten Zeit, zur Stärkung und nicht zur Ueppigkeit [3]!"

So spricht das Wort Gottes über die Könige und zu allen Völkern der Erde; es belehrt uns, welchen Antheil die Fürsten im Guten wie im Bösen an der Weltgeschichte genommen haben, und auch in der Zukunft an derselben nehmen werden.

---

1) Buch der Weisheit VI.

2) Is. 3, 1 ff.

3) Prediger 10, 16.

XV.

Christ — Antichrist.

In diesem Gegensatze liegt die Entscheidung für die Zukunft.

Wir schließen unsere Betrachtungen mit zwei Bemerkungen.

Es steht am Himmel ein finsteres Gestirn, von dem es schwer zu sagen ist, ob es im Abnehmen oder Zunehmen begriffen ist; und ob es im ersteren Falle nur zeitweise abnimmt, um dann wieder sich mächtiger zu erheben und seinen verderblichen Einfluß auf die Welt zu üben. Dieses Gestirn ist die Vergötterung der Menschheit in der Form des Gott-Staates. Wer an Gottes Wort glaubt, wird, je mehr er an Erkenntniß und Erfahrung zunimmt, eine hohe Freude, ein Unterpfand der Wahrheit seines Glaubens darin finden, daß ihm der Sinn des Wortes Gottes immer

tiefer erſcheint, daß ihm daſſelbe immer mehr ein Licht wird, um in den Grund der Dinge, die ſich ſeinem Geiſte zur Betrachtung darbieten, einzudringen. Eines dieſer göttlichen Worte, deren Erkenntniß uns den Gang der Weltgeſchichte klar macht, iſt jenes auf den erſten Blättern der heiligen Schrift, wo uns als Grund des Abfalles unſerer Stammeltern von Gott das Wort des Verſuchers: „Ihr werdet Gott gleich werden," angegeben wird. Darin lag auf der einen Seite die Größe der Beſtimmung des Menſchen und der ihm von Gott gegebenen Gaben; denn nur ſeiner überaus hohen Beſtimmung wegen war das Beſtreben möglich, Gott gleich zu werden und ſich über Gott zu erheben. Darin lag aber auf der anderen Seite auch die ganze Gefahr des Menſchengeſchlechtes, nämlich die Ueberhebung über die ihm von Gott angewieſene erhabene Stellung als Kind und Geſchöpf Gottes. Dieſe Verſuchung iſt nicht nur an die erſten Stammeltern herangetreten, ſondern ſie tritt an jedes ihrer Kinder heran. Zu jedem ſpricht der böſe Geiſt: Du ſollſt Gott gleich ſein; für jeden liegt die Entſcheidung darin, ganz wie bei den erſten Stammeltern, ob er dieſer Stimme folgt oder nicht.

Mit dieſer Verſuchung des einzelnen Menſchen iſt aber der Sinn dieſer Worte noch nicht erſchöpft. Die Kräfte, die Gott dem Menſchen gegeben hat, die Aufgabe, die er ihm geſtellt, die Entwickelungen auf allen Gebieten ſeines Lebens, zu denen er befähigt iſt, ſind nicht abgeſchloſſen in ſeinem indivi-

duellen persönlichen Leben. Der Mensch gehört überdies der Menschheit an. Wir stammen alle von einem Stammvater und bilden deßhalb eine unlösbare Gemeinschaft. Nur in dieser Gemeinschaft besitzen wir vollkommen die uns von Gott verliehenen Gaben; nur in dieser Gemeinschaft erreichen wir unsere volle Bestimmung. Das Gute und Böse des Menschen erreicht erst seine ganze Größe und Vollendung, wenn es in dieser Verbindung auftritt. Das Reich Gottes auf Erden, wie das Reich der Finsterniß verwirklichen sich als Reich, als Gemeinschaft. Die Empörung des Geschöpfes gegen seinen Schöpfer, des Menschenkindes gegen seinen unendlich liebreichen Vater, zu welcher der böse Geist den Menschen aufforderte, wenn er ihn antrieb, darnach zu streben, Gott gleich zu sein, erreicht daher nicht mit der Auflehnung des einzelnen Menschen gegen Gott ihr Ende, sie wird vielmehr auch mit der ganzen Macht noch auftreten, die der Mensch in der Genossenschaft, in der Verbindung findet. Auf den Versuch des einzelnen Menschen, sich über Gott zu erheben, folgt mit einer gewissen relativen Nothwendigkeit der Versuch, die Menschheit, das Menschthum, den Menschen in seiner Gesammtheit über Gott zu erheben; der Selbstvergötterung des einzelnen Menschen folgt die Selbstvergötterung des Menschthums. Nach so vielen Anzeichen der Zeit können wir wohl annehmen, daß wir in dieser Entwickelung begriffen sind; ja, daß dies der tiefste Grund vieler Erscheinungen der Gegenwart ist. Dieses Wort der

heiligen Schrift erklärt uns daher nicht nur die Geschichte der Menschen in den abgelaufenen Jahrtausenden, sondern auch in unseren Tagen in ganz überraschender Weise.

Für diesen Versuch aber, die Menschheit als solche zu vergöttern, ist keine andere Form zu finden, als die des Staates — und zahllose Richtungen der Zeit laufen, wie viele kleine Bäche, in diesem Einen Strom zusammen: der Gott-Staat, der Staat ohne Gott, der Staat als die Darstellung des reinen Menschthums und als die höchste Verwirklichung und Verherrlichung desselben. Das ist das Wesen des modernen Staates. Das ist auch, soviel wir es zu beurtheilen vermögen, die Richtung der geheimen Gesellschaften und des Freimaurerthums; zwar nicht in den Hoflogen, welche für das eigentliche Leben des Freimaurerthums durchaus nicht maßgebend sind und nur aus Klugheitsrücksichten von den übrigen Logen ertragen werden, wohl aber in allen, welche die Lebenskraft dieser Verbindungen vertreten.

Einige der fortgeschrittensten Logen haben deßhalb auch in neuerer Zeit die Bibel entfernt und an deren Stelle ein leeres Buch mit weißen Blättern gelegt mit der einzigen Aufschrift: „Gott!" Das ist gewiß mehr Wahrheit, um den Geist dieser Verbindungen zu bezeichnen, als die Bibel auf dem Tische; so weit mußte es kommen. Paulus predigte im Areopag, um den Heiden den unbekannten Gott, den sie verehrten, durch die Lehre Christi bekannt zu machen;

das war seitdem die Mission des Christenthums; Gott sollte den Menschen nicht mehr unbekannt sein, seitdem Gott selbst in Christus erschienen war. Jene Richtung ist die gerade entgegengesetzte und deßhalb wesentlich antichristliche. Was das Christenthum den Menschen von Gott bekannt gemacht hat, soll wieder unbekannt werden. Dieses Buch mit der Inschrift „Gott!" aber mit weißen Blättern ohne Inhalt, in welches auch der Gottesleugner seine Lehre von der Gott-Menschheit beliebig eintragen kann, ist ein merkwürdiges und ganz zutreffendes Symbol des wahren, lebendigen Freimaurerthums unserer Tage. In demselben Maße aber als diese Geistesrichtung Gott wieder zu einem uns ganz Unbekannten macht, stellt sie sich zugleich dar als die Repräsentantin des rein Menschlichen, des wahrhaft Menschheitlichen, des wahren Menschenthums. Diese Verdunkelung des wahren Gottesbegriffes muß natürlich vorausgehen, ehe der Verführer den Menschen wieder mit neuer Kraft das alte Wort zurufen soll: Ihr sollt wie Gott sein. Die wahre Vergöttlichung des Menschen, wie das Christenthum sie will, schöpft ihre ganze Bedeutung, Wahrheit und Kraft aus der wahren Gottes-Erkenntniß; die Empörung gegen Gott aber, in der zugleich alles Verderben und alle Sünde ruht, schöpft nothwendig ihre Möglichkeit aus einer Verdunkelung der Gottes-Erkenntniß. Nur eine Menschheit, die jener Gottesidee beraubt ist, kann das Verbrechen begehen, sich selbst zu vergöttern.

Die Form aber für dieſe Abgötterei des Menſchthums, für dieſe letzte und boshafteſte Abgötterei, kann nicht mehr, wie im alten Heidenthume die göttliche Verehrung der Werke Gottes ſein, der Sonne, des Mondes, der Sterne, ſondern ſie muß die göttliche Verehrung des Geiſtes und der Werke des Menſchen ſein. Das aber iſt der Gott-Staat als Werk und Darſtellung des Menſchthums. Die letzte und höchſte Empörung, zu der es folglich die Menſchen treiben können gegen Gott, ehe alle, die daran Antheil nehmen, in den ewigen Abgrund ſtürzen, ſucht ſich deßhalb in dieſem Gott-Staate zu verwirklichen. Dieſes Antichriſtenthum in dieſer Form iſt das ſchwarze Geſtirn, das am Himmel ſteht; es iſt ſchon lange aufgegangen in der Idee des abſoluten Staates; es ſcheint ſogar in dieſem Augenblicke etwas zu ſinken; es kann aber durch Weltereigniſſe ſich plötzlich wieder furchtbar erheben und eine große Macht auf einige Zeit gewinnen. Möge Gott unſere nächſte Zukunft davor bewahren. Sollte dies aber eintreten, ſo wäre das ein Zeichen, daß jene Zeiten furchtbarer zerſtörender Kämpfe nahen, von denen die heiligen Schriften reden.

Die zweite Bemerkung.

Alle Richtungen der Zeit, die böſen wie die guten, drängen uns auf einen Punkt hin, nämlich auf Chriſtus; auf Eine Entſcheidung, nämlich auf die, ob wir mit oder gegen Chriſtus ſtehen wollen. Von dieſer Wahl wird daher auch die Zukunft abhängen, ob ſie uns Heil oder Unheil

bringen wird; in dieſer Entſcheidung liegt die Entſcheidung aller Fragen.

Dahin drängt die Wiſſenſchaft alle Geiſter. Die Alten nannten die Weisheit das Haupt aller Wiſſenſchaften. Darin ſtimmen die großen chriſtlichen Denker ihnen freudig bei. Der heil. Thomas von Aquin ſagt von der Weisheit, daß ſie uns befähige, die letzten Gründe der Dinge zu erkennen; daß ſie deßhalb auch alle anderen Erkenntniſſe richte und ordne, indem ein richtiges Urtheil und eine richtige Erkenntniß nur durch die Einſicht in den letzten Grund und das letzte Ziel der Dinge möglich ſei. Er nennt deßhalb ſo bezeichnend die Weisheit eine architektoniſche Erkenntnißkraft, weil ſie nämlich alle übrigen Wiſſenſchaften zu einem einzigen großen zuſammenhängenden Gebäude der Erkenntniß ſo vereinige, wie die Architektur die einzelnen Steine zu einem herrlichen Tempel. Die Weisheit iſt darum auch vor Allem die Kraft der Seele, Gott als den Urgrund aller Dinge, und in allen Dingen ihre Beziehungen zu Gott, ihren Zuſammenhang mit Gott aufzufaſſen. Darum rechnet auch das Chriſtenthum zu den beſonderen Gaben, welche wir in den Sakramenten vom heiligen Geiſte empfangen, die Gabe der Weisheit, wodurch dieſe natürliche Erkenntnißkraft der Seele in übernatürlicher Weiſe ſo erhöht wird, daß der Menſchengeiſt fähig iſt, Gott in der Klarheit, wie ihn das Chriſtenthum uns darſtellt, in ſeinem Zuſammenhange mit der ganzen natürlichen und übernatürlichen Weltordnung, als den einzigen und wahren

Grund, wie auch als das einzige und wahre Ziel aller Dinge zu erkennen. Die heilige Schrift selbst verkündet uns das Lob dieser Weisheit in dem herrlichen Buche der Weisheit.

Nun ist es aber offenbar, daß trotz der außerordentlichen Ausdehnung, welche die Wissenschaften gewonnen haben, gerade diese Fähigkeit der Seele, diese architektonische Seelenkraft, die aus allen Erkenntnissen einen großen geistigen Tempel der Erkenntniß aufbaut, in dem dann der wahre Gott, der vollkommenste Geist, seine wahre Verherrlichung findet, mehr und mehr und genau in dem Maße verloren geht, wie sich die Wissenschaft vom Christenthum abgewendet hat. Der Umfang der Erkenntnisse nimmt zu; alle Wissenschaften sind wie große Steinbrüche, aus denen das kostbarste Material zu einem geistigen Riesenbau zusammengetragen wird; aber es fehlt diese architektonische Weisheit, die es verstände, alle diese kostbaren Steine, diese wahren Edelsteine zu einem Bau zusammenzutragen, welcher der Ehre Gottes diente. Jener Gedanke Gottes, der die ganze Schöpfung durchdringt, zusammenhält und ordnet, dieses geistige Band, das sich von Gott aus durch alle Dinge zieht, fehlt im Geiste jener Menschen, die sich von Gott abgewendet haben. Nur durch Christus und seinen Glauben finden wir aber diese ächte Weisheit wieder. Wir haben sie verloren, seit wir uns von ihm getrennt haben; wir werden sie wiedererlangen, wenn wir

uns ihm wieder zuwenden. Von allen Seiten der Welt trägt der Menschengeist das Material zusammen zu diesem geistigen Bau, den er seiner Bestimmung nach zur Verherrlichung Gottes aufführen soll; und es liegen diese geistigen Steine noch wüst durcheinander, wie in einer babylonischen Verwirrung. O, wann wird Gott den Geist erwecken, der es versteht, diesen geistigen Bau zur Ehre Gottes so aufzuführen, wie es jene großen Geister im Mittelalter gethan haben nach dem Umfange der damaligen Kenntnisse. Nur der wird das aber vermögen, der gleich diesen heiligen Männern die Quellen der wahren Weisheit im Glauben Christi, im Glauben der Kirche gefunden hat. Die ganze moderne Wissenschaft ist ein Beweis dafür, daß sie zu dieser Entscheidung hingetrieben wird. Je länger sie es verschmäht, von jenem Lichte, das in die Welt gekommen ist, um die Wissenschaft des Lichtes zu verbreiten, sich erleuchten zu lassen, desto mehr wird sie jener Fluch treffen, der die Baumeister in Babylon traf; desto mehr wird die Verwirrung gerade so zunehmen, wie der Umfang der Erkenntnisse wächst. Die Anhäufung des geistigen Baumaterials wird die chaotische Verwirrung nur noch vermehren. Kein anderes Fundament kann für die Wissenschaft gelegt werden, als welches von Gott gelegt ist, Christus Jesus.

Das Völkerrecht führt uns zu diesem Punkte, zu dieser Entscheidung hin. Die Menschheit liest nicht nur in der Bibel das Wort, daß sie von einem Elternpaare abstamme,

sie fühlt es auch in ihrem tiefsten Innern. Alle Lügensysteme und alle Leidenschaften des menschlichen Herzens haben es noch nicht vermocht, dieses Bewußtsein in der Menschenbrust zu zerstören. Jede Menschenseele legt das Zeugniß ab für diese Zusammengehörigkeit, für diese heilige Verwandtschaft des Menschengeschlechtes. Deßhalb versteht auch der Mensch so leicht das Gebot, daß wir alle Menschen lieben sollen, wie uns selbst; daß wir in allen unsern Mitmenschen Brüder erkennen sollen; daß wir schuldig sind, ihnen zu thun, was wir wünschen, daß man uns thue. Deßhalb hat er in seiner Seele die sittlichen Grundgesetze aller menschheitlichen Verbände, die gewissermaßen lauter besondere Gestaltungen dieses ursprünglichen Familienbandes sind. Deßhalb hat er namentlich als sittliches Gesetz für dieses Zusammenleben mit seinem Mitbruder das Bewußtsein der Pflicht, der Gerechtigkeit und der wohlwollenden Liebe. Auf diesen Grundlagen beruht dann auch die wahre Idee des Völkerrechtes. Es ist gewissermaßen die Anerkennung, daß alle Völker von einem Elternpaare abstammen, und daß sie deßhalb auch in ihren Völkerbeziehungen einigermaßen das Bild einer großen Familie darstellen sollen. Es ruht auf dem, trotz aller furchtbare Kämpfe der Völker unter einander, trotz aller mächtigen Leidenschaften des Egoismus, die diesem Völker- und Bruderverbande entgegen sind, — dennoch unvertilgbaren Bewußtsein, daß die Beziehungen aller Völker einem höheren Gesetze unterworfen sind und daß die-

ſelben nach den Geſetzen der Gerechtigkeit und der wohlwollenden brüderlichen Liebe geregelt werden müſſen. Wo dieſes Bewußtſein zurücktritt, da herrſcht auch im Völkerrechte rohe Selbſtſucht mit allen ihren Folgen. Weil aber das Chriſtenthum die wahre Gotteserkenntniß und durch dieſelbe die wahre Grundlage aller ſittlichen Kräfte der Menſchheit in ſich ſchließt, ſo bietet auch nur das Chriſtenthum den wahren Fortſchritt für das Völkerrecht.

Auch hier ſind wir daher auf den entſcheidenden Punkt hingedrängt. Seitdem das Völkerrecht ſich von den Grundſätzen des Chriſtenthums abgewendet hat, ſind wir auf dem offenen Wege zu dem Völker-Fauſtrecht. Das letzte Jahr hat einen mächtigen Beitrag dazu geliefert. Nicht die ſittlichen Grundlagen, nicht das Gefühl der Gerechtigkeit und des Wohlwollens, nicht das Geſetz: Was du nicht willſt, das thue auch deinem Nächſten nicht, entſcheiden dann über die Beziehungen der Völker untereinander, über Krieg und Frieden, über jene Fragen, von denen das Wohl und Wehe, das Gut und Blut der Völker abhängt, ſondern der nackte Egoismus, die Selbſtſucht, höchſtens um ihre häßliche Natur zu verbergen, in den Schafspelz irgend eines doctrinären Syſtems eingehüllt. Wir haben auf dieſem Weg furchtbare Fortſchritte gemacht, und endloſe Kriege — denn die Selbſtſucht führt zu endloſen Verwirrungen, da ſie nie geſättigt wird — ſtehen uns in Europa und in der Welt bevor, wenn wir auf dieſem Wege fortſchreiten. Auch hier iſt deß-

halb die Welt in ihrer Entwickelung auf Christus hingewiesen und es kann nur die Frage sein, ob wir vor endlosem Unglück zu ihm zurückkehren werden, oder ob die äußerste Noth großer Völkerkämpfe, wie damals die Fürsten bei Leipzig, uns wieder zu ihm zurückführen wird. Kein anderes Fundament kann für das Völkerrecht gelegt werden, als welches gelegt ist, Christus Jesus.

Auch das innere Staatsleben führt uns zu diesem Punkte, zu dieser Entscheidung. Wir haben darauf im Verlauf unserer Schrift oft hingewiesen. Das Glück der Staaten hängt ab von der Güte der Gesetze; von der Gerechtigkeit, von der Pflichttreue, dem Wohlwollen, der Uneigennützigkeit, der Opferwilligkeit Aller, die, vom Fürsten bis zu seinem letzten Beamten, an der Staatsgewalt Antheil nehmen; von dem gegenseitigen Wohlwollen, von der gegenseitigen Gerechtigkeit, von der Achtung vor dem Gesetze, von der täglichen treuen Pflichterfüllung Aller, die dem Staat angehören. Der Staat, wo die besten Menschen wohnen, kann auch der freieste sein; wo dagegen die Menschen ihren sittlichen Werth verloren haben, da wird die Unfreiheit eine unselige Nothwendigkeit. Diese nothwendigen Bedingungen des wahren Glückes der Staaten können uns aber nicht bloße Formen bringen, sondern nur der Geist und das Leben. Wo finden wir aber den lebendigen Geist, der die Gesetze wahrhaft gut macht? Wo finden wir den lebendigen Geist, der die Fürsten vor dem Stolze, der Selbst-

ſucht und allen jenen Laſtern bewahrt, die das Glück der Staaten zerſtören, und zu welchen ihre Stellung ihnen ſo viele Verſuchungen bietet? Wo finden wir den lebendigen Geiſt, der die Richter gerecht, die Staatsdiener wohlwollend, uneigennützig, opferwillig, treu macht? Wo finden wir den Geiſt, der Denen, die das Volk vertreten ſollen, jene Tugenden verleiht und vor jenen Verirrungen bewahrt, welche den wahren Freund des Volkes von dem Volksverführer und Volksbetrüger unterſcheiden[1])? Wo finden wir den Geiſt,

1) Merkwürdig iſt, welch hohe Anforderungen das Alterthum an den ſittlichen Charakter des Volksredners ſtellte. Hierüber ſagt der Geh. Rath Dr. Seitz in der eben erſchienenen Schrift: Zum Proceſſe Tweſten S. 11. „Von Demjenigen, der im Auftrage des Volkes und zu demſelben ſprach, verlangte man mit aller Strenge, daß er ſich dieſer hohen Miſſion durchaus würdig erweiſe, daß er jeden Exceß der Rede ſorgfältig vermeide, daß er nicht bloß formell, ſondern auch ſachlich jedes Wort, das er ſprach, jeden Rath, den er ertheilte und jeden Vorſchlag, den er machte, vorher wohl überlege. Wer an der Berathung von Geſetzen theilnahm, der mußte vor Allem zeigen, daß er ſelbſt die Geſetze achte; und wer über die Angelegenheiten des Staates redete, ſollte der großen Gefahren, die er durch unbedachte und leichtſinnige Vorſchläge hervorrufen konnte, eingedenk bleiben. Deßhalb beſtanden zu Athen zur Zeit der höchſten Blüthe der politiſchen Beredſamkeit äußerſt ſtrenge Geſetze gegen die Rhetoren in den Volksverſammlungen. Ungeberdige Redner wurden mit ſchweren Geldbußen belegt, und wenn ſie Staatsbeamten, namentlich die Archonten ſchmähten, mit dem Verluſte ihrer Bürgerrechte beſtraft. Wer in öffentlicher Rede das Volk zu mißlungenen Verſuchen aufgereizt, oder mit unerfüllt gebliebenen Verheißungen für ſeine Vorſchläge zu gewinnen geſucht hatte, fiel als Volksbetrüger der Todesſtrafe anheim und vor jeder Volksverſammlung ſprach ein Herold den Fluch über die, welche den Staat durch ihre

der alle Bewohner des Landes mit wahrer Achtung vor der Ehre und dem Rechte der Mitbürger, mit wahrem gegenseitigen Wohlwollen, gegenseitiger Hilfeleistung, täglich treuer Pflichterfüllung erfüllt? Wo finden wir endlich den Geist und die höheren sittlichen Kräfte, welche alle diese Menschen, die von oben bis unten an dem wahren Wohle des Staatslebens mitwirken, von jenen Lastern befreien, die nach dem Zeugniß der Weltgeschichte das Unglück der Staaten herbeiführen, die ihnen alle jene sittlichen Tugenden mittheilen, welche das Glück der Staaten befördern?

Nur die vollendetste geistige Blindheit, die ja selbst wieder eine jener Wunden ist, welche dem Glücke der Staaten entgegenstehen, kann es verkennen, daß nicht bloße endlose Verfassungsverhandlungen und Verfassungskämpfe, nicht bloße doctrinäre Systeme, nicht endlose leere Phrasen, wie sie uns die Zeitungen und die Kammerverhandlungen ohne Unterlaß bieten, uns diese Güter der Staaten bringen können, sondern nur sittliche und geistige Kräfte. Deßhalb hängt aber das Glück

---

Reden betrügen würden." Aehnlich war es, wie der Verfasser weiter ausführt, bei den Römern. Welche Wahrheit und welche tiefe sittliche Anschauung liegt in dieser Forderung an einen Führer des Volkes, an einen Redner in öffentlicher Versammlung! In unserem modernen Staatsleben ist vielfach das gerade Gegentheil eingetreten und das, was die Griechen verfluchten, den Betrug am Volke durch öffentliche Reden und also gewiß auch durch die Presse, wird bei uns oft als die wahre Blüthe der Freiheit verkündet. Dahin sind wir bereits gekommen durch unsere Abkehr vom Christenthum und der wahren sittlichen Grundlage des Staatslebens.

der Staaten wesentlich und vor Allem von der Religion ab. Das ganze Staatsleben mit allen zum Wesen des Staates gehörenden Institutionen, mit allen zur Lenkung und Leitung der Angelegenheiten des Staates berufenen Menschen ist ein wesentlich sittliches, und weil die Grundlage aller Sittlichkeit absolut nur in Gott selbst ruht, ein religiöses. Das vollkommenste staatliche Leben ist darum wieder nur in und durch das Christenthum möglich, weil das Christenthum die höchste und wahre Gotterkenntniß und allein die ausreichenden Kräfte des sittlichen Lebens uns bietet. Diese sittlich-religiöse Natur des Staates verkennt der moderne Staat; sie verkennen alle modernen Staatstheorien. Sie Alle erfassen den Staat entweder nach seiner bloß formellen Seite oder noch niedriger von einem Parteiinteresse aus. Im letzteren Falle erfassen sie den Staat gerade in dem Element, das der höheren sittlichen socialen Natur des Staates am feindseligsten ist, nämlich in einem selbstsüchtigen Interesse, mag es nun das Interesse einer herrschenden Familie oder das Interesse eines Standes oder das Interesse des Geldes oder das Interesse des Arbeiters ꝛc. sein. Aus dieser Richtung entspringen alle jene inneren Katastrophen des Staatslebens, die wir vor Augen haben. Sie drängen uns alle gleichfalls zur Entscheidung, freiwillig oder unfreiwillig auf den liebevollen Weg, den uns die göttliche Vorsehung durch freie Erkenntniß der Wahrheit führen will, oder auf jenen Weg der Zerrüttung

und des Elendes, der zugleich in der Hand Gottes der Weg seiner Strafe und seiner Gerichte ist. Auch hier stehen wir durch den schnellen Lauf falscher Richtungen an dem Abgrunde, an dem Punkte der Entscheidung. Auch hier kann kein anderes Fundament für den Staat und das Staatsleben gelegt werden, als welches von Gott gelegt ist, Christus Jesus.

Endlich führt uns zu diesem Punkte, zu dieser Entscheidung die ernste sociale Frage, die Lage des Arbeiterstandes. Alle volkswirthschaftlichen Bestrebungen, die sich von der sittlich-religiösen Grundlage dieser Frage entfernt haben, reißen die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, d. h. zwischen Reichen und Armen, immer weiter und führen die große Masse der Menschen, die dem besitzlosen Arbeiterstande angehören, einem Zustande der Entbehrung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse entgegen, der nicht nur an sich eine Unmenschlichkeit ist, sondern auch endlich zu jenen furchtbaren inneren socialen Kämpfen zwischen Armuth und Reichthum führen muß, wie sie uns in den Staaten der alten Welt zur Zeit ihrer Auflösung entgegentreten. Die Resultate dieser modernen Volkswirthschaft und der verderblichen Theorien, die sie ins Leben gerufen hat, können wir kurz in folgenden Sätzen zusammenfassen:

Anhäufung des Kapitals, der Geldmacht auf der einen Seite; in demselben Maße Zunahme des besitzlosen Arbeiterstandes auf der anderen Seite;

Beschränkung des Antheils, den diese besitzlosen Arbeiter an dem Gewinne haben, welchen das Zusammenwirken des Kapitals, der Industrie und der Arbeit abwirft, auf den Betrag der Lebensnothdurft, nach welcher allein der Arbeitslohn bemessen wird;

Die Höhe dieses Arbeitslohns lediglich bestimmt durch den täglichen Marktpreis der Arbeit, ganz in der Weise anderer Waaren nach Angebot und Nachfrage, nur mit dem Unterschied von anderen Waaren, daß man bei Ueberfüllung des Marktes diese liegen lassen kann, um bessere Zeiten abzuwarten, während der arme Arbeiter seine Waare, nämlich die Arbeit, täglich um jeden Preis losschlagen muß, mag der Markt noch so überfüllt an Arbeit, mag die Nachfrage noch so gering sein, wenn er nicht selbst mit seiner Familie verhungern will. Daher eine Neigung, den Lohn der Arbeit bei jeder Stockung im Handel und in den Geschäften sich durch niedere Forderungen immer mehr abzubieten. Daher dann weiter ein Herabsinken desselben unter die nothwendigsten Lebensbedürfnisse, wo dann sofort der Nothstand im eigentlichen Sinne des Wortes, das langsame Verhungern beginnt;

Mit dieser ewigen Schwankung des Arbeitslohnes nach dem täglichen Marktpreis ein entsprechendes tägliches Schwanken der ganzen materiellen Existenz der Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern — ein Schwanken, das sich täglich bei der Befriedigung aller Lebensbedürfnisse jedem einzelnen

Gliede dieser Familien fühlbar macht; bei günstigen Verhältnissen sie verleitet, gleichsam als Ersatz für ihre Entbehrungen mehr auszugeben, als diese eigentlich gestatten, wodurch dann in minder günstigen Zeiten die Entbehrungen nur um so schmerzlicher werden. Nach einem officiellen dem englischen Parlamente vorgelegten Berichte „über die Nahrungsmittel der ärmeren arbeitenden Klassen in England" befinden sich ganze Klassen dieser Arbeiter in einer Lage, daß sie beinahe ein Viertheil weniger zu ihrer Ernährung besitzen, als der Minimalsatz betrug, welcher als Maßstab des nothwendigen Quantums der Ernährung festgestellt war. Derselbe Bericht führt mehrere Grafschaften auf und zwar nicht in Irland, sondern in Alt-England, von denen er behauptet, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung dort weniger zu essen habe, als die Erhaltung der Gesundheit und der Lebenskraft erfordere. Das ist schon jetzt die Consequenz der Lehren der modernen Volkswirthschaft in Ländern, wo sie länger in Uebung sind, und dieselben Consequenzen müssen überall eintreten, wo diese Lehren längere Zeit die Herrschaft erlangt haben.

Daraus entstehen dann nothwendig alle jene Zustände, die wir mit der Bezeichnung „Uebervölkerung" zusammenfassen, entweder in der Art, daß bei zeitweiliger günstiger Lage der Arbeiter dieser Stand sich schneller vermehrt, als die nothwendigen Lebensmittel, oder was viel häufiger eintritt, daß, wenn auch die Lebensmittel wohl vorhanden

ſind, doch die Arbeiter des heruntergedrückten Arbeiterlohnes wegen nicht mehr im Stande ſind, dieſe vorhandenen nothwendigen Lebensmittel für ſich und ihre Familien zu erwerben.

In dieſen Sätzen haben wir die nothwendigen Reſultate der Grundſätze der liberalen Volkswirthſchaft in Bezug auf die Ernährung der großen Maſſe der Menſchen, die dem beſitzloſen Arbeiterſtande angehören, zuſammengeſtellt, und wenn wir bedenken, daß dieſen Ständen vielleicht achtzig Procent aller Menſchen angehören, ſo iſt es unmöglich zu verkennen, wie ernſt die ſocialen Zuſtände ſind, denen wir entgegengehen.

So unſelig aber die Folgen ſind, welche dieſe volkswirthſchaftlichen Theorien mehr und mehr hervorrufen, ſo gänzlich unfähig ſind letztere, ausreichende Heilmittel aufzufinden, um dieſe ſchweren geſellſchaftlichen Zuſtände und Uebel auszugleichen. Ueber keine Frage iſt mehr geſchrieben und geſprochen worden; und der kurze wahre Inhalt aller dieſer Erörterungen iſt, daß alle Zeitrichtungen, welche die ſittlichen und religiöſen Grundlagen aller menſchheitlichen Verhältniſſe verkennen, dieſem wachſenden ſocialen Uebel gegenüber vollkommen hilf- und rathlos ſind, ja daß ſie zu Mitteln ihre Zuflucht nehmen, von denen man hätte glauben ſollen, daß ſie ihrer Grauſamkeit und ihrer Unſittlichkeit wegen nur im Heidenthume hätten geltend gemacht werden dürfen. Bis zu welchem furchtbaren Extreme wir bereits auf dieſem Gebiete gekommen ſind, wollen wir an zwei Beiſpielen zeigen.

Die Mittel, die uns die Anhänger des berühmten Malthus'schen Systemes gegen die Uebervölkerung anrathen, finden sich in folgenden Sätzen: Die Bevölkerung strebt sich in einer geometrischen Reihe zu vermehren, die Lebensmittel können sich nur in einer arithmetischen Reihe vermehren; indem die Bevölkerung der Vermehrung der Lebensmittel voraneilt, entsteht nothwendig Mangel und Elend, wodurch ein Theil der Bevölkerung direkt oder indirekt wieder zu Grunde gehen muß. Ein in einem übervölkerten Lande geborenes Wesen hat kein natürliches Recht auf Subsistenzmittel; ein allgemeines Unterstützungssystem ist vom Uebel, weil es nur die Vermehrung der Bevölkerung und damit neues Elend fördert. Das einzige Mittel, die allgemeine Noth zu lindern, besteht in der Verhinderung zu starker Bevölkerungszunahme; diese hat die Regierung auf dem Wege der Gesetzgebung und des Polizeizwanges herbeizuführen; und im Uebrigen muß man die Armuth sich möglichst selbst überlassen.

So weit hat uns die Volkswirthschaft ohne Religion und ohne Christus gebracht, daß man solche entsetzliche Grundsätze bereits aussprechen kann. Bei Uebervölkerung „muß ein Theil der Menschen wieder zu Grunde gehen." Das ist naturnothwendig, — was hat man sich also darum weiter zu kümmern? „Ein Kind, in einem überfüllten Lande geboren, hat kein natürliches Recht auf Subsistenzmittel;" „der Staat darf durch Polizei und Gesetz die Bevölkerungs-

zunahme verhindern;“ „die Armuth muß sich sebst überlassen werden.“ Das sind Grundsätze, um die Menschen zu wilden Thieren zu machen, und dennoch wie weit sind sie verbreitet! Schon die Sprache dieser modernen Volkswirthschaftler ist für das christliche Gefühl unerträglich; sie sprechen über den Arbeiter wie über jede Sache und Waare.

Ein anderer einflußreicher Vertreter der modernen Volkswirthschaft, Stuart Mill, stellt folgendes System auf: Jedes menschliche Wesen hat ein natürliches Recht auf Erhaltung durch seine Erzeuger bis zur erlangten Selbstständigkeit. Ein Wesen zu erzeugen, welches man nicht erhalten kann oder will, ist ein Verbrechen. Die Gesellschaft hat ihre nothleidenden Mitglieder zu unterstützen, kann aber dafür verlangen, daß diejenigen, welche aus öffentlichen Mitteln ernährt werden, sich der Heirath enthalten. Das einzige Mittel, die sociale Noth zu beseitigen, besteht in der allgemeinen Verbreitung vernünftiger und freiwilliger Selbstbeherrschung hinsichtlich der Zahl der zu erzeugenden Kinder. Die Regierung hat das Recht, diese Selbstbeherrschung auf dem Wege der Gesetzgebung zu fördern. Es kann nicht eher besser werden, bis die Kinder erzeugenden armen Familien mit denselben Gefühlen betrachtet werden wie Betrunkenheit oder eine andere physische Ausschweifung[1]).

1) Vgl. J. St. Mill's Ansichten über die sociale Frage von F. A. Lange, Duisburg 1866 und Histor.-polit. Blätter, Band 57.

Auch hier rufen wir aus: So weit hat uns die Volkswirthschaft ohne Religion und ohne Christus gebracht, daß man solche Verbrechen offen lehren darf! Den Sinn dieser Grundsätze hat im vorigen Jahre der Präsident v. Kirchmann sich nicht gescheut in einer Arbeiterversammlung in Berlin zu erläutern und sie als Heilmittel für den Arbeiterstand anzuempfehlen [1]). Wir können uns daher nicht wundern, daß man in England in Folge solcher Lehren bereits dahin gekommen ist, den Kindermord in einer Ausdehnung zu üben, die uns an China erinnert [2]). So

1) Am Schlusse seines Vortrages über den „Communismus in der Natur" ertheilte er den Arbeitern folgenden Rath: „Sie sollten dafür sorgen, daß keine Uebervölkerung stattfinde, dadurch würde sowohl das Kapital, wie die Nachfrage nach Arbeitern vermehrt. Der Arbeiter habe an zwei Kindern hinlänglich genug und, um mehr Kinder zu vermeiden, müsse er sich beherrschen, ohne den Trieb der Natur ganz zu unterdrücken. Siehe Social-Democrat vom 6. Februar 1866.

2) Kindermord — so schrieb man vor einem Jahre der „Neuen Freien Presse" aus London — ist eine stehende Rubrik in den Londoner Zeitungen. Ein Obmann der Todtenschau äußerte sich neulich dahin, es werden in London alljährlich 10,000 Kinder getödtet! Man ist übrigens von Seiten der Geschwornengerichte äußerst milde gegen Kindesmörderinnen... Als man vor etwa einem Jahre in einer Menge Londoner Kirchen auf den Glockenthürmen und in sonstigen Ecken eine Masse Kinderleichname fand, deren Dasein auf einen bedenklichen gesellschaftlichen Zustand schließen ließ, entstand zwar allerdings ziemliche Aufregung, da in der That aus jedem Schrank, aus jedem Loche ein Skelett zu grinsen schien; doch wurde die Sache bald vergessen. Jetzt ist das Publikum plötzlich wieder durch die im Westen

scheut man sich nicht mehr, in wissenschaftlichen Werken, wie von der Volksbühne herab, den Greuel der Unzucht zur Verhinderung des Kindersegens und den Kindermord in den Arbeiterfamilien als das Mittel zur Abhilfe der Noth des Arbeiterstandes anzupreisen! Unzucht und Kindermord waren die letzten Entwickelungsstufen des in Grund und

---

von England gemachte Entdeckung erschüttert worden, daß es dort gewisse alte Weiber gibt, die geradezu den Kindermord als Handwerk betreiben. Eine solche Hexe unternahm es, wie gerichtlich nachgewiesen ist, für 5 Pfd. St., gelegentlich auch für 2 Pfd. St., den armen unschuldigen Dingerchen den Hals umzudrehen. Das eine Mal, wo sie es sehr billig that, geschah es aus Freundschaft —für ihre Schwester.

In dem officiellen „Weihnachtsrapport" für 1865, welchen der Coroner der Grafschaft Middlesex, Dr. Lancaster, veröffentlichte, heißt es: „Der Kindermord in London hat so fürchterliche Proportionen angenommen, daß ich nicht im mindesten Anstand nehme zu behaupten, daß unter je dreißig Personen weiblichen Geschlechts, denen wir begegnen, eine Mörderin — mit andern Worten daß 12,000 Weiber in London sind, denen jenes Verbrechen zuzuschreiben ist. Meine Todtenschau erstreckt sich unaufhörlich auf todte Kinder, die in die Gärten geworfen, in Parks verlassen, auf Bahnhöfen versteckt worden. Auch Verheirathete sind oft desselben Verbrechens schuldig." — Besonders ist die Weihnachtszeit die Zeit des Jahres, wo hinter Gartenzäunen die meisten jener unheimlichen Packete von der Polizei aufgehoben werden, die in Lumpen oder die „Times" gewickelt — weggeworfene Kinder enthalten Aber nicht bloß in London hat dieses unnatürliche Verbrechen solche furchtbare Dimensionen angenommen. Es ist fürchterlich zu lesen, aber es ist Wahrheit. „Das Winseln der Säuglinge, so schreibt ein anderes Blatt, die nicht leben sollen, klingt überall im Lande durch das Getöse des Verkehrs." Im Jahre 1864 betrug diese entsetzliche „Auflese" 3050. Nach M. Pashley (Pauperism, pag. 138.) ist aller Grund vorhanden zu befürchten, daß in Folge der Ver-

Boden verdorbenen Heidenthums. Das Chriſtenthum hat uns das erhabene Ideal der ſittenreinen Familie, welche das Ehebett, wie der Apoſtel ſagt, unbefleckt erhält — ein Wort, in dem allein eine Welt voll Segnungen für das Menſchengeſchlecht enthalten iſt — gebracht. In der kurzen Zeit, wo wir uns vom Chriſtenthum abgewendet haben, ſtehen wir alſo bereits wieder mitten in den Greueln des Heidenthums. Den chriſtlichen Familien, wenn ſie auch arm ſind, ſind die Kinder mit ihren gottähnlichen Seelen der reichſte himmliſche Segen, die Quellen der erhabenſten Freuden des irdiſchen Lebens, und ein himmliſcher Troſt iſt es dem chriſtlichen Manne auf ſeinem Sterbebette, wenn gute Kinder den letzten Segen von ihm empfangen. In chriſtlichen Familien iſt die Ehe ein hohes, heiliges, ſittliches Verhältniß, und eine erhabene Sittlichkeit ſchützt in ihnen, nur bewacht vom Auge Gottes, von dem erſten Augenblick des Daſeins an das Leben des Kindes. So iſt es noch überall, wo das Chriſtenthum das Gewiſſen bildet. Von ſolchen Gütern weiß aber nichts die moderne Volkswirthſchaft; ſie fördert den greulichſten Egoismus des Kapitals,

---

ſunkenheit und des Elendes der ärmſten Klaſſen, der Kindermord ein wahrhaft allgemeines Uebel geworden ſei. Auch Dr. E. Smith ſpricht in dem erwähnten officiellen Bericht „über die Nahrungsmittel der ärmeren Arbeiterklaſſen" von der gemeinen Praxis des Kindermordes in den Hungerdiſtricten Hants, Cornwall, Somerſet, Cheſter, Oxford, Berks, Herts, Rutland, Wilts und Norfolk. Weitere Belege findet man bei Ch. Périn, de la richesse tom. II. pag. 128.

ſie fördert die Anhäufung der Geldmacht in wenigen Händen, ſie treibt den Arbeiter mit ſeinen nackten Händen in Concurrenz mit dieſer Geldmacht zur Verzweiflung und läßt ihm nichts übrig als Rathſchläge der Unmenſchlichkeit und der ſchändlichſten Unſittlichkeit: Kindermord der Weſen, „die kein Recht auf Exiſtenz haben," oder Unzucht, „um ihre Exiſtenz zu verhindern."

Wie aber die liberale Volkswirthſchaft den Nothſtänden des Arbeiterſtandes hilflos gegenüberſteht, ſo auch die ſogenannten ſocial-demokratiſchen Beſtrebungen, die nur dadurch ſich von jenen unterſcheiden, daß ſie wenigſtens die Zuſtände des Arbeiterſtandes mit größerer Theilnahme und mit größerer Wahrheit offen legen. Im Uebrigen ſind auch ihre Syſteme doctrinäre Experimente, die unſeren Arbeitern nicht helfen können. Wir können daher die Behauptung mit voller Wahrheit ausſprechen, daß auf der einen Seite die ſocialen Schwierigkeiten, welche aus den Zuſtänden in den Arbeiterclaſſen hervorgehen, rieſenhaft zunehmen und daß auf der anderen Seite alle Theorien der modernen Volkswirthſchaftler dieſen ſich anthürmenden Schwierigkeiten gegenüber vollkommen hilflos ſind. Wer das ſittlich religiöſe Band zwiſchen den Menſchen zerriſſen hat, der hat auch keine Mittel mehr, die tiefe Kluft zwiſchen Reichen und Armen anders als durch den Exiſtenzkampf auszugleichen.

So tritt denn die Welt auf allen Gebieten, auf die

Gott das Menschenleben und die Menschenthätigkeit hingewiesen hat, der Entscheidung näher, und diese liegt in Christus, im christlichen Glauben und in der Anwendung des christlichen Sittengesetzes auf alle Gebiete des menschlichen Lebens. In der Wissenschaft, im Völkerrechte, im Staatsleben, im Volksleben stehen die Menschen vor Aufgaben, die Gott ihnen gesetzt hat. Wo sie dieselben durch Christus lösen werden, da ist Fortschritt, da ist Vollerdung, da ist wahres Glück, da ist Gottes Ehre in der Menschheit verwirklicht, da erreichen die Menschen ihre höchste Bestimmung; wo sie dieselben ohne Christus erfüllen wollen, da ist Tod, Verderben, Untergang, Kampf Aller gegen Alle und der Fluch Gottes.

Es gibt kein anderes Fundament, als welches gelegt ist, Christus Jesus.

Christ oder Antichrist — da ist die Entscheidung.

DEC 7 - 1942